



Politische Berichte

Nummer 23 / 11. Jahrgang

9. November 1990

G 7756 D Preis 1,50 DM

Ausländerwahlrecht abgelehnt

Verfassungsgericht rechtfertigt Kolonialstatus der nichtdeutschen Bevölkerung

Das Bundesverfassungsgericht hat das schleswig-holsteinische bzw. das Hamburger Gesetz zur Einführung des Kommunalwahlrechts für nichtdeutsche Einwohner der BRD verfassungswidrig erklärt. Es folgte in weiten Teilen den reaktionären, rassistischen und revanchistischen Be-

gründungen der Verfassungsklage der CDU/CSU. „Volk“ im Sinne des Grundgesetzes sei das deutsche Volk, wie es Art. 116 GG definiere; und nur dieses besitze das Wahlrecht. Die Kommunen seien Teil des Staates, Kommunalwahlrecht für Nichtdeutsche daher ausgeschlossen.

Das Gericht übernimmt in beiden Urteilen (I) die Auffassung der CDU/CSU-Verfassungsklage, daß der Verfassungsgrundgesetz „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ (Art. 20 Abs. 2 Satz 1 GG) nicht allein den Grundsatz der Volkssovereinheit enthalte, sondern auch bestimme, „wer das Volk ist“: das „Staatsvolk“ der BRD, wie es über Art. 116 GG gebildet werde. Art. 20 habe daher nicht zum Inhalt, „daß sich die Entscheidungen der Staatsgewalt von den jeweils Betroffenen her zu legitimieren haben: vielmehr muß die Staatsgewalt das Volk als eine zur Einheit verbundene Gruppe von Menschen zu ihrem Subjekt haben“.

Das Bekenntnis des Gerichts zur Volkssovereinheit ist also trügerisch. Staatsangehörigkeit wird zur Volkszugehörigkeit, Volkszugehörigkeit ist Zugehörigkeit zum „deutschen Volkstum“, Volkssovereinheit daher Souveränität der Volkszugehörigen — völkische Souveränität — und daher nicht territorial begrenzt: „So überläßt das Grundgesetz ... die Regelung der Voraussetzungen für Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit und damit auch die Kriterien, nach denen sich die Zugehörigkeit zum Staatsvolk des näheren bestimmt, dem Gesetzgeber“. Nach Art. 116 Abs. 1 GG gehört zum „deutschen Volk“, „wer sich in seiner Hei-

mat .. zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung Sprache, Erziehung. Kultur bestätigt wird“ (Bundesvertriebenengesetz).

Diese Positionen des Gerichts hatte die CDU/CSU in der Begründung ihrer Normenkontrollklage folgendermaßen formuliert: „Auch dem deutschen Staats- und Kommunalbürger kommt das Wahlrecht nicht zu, damit er seine partikularen Interessen möglichst effektiv zur Geltung bringe, sondern deshalb, weil er grundsätzlich unausweichlich und auf Lebenszeit dem Gemeinwesen verhaftet ist“. Das Gericht greift diese Position auf und führt aus: „Es trifft nicht zu, daß wegen der erheblichen Zunahme des Anteils der Ausländer an der Gesamtbevölkerung des Bundesgebietes der verfassungsrechtliche Begriff des Volkes einen Bedeutungswandel erfahren habe. Hinter dieser Auffassung steht ersichtlich die Vorstellung, es entspreche der demokratischen Idee, insbesondere dem in ihr enthaltenen Freiheitsgedanken, eine Kongruenz zwischen den Inhabern demokratischer politischer Rechte und den dauerhaft einer bestimmten staatlichen Herrschaft unterworfenen herzustellen. Das ist im Ausgangspunkt zutreffend, kann jedoch nicht zu einer Auflösung des Junktums (rechtlich unabdingbare Verknüpfung /

d. Verf.) zwischen der Eigenschaft als Deutscher und der Zugehörigkeit zum Staatsvolk als dem Inhaber der Staatsgewalt führen. Ein solcher Weg ist durch das Grundgesetz versperrt.“

Da die Gemeinden Teil des Staatsapparates seien, bestimme sich das Wahlrecht auf Gemeindeebene nach den gleichen Kriterien; Kommunalwahlrecht für Ausländer sei daher nach der Verfassung ausgeschlossen.

Das Gericht rechtfertigt mit diesen Urteilen den Kolonialstatus der in der BRD lebenden nichtdeutschen Bevölkerung, muntert den Gesetzgeber auf, Art. 116 bestehen zu lassen, d.h. die Politik der fünf Kolonien in den osteuropäischen Staaten und damit über den Zugriff auf die dortige Bevölkerung ihre Annexionspolitik fortzusetzen, und leistet damit kurz vor den Bundestagswahlen faschistischen Organisationen Wahlhilfe.

„Daraus folgt nicht, daß die derzeit im Bereich der Europäischen Gemeinschaften erörterte Einführung eines Kommunalwahlrechts für Ausländer nicht Gegenstand einer ... zulässigen Verfassungsänderung sein kann“, heißt in einem der Urteile weiter. Aber was, wenn die Mehrheit des Bundestages keine Verfassungsänderung will?

Quellenhinweis: (I) BVerfG, 2 BvF 2/89/2 BvF 6/89 und 2 BvF 3/89 — (ulb)

Der Tod ist ein Meister aus Deutschland



Über 10000 beteiligten sich am 3. November in Westberlin an der Demonstration unter dem Motto „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“. Viele Demonstranten richteten sich

gegen aufkommenden Rassismus. Die Demonstration begann mit erheblicher Verspätung weil die Polizei versuchte, jeden Demonstranten zu durchsuchen. — (m.b.)



Das Bundesinnenministerium will den BGS zur „Polizei des Bundes“ erklären und auf 30000 Mann (bisher 22000 Mann) aufstocken. Das kündigte BGS-Kommandeur Strecker in Coburg an. Vorgesehen ist die Übernahme der Luftverkehrssicherung durch den BGS sowie mehr „internationale Aufträge“ (u.a. Entsendung von BGS-Beamten nach Haiti, um im Rahmen der UNO Wahlen zu überwachen). Die „starke Verbandskomponente“ des BGS gegen Demonstrationen werde erhalten bleiben.

Ein Jahr PKK-Prozeß in Düsseldorf

Hungerstreik der Angeklagten / Demonstration in Karlsruhe

Seit dem 24. Oktober 1989 dauert der „Kurdenprozeß“ vor dem OLG Düsseldorf. Bis heute hat die Anklage nichts zutagegebracht als immer unglaublich wideriger werdende „Kronzeuge“, konnte die Bundesanwaltschaft keinen Beweis für irgendeine „terroristische“ Straftat vorlegen. „Die Bundesanwaltschaft scheint nervös zu werden“, kommentiert die „Bild“-Zeitung den neuesten Vorstoß der Bundesanwaltschaft, eine Anwältin und vier Anwälte von der Verteidigung auszuschließen.

Sechs der Angeklagten sind fast drei Jahre in — völkerrechtswidriger — Isolationshaft: Meral Kadir, Ekrem Güngörze und Hasan Hayri Güler in der JVA Köln, Ali Aktas, Selahattin Erdem und Ali Haydar Kaytan in der JVA Düsseldorf. Sie protestieren mit einem einwöchigen Hungerstreik erneut gegen Isolationshaft, gegen Ankündigungen Verteidigungsminister Stoltenbergs, Bundeswehrreinheiten nach Kurdistan verlegen zu wollen, und solidarisierten sich mit dem Hungerstreik der Angehörigen von PKK-Gefangenen in Diyarbakır.

Zum Jahrestag des Prozeßbeginns erklärten die Angeklagten: „... In Kurdistan erheben sich unter der Führung der PKK, die die BRD mit allen Mitteln als „terroristisch“ zu lancieren versucht, Millionen von Menschen. Die Aufstände, die im März 1990 in den Städten Cizre und Nusaybin begannen und sich überall in Kurdistan fortsetzen, sind ein Beweis dafür. Der kolonialfaschistische türkische Staat hat am 23.8.1990 dem Europarat mitgeteilt, daß in Kurdistan

ein Kriegszustand herrscht und aus diesem Grund die Europäische Menschenrechtskonvention suspendiert wurde. Wenn die eine Partei dieses Krieges die TR (Türkische Republik) ist, dann ist die andere Partei zweifelsohne die führende Kraft des nationalen Befreiungskampfes, die PKK ... Trotzdem versucht die BRD, die eine Kraft, die von der TR als Kriegspartei anerkannt wird, nämlich die PKK, ... als terroristisch zu kriminalisieren und zu diffamieren.

Die Erklärung des Verteidigungsministers Stoltenberg, daß die BRD Soldaten nach Kurdistan schicken kann, zeigt die Absichten der BRD in Kurdistan. ... Zwar wird der Golfkrieg als Vorwand angegeben, aber die wahre Absicht sind die imperialistischen Expansionsbestrebungen über Kurdistan. All dies zeigt, daß die BRD im Krieg zwischen der TR und PKK an der Seite der TR als Partei auftritt. ...“

Am 27.10. demonstrierten in Karlsruhe 400 Leute, darunter viele Westdeutsche, gegen den Kurdenprozeß. Auf den Kundgebungen u.a. vor der Bundesanwaltschaft redeten Leute von Feyka Kurdistan, Freunde des kurdischen Volkes Stuttgart, Infobüro und Kurdistan Komitee Karlsruhe. Es sprach eine Mutter einer politischen Gefangenen in der BRD und überbrachte Grüße der politischen Gefangenen an den kurdischen Befreiungskampf und die kurdischen Angeklagten. Die Demonstrationsroute durch die Innenstadt mußte vor dem Verwaltungsgerichtshof Mannheim durchgesetzt werden. — (rub)

Die herrschende Politik kalkuliert Tote ein

In Leipzig erschoss die Polizei einen jungen Fußballfan, fünf weitere Jugendliche erlitten Schußverletzungen. Vorausgegangen waren heftige Angriffe von mehreren hundert reaktionären Jugendlichen auf eine Polizeitruppe von gerade 219 Mann. Der Leipziger Polizeipräsident hatte im Vorfeld angesichts des knappen Personals — viele Polizisten sind entlassen — die Verantwortung für die Sicherheit der Stadt abgelehnt. Dem Leipziger Polizeieinsatz vorausgegangen waren u.a. die Abschiebung von 40 nationalistischen Randalierern aus Luxemburg und die tödliche Verletzung eines Jugendlichen in Düsseldorf am Ende eines Fußballspiels — trotz großen Polizeiaufgebots. DFB-Sprecher Niersbach verlangte schärfere Gesetze, „Bild“ propagierte „Vorgehen wie gegen Terroristen“. Ähnlich wie im kolonialistischen Großbritannien — siehe Nordirland — sind die Toten traurige Opfer einer zunehmenden Verrohung der BRD-Gesellschaft infolge der Annexion der DDR. Die BRD-Kolonialpolitik gen Osten, die Nationalismus fördert und Armut als zumutbar erklärt, fördert dies und kalkuliert Tote ein. — (uld)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Postgewerkschaft: Verfassungsforderungen

Die Deutsche Postgewerkschaft hat auf ihrem außerordentlichen Kongreß Ende Oktober beschlossen, ab 1. November ihre Arbeit auch statutarisch auf das Gebiet der früheren DDR auszudehnen. Die Mitgliederzahl der DPG steigt dadurch auf 575000. Gleichzeitig verabschiedeten die Delegierten eine deutschlandpolitische Entschließung, in der sie mehrere Verfassungsänderungen fordern. In einer neuen Verfassung auf Basis des Grundgesetzes solle das Recht auf Arbeit, das Verbot von Aussperrungen, das Streikrecht und das Recht auf Volksbegehren und Volksentscheid garantiert sein. — (rül)

Faschistische Initiative Deutschland 90“

Am Wochenende 2./3.11. fand in der Nähe von Koblenz ein Kongreß der „Initiative Deutschland 90“ statt. Die rechtskonservativen Zeitschriften „Wir selbst“, „Europa“ und „Junge Freiheit“ hatten dazu aufgerufen. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit und jeglicher Presse wurde über „Lösungen und Konzepte deutscher Zukunftsfragen“, eine

„Vernetzung der nonkonformen, patriotischen Kräfte in Deutschland“ diskutiert. Obgleich betont wurde, daß man nichts mit neofaschistischen Kreisen zu tun habe, gingen bekannte Figuren der rechten Szene wie Manfred Rouhs, früher NPD-Funktionär, jetzt bei den Republikanern und Herausgeber von „Europa vorn“, und Wolfgang Kraus, Rep-Vorstandsmitglied in Baden-Württemberg, ein und aus. Quelle: Morgenmagazin des WDR vom 4.11. — (u.b.)

HBV: Staatsbürgerschaft und Wahlrecht nach Wohnsitz

Der a.o. Gewerkschaftstag der HBV hat mit seiner Satzung die Vereinigung beschlossen. Gekennzeichnet war der Gewerkschaftstag vor allem durch fehlende Auseinandersetzung und Perspektivlosigkeit für die weitere Arbeit. Trotzdem wurde einige nützliche Beschlüsse gefaßt. Der Hauptvorstand wurde beauftragt, ein neues Grundsatzprogramm bis zum nächsten Gewerkschaftstag zu erarbeiten. Angenommen wurde in besondere eine Entschließung, in der die Einverleibung der DDR verurteilt wird. Einige wichtige Grundsätze für eine Verfassungsdiskussion wurden formuliert, wie z.B. die Streichung aller Passagen,

die auf die Grenzen von 1937 und früher Bezug nehmen; die Stärkung der sozialen Elemente; die Stärkung der Rechte und Finanzkraft der Kommunen und Länder; die Definition der Staatsbürgerschaft nach Wohnsitz statt nach Abstammung und das Asylrecht. — (u.l.)

Neue Arbeitszeiten über EG-Richtlinie?

Die EG-Kommission will eine Richtlinie zur „Arbeitszeitgestaltung“ herausgeben. Die Richtlinie soll Mindestbedingungen „für die täglichen und wöchentlichen Ruhezeiten, den bezahlten Jahresurlaub, die Voraussetzungen für Schichtarbeit“ formulieren, meldet das „Handelsblatt“. In einer vorbereitenden Studie will die Kommission entdeckt haben, daß die BRD bei Maschinenlaufzeit, Nacht- und Schichtarbeit einen „Rückstand“ habe. So betrage die durchschnittliche Betriebszeit aller Betriebe in Belgien 77 Stunden pro Woche, in der BRD dagegen 53 Stunden. In Großbritannien und Spanien arbeiten 29% aller Lohnabhängigen in Schicht, in der BRD 15%. In Großbritannien arbeiten 25% aller Lohnabhängigen in Nachtarbeit, in der BRD 9%. Quelle: Handelsblatt, 6.11.90. — (rül)

Aktuell in Bonn**Biedenkopfs-Autobahnstrategie**

CDU-Biedenkopf macht sich für Steuererhöhungen stark. Zum Ausbau der Autobahnen solle die Mineralölsteuer um 10 bis 15 Pf. je Liter und die Mehrwertsteuer von 14 auf 16 % erhöht werden, forderte er. Der Ertrag müsse in einen Sonderfond fließen, der im wesentlichen den Autobahnbau in der DDR finanzieren soll — u.a. den Bau jener berüchtigten Panzerrrollbahn, die die Faschisten schon in den 30er Jahren quer durch Sachsen bis nach Görlitz an die Oder bauen lassen wollten.

Armutsstudie

Die stellvertretende Vorsitzende des DGB Ursula Engelen-Käfer stellte die neue DGB-Studie zur wachsenden Armut in Deutschland vor. „Zum Leben zu wenig, zum Sterben zuviel“, so kommentierte sie den Regelsatz der Sozialhilfe von 447 Mark im Monat. Jede achte der alleinerziehenden Frauen bezieht Sozialhilfe. Fast sechs Millionen Menschen oder 10 Prozent der Bevölkerung leben an oder unter der Armutsgrenze, sogar wenn die neuen Bundesländer der ehemaligen DDR nicht berücksichtigt werden. Dort sind bereits 10 Prozent der Erwerbslosen und fast 700 000 Rentnerinnen und Rentner auf den Sozialhilfezuschlag angewiesen, der nicht der Preisentwicklung angepaßt wird. Die Regierung verweigert sich seit Jahren der DGB-Forderung, einen offiziellen Armutsbereich vorzulegen.

Polen-Erpressung

Die Bundesregierung strebe ein Vertragspaket mit Polen an, das „im Geben und Nehmen ausgewogen ist“, skizzierter Kanzler-Berater Teltschik die Verhandlungen der Bundesregierung mit Polen. Mit „Geben“ meint der Mann den Verzicht der Bundesregierung auf die Revision der polnischen Grenzen. Für diese „Gabe“ verlangt die Bundesregierung weitreichende Sonderrechte für die sogenannten „deutschen Freundenkreise“, die mit finanzieller Hilfe der Bundesregierung und organisatorischer Betreuung durch den revanchistischen „Bund der Vertriebenen“ in Polen entstanden sind. Am 8. II. will Kohl mit Polens Regierungschef verhandeln. Nur bei polnischer Zustimmung zu ihren Forderungen will die Bundesregierung den Grenzvertrag mit Polen ratifizieren.

BRD — Weltgendarmerie?

Nach Stoltenbergs Vorstoß für den Einsatz der Bundeswehr im Ausland unter bestimmten Bedingungen hat jetzt der Generalinspekteur der Bundeswehr Wellershoff noch einen draufgesetzt. Auch er will internationale Einsätze der Bundeswehr auch außerhalb des Nato-Gebiets. Aber die Beschränkung auf den Rahmen von Entscheidungen der UNO sei eine „zu enge Fessel“, sagte Weller-

lershoff am vergangenen Wochenende in Saarbrücken. Das vereinte Deutschland habe „Mitverantwortung über Europa hinaus“.

Kündigungsrecht blockiert

Ende Oktober haben die Regierungsparteien einen Antrag der SPD auf Herstellung gleicher Kündigungsfristen für Arbeiter und Angestellte abgelehnt. Die SPD hatte beantragt, für alle Arbeitsverträge eine Kündigungsfrist von sechs Wochen zum Quartal einzuführen. Am 30. Mai hatte auch das Bundesverfassungsgericht eine einheitliche Kündigungsregelung bis 30.6.93 verlangt. Diese Frist wollen die Regierungsparteien nun nutzen, um das gesamte Arbeitsvertragsrecht in einem neuen Gesetz zu ändern. Eine solche Ankündigung war schon im „Einigungsvertrag“ mit der DDR enthalten. Nun ist ein Termin geplant.

Mehr Geld — vielleicht

Am 30. Oktober stellte der CDU-Abgeordnete Hoffacker (Schwerpunkt Familienpolitik) Pläne dar, Kinderfreibeträge und Kindergeld in der nächsten Legislaturperiode aufzubessern. Nach Abstimmung mit dem Finanzministerium berief sich Hoffacker allerdings auf den Teil der Stellungnahme des Gerichts, der für die Leistungsbemessung die Beachtung der „Finanzlage der Haushalte“ hervorhebt. Also wohl alles nur wohlfeile Wahlkampf-Köder?

FDP-§ 218-Manöver

Nach der Torpedierung der fraktionsübergreifenden Fraueninitiative hat die FDP ein Wahlkampfmanöver zum Paragraphen 218 gestartet. Die FDP-Bundestagsfraktion billigte einen Gesetzentwurf zum 218, der mögliche Kompromißlinien aufzeigen soll („Straffreiheit“ in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft, wenn vorher eine Beratung stattgefunden hat). Der Fraktionsvorsitzende Mischnick wies auf eine Absprache mit der CDU/CSU hin, daß die Frage nicht Gegenstand der Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl werden solle.

Was kommt demnächst?

Am 8. II. trifft Kohl mit dem polnischen Regierungschef in Frankfurt/Oder zu Verhandlungen über deutsche Sonderrechte in Polen zusammen. Vom 9. bis 12. II. wird Gorbatjow in der BRD erwartet. Am 18. II. kommt Bush zu Besuch. Vom 19. bis 22. II. tagt in Paris die KSZE. Am 22. II. berichtet Kohl auf der letzten Bundestagssitzung vor den Wahlen über die Ergebnisse der Konferenz. Am 28. II. trifft der rumänische Regierungschef Roman in Bonn ein. Am 2. IZ. sind Bundestagswahlen. Am 13. IZ. tagt in Rom der EG-Gipfel. Am 26. IZ. soll der neue Bundestag im Reichstag in Berlin zusammentreten.

Buchläden in Bonn und Köln durchsucht**Mehrere Aktionen der Bundesanwaltschaft mit verschiedenen Begründungen**

Der Zusammenbruch dessen, was viele Menschen „realer Sozialismus“ nennen, ist in den letzten Monaten häufig analysiert, die Auswirkungen dieses Bankrotts allseitig beleuchtet worden. Und doch scheinen wir eine wichtige Facette nicht genügend beachtet zu haben: die Ausweitung der staatlichen Repression auf weiteste Teile der Linken.

Nun waren Schläge gegen die Systemopposition zwar ständiger Begleiter des Staates BRD, man denke an die Verfolgung der KPD und ihres Umfeldes in den fünfziger und sechziger Jahren, die Repressionswelle im Zuge der RAF-Hysterie, die Berufsverbote ... Und dennoch schien sich das Klima gewandelt zu haben: die Friedensbewegung konnte sich (relativ) ungehindert entwickeln, es gab wenig offene polizeiliche Schläge gegen linke Organisationen.

Viele fortschrittliche Menschen gaben sich der Illusion hin, es ginge ja „nur“ gegen die RAF, die Autonomen, die Kurden. Solidaritätsadressen wurden vielleicht noch unterschrieben, aber der Gedanke, man könne bald selbst betroffen sein, kam nur wenigen.

Und nun kommt das böse Erwachen: der polizeiliche Sturm auf den PDS-Parteivorstand (übrigens reagiert in Berlin ein SPD/AL-Senat) war noch nicht ganz verdaut, da schlägt das BKA in Bonn zu: am 22. 10. holen die „Herren des Morgengrauens“ einen Buchhändler aus der Eröffnungsveranstaltung des PDS-Informationsbüros. Angeblicher Grund: Verdacht geheimdienstlicher Agententätigkeit.

Bis in den frühen Morgen werden seine Wohnung, die Buchhandlung „Che und Chandler“ und der Verlag „Pahl-Rugenstein-Nachfolger“ durchsucht. Daß es keinen richterlichen Durchsuchungsbefehl gab (Gefahr im Verzuge!), ist ja schon fast Standard. Natürlich wird auch beschlagnahmt, schließlich braucht der Staatsschutz Erfolgsleistungen: ein Radio, Veröffentlichungen der Friedensbewegung und ein Diavortrag über den NATO-Bunker in Linnich von 1988 (!).

Spätestens jetzt merkt jeder, um was es eigentlich geht: Kriminalisierung von Friedensengagement, der Versuch, linke Infrastruktur wie Buchhandlungen und Verlage zu zerstören, Einschüchterung der Bewegung, darauf werden wir uns künftig verstärkt einstellen müssen — aber wir müssen uns nicht damit abfinden. Die Bonner Linke gab die richtige Antwort: breite Öffentlichkeit und eine Kundgebung gegen staatliche Repression. — (tri)

Bonn: Durchsuchung von „Che und Chandler“

In der Nacht zum Dienstag durchsuchten ein Dutzend Polizeibeamte von 21 bis 4

Uhr nachts die Wohnung und die Geschäftsräume eines Bonner Buchhändlers, der seit Jahren besonders in der Bonner Friedensbewegung aktiv ist. Die umfassende Durchsuchung erfolgte ohne richterliche Durchsuchungsanordnung. Der Betroffene wurde auf der Eröffnungsveranstaltung des Informationsbüros der PDS in Bonn ergriffen.

Bei der Durchsuchung seiner Wohnung wurden ein Radiogerät, Flugblätter der Friedensbewegung sowie Dias zu einer Aktion der Friedensbewegung in Linnich im Jahre 1988 beschlagnahmt. Der Betroffene widersprach der Durchsuchung und der Beschlagnahme erfolglos.

Die Polizei begründete ihr Vorgehen mit Gefahr im Verzug und des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit. Der Beschuldigte ist auf freiem Fuß.

Ein Haftbefehl ließ sich offensichtlich nicht begründen. Der Anwalt des Betroffenen kritisierte, daß die nächtliche Aktion ohne richterliche Durchsuchungsanordnung erfolgte. Sie zeige Parallelen zur umstrittenen Durchsuchung des PDS-Parteivorstandes in Berlin, bei der ebenfalls ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl gehandelt wurde.

Polizei und Staatsanwaltschaft müssen sich fragen lassen, ob sie mit solchen Nacht- und Nebelaktionen nicht gezielt die Einschüchterung und Diskriminierung der politischen Linken zu betreiben versuchen.

Presseerklärung des Rechtsanwalts C. Skrobanek-Leutner, 23. 10. 90.

Protest der IG Medien Bonn gegen die Durchsuchung

Der Ortsverein Bonn der IG Medien protestiert gegen die Durchsuchung der Geschäftsräume des Bonner Buchhändlers Arnold Bruns.

Der Vorsitzende des Ortsvereins Bonn, Helmut Löhlöffel, und die Vorsitzende der Fachgruppe Literatur, Annelies Lennartz, nannten am Donnerstag diese staatsanwaltschaftliche Aktion zu nächtlicher Stunde und ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl anmaßend, überzogen und ungerechtfertigt.

Das Vorgehen gegen Bruns ist nach Ansicht der Bonner Mediengewerkschaft ein Angriff auf die Freiheit des Wortes und damit auf die Liberalität in unserer Stadt. Wir wehren uns, wenn ein Mensch mit einer politischen Überzeugung, die von der Mehrheitsmeinung abweicht, mit solch drastischen Methoden an den Rand und in den Geruch der Kriminalität gedrängt wird.

Ohne die laufenden Ermittlungen gegen Bruns wegen angeblicher Agententätigkeit zu kommentieren, warnt die IG

Medien vor dem Beginn einer Kommunistenhatz als Folge der deutschen Einheit.

Die Fachgruppe Literatur der Gewerkschaft fühlt sich verpflichtet, die Freiheit auch Andersdenkender zu schützen und sich allen Eingriffen in die Bürgerrechte des Grundgesetzartikels 5 zu widersetzen.

gez. Helmut Löhlöffel, Ortsvereins-Vorsitzender der IG Medien, Annelies Lennartz, Vorsitzende der Fachgruppe Literatur (VS), Bonn 25. 10. 90.

Köln: „Der andere Buchladen“ wegen § 129a Abs. 3 durchsucht

Am Mittwoch, den 24. 10. 1990, durchsuchten mehrere Beamte des Landeskriminalamtes Düsseldorf nahezu drei Stunden die Geschäftsräume des anderen Buchladens, Zülpicher Str. 197, 5000 Köln 41, unter zeitweiliger Anwesenheit eines Vertreters der Stadt Köln.

Grundlage der Durchsuchung bildete ein Beschuß des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 26. Juli 1990, erlassen durch den Ermittlungsrichter Braunöhrer. Danach erfüllten Textpassagen aus der Zeitschrift „Agitare Bene“ Nr. 13, 15, 16, 21 und 23 vom 1. 2. 90, 1. 3. 90, 14. 3. 90, 24. 5. 90 und 23. 6. 90 den Tatbestand des Werbens für eine terroristische Vereinigung nach § 129a Abs. 3 StGB.

Die ehemalige Geschäftsführerin und der Geschäftsführer des anderen Buchladens sowie drei Personen des SSK e.V. sollen sich durch Verbreiten der Ausgaben der Zeitschrift nach § 129a Abs. 3 StGB strafbar gemacht haben.

Bei der Durchsuchung in den Geschäftsräumen des anderen Buchladens wurden die im Beschuß genannten Ausgaben von „Agitare Bene“ nicht gefunden. Statt dessen nahmen die Beamten jeweils drei Exemplare der Nummern 22, 25, 26 und 28 des Blattes, einen Lieferchein aus 1989 sowie 6 Exemplare des „Angehörigen Infos“ Nr. 50 mit, nachdem sie eine Schriftprobe der Geschäftsschreibmaschine genommen hatten.

Pressemitteilung vom 27. 10. 90, Der andere Buchladen GmbH

Außerdem durchsuchte die Polizei am selben Tag die Geschäftsräume des SSK-Ehrenfeld in der Liebigstraße, nahm dort ebenfalls Schriftproben von Schreibmaschinen und beschlagnahmte Post.

Agitare Bene erklärt u.a. „die Agitare ist nach dem freiburger ausbruch die zweite zeitung, die sie in letzter Zeit kriminalisieren wollen. wir denken, daß der beste schutz im moment ist, wenn die zeitung ganz viel verkauft wird. wir lassen uns nicht einschüchtern!!!“ — (ukd)

„Zentralregister“ für PDS?**Kolonialherrenpläne zur Vernichtung der PDS**

CDU-Generalsekretär Rühe hat im Bundestag in faschistischer Manier die PDS als Krebsgeschwür bezeichnet und damit offenbart, worum es den Herrschenden geht. „Wieso wird nicht alles beschlagnahmt und allenfalls nachträglich geprüft, ob man den Verbrechern ein Wechselgeld herausgeben muß?“ (1) Kommentiert die „Welt“. Was hat eigentlich die PDS verbrochen, daß die Reaktionäre so geifern? PDS-Leute haben Geld ins Ausland transferiert — ein Vorgang, den BRD-Kapitalisten täglich in Zig-Millionenhöhe legal betreiben. Die PDS hat Funktionäre mit bescheidenen Geldern abgefunden. Ganz andere Beträge bekommen westdeutsche Politiker, die jetzt aus dem Bundestag ausscheiden: 10 Mio. DM Übergangsgelder. Allein Frau Renger erhält 350 000 DM. Bis jetzt konnte die Presse noch keinen PDSler zeigen, der sich direkt bereichern konnte. Nur am Rande war in den bürgerlichen Medien zu erfahren, was K. H. Kaufmann in Oslo wollte, nämlich klären, wer für das Konto zeichnungsberechtigt ist. Ein norwegischer Geschäftsmann sprach davon, daß Kaufmann ein „Opfer eines großpolitischen Spiels“ (2) sei.

Der Bundestagswahlkampf wird für die bürgerlichen Politiker eine Gelegenheit sein, zu prüfen, ob so etwas durchsetzbar ist. Für die politische Linke aber auch eine Gelegenheit, solche Pläne zu durchkreuzen und den Widerstand in der DDR gegen das BRD-Okkupationsregime zu unterstützen.

Quellen: (1) Die Welt 3. II. 90. (2) Kolner Stadt-Anzeiger 3. II. 90. (3) Die Welt 29. 10. 90 — (jöd)

Aufruf zur Demonstration gegen Daimler-Rüstung

Eine bundesweite Demonstration am 17. November in Stuttgart wird vorbereitet

Zu einer Demonstration gegen die Rüstungsproduktion und den Rüstungsexport von Daimler-Benz und Bundesregierung ruft die Kampagne „Produzieren für das Leben“

... Trotz ... vieler Abrüstungsbeteuerungen von Politikern hat sich bei uns wenig getan. So hält die Regierung an den höchsten Verteidigungs- und Rüstungsausgaben in der Nachkriegsgeschichte fest ... Menschenverachtende Regime in aller Welt können auch weiterhin alles, was zur Unterdrückung und Kriegsführung notwendig ist, aus der Bundesrepublik beziehen.

Wir fordern von der Daimler-Benz AG und der Bundesregierung — den Stopp aller Rüstungsexporte — die Umstellung der Rüstungsproduktion auf sozial nützliche und ökologisch sinnvolle Güter — die demokratische Beteiligung der Gewerkschaften, Kommunen, KonsumentInnen über das „Was“ und „Wie“ dieser Konversion — die sofortige Einstellung der Rüstungswerbung — die Umschichtung des Verteidigungshaushaltes und der Gelder für „Forschung und Entwicklung“ zugunsten sozialer, ökologischer und entwicklungspolitischer Projekte — den sofortigen Stopp des Jäger-90-

— Rüstungsexporte stoppen!“ auf. In dieser Kampagne arbeiten rund ein Dutzend kirchliche Gruppen zusammen. Wir dokumentieren Auszüge aus ihrem Aufruf. — (rok)

Programms. **Warum gerade Daimler-Benz?** Daimler ist nach der Fusion mit Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) der Holfieferant der Bundeswehr. Bei fast allen Waffensystemen zu Lande, zu Wasser und in der Luft ist Daimler dabei. Daimler ist der größte bundesdeutsche Rüstungsexporteur ... Die Herrschenden fahren nicht nur Mercedes, sie statthen auch ihre Armeen und Polizeien mit Kriegswaffen und Militär-LKWs aus dem Hause Daimler-Benz aus ... Und die Bundesregierung?

Die Bundesregierung fördert und unterstützt den Kurs von Daimler-Benz. Ohne ihre tatkräftige Unterstützung wäre der alles beherrschende bundesdeutsche Rüstungskonzern Daimler-Benz nicht entstanden ... mehr als 40 % aller Forschungs- und Entwicklungsgelder des Bundes an die gewerbliche Wirtschaft fließen in Daimlers Kassen. **Konversion ist nötig und möglich** ... Als ersten Schritt begrüßen wir die Absicht der Daimler-Benz AG, den Rüstungsanteil von ca. 10 bis 15 % um einige Prozentpunkte zu reduzieren und sich

weitere Geschäftsbereiche im zivilen Sektor zu suchen. Das Gebot der Stunde wäre jedoch Konversion, das heißt die vollständige Umstellung auf die Fertigung von sozial und ökologisch verträglichen Produkten unter demokratischer Beteiligung der Betroffenen in den Betrieben und Regionen ... **Entrüstung braucht Bewegung!** Die Daimler-Benz AG wird sich nicht selbst entrüsten, solange sie mit Rüstung Geld verdienen kann und ihr das Negative als Rüstungssieze nicht zu sehr im zivilen Bereich schadet. Auch die Bundesregierung wird nicht ohne Druck den Rüstungsetat einschneidend kürzen ... Deshalb rufen wir zu einer bunten und unüberhörbaren „Entrüst-Daimler-Demo“ in Stuttgart am 17. November 1990 auf.

Kontaktadresse: Kampagnen-Büro, Bahnhofstraße 18, 6270 Idstein (06126/53118). Demonstrationaufmarsch um 11.30 Uhr vor der Daimler-Benz-Verkaufsniederlassung Türlenstraße/Ecke Heilbronner Straße (Nähe Hauptbahnhof). Die Schlußkundgebung beginnt um 13 Uhr auf dem Schloßplatz.

Mit Kolonialrecht und der Besetzung sämtlicher Justizministerien durch

Lohnsteigerungen dürfen auf keinen Fall sein

Herbstgutachten bringt Argumente gegen Lohnbewegung in Stellung

Die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute haben ihr Herbstgutachten vorgelegt. Neben allerlei Deu-

In der Metallindustrie beginnt die Diskussion über die Forderungen der nächsten Tarifbewegung. Gründe für eine hohe Lohnforderung zu finden, ist leicht. Das Ansteigen der Benzinpreise ist mit jedem Tanken deutlich zu merken. Die Mieten klettern und die Situation auf dem Wohnungsmarkt verschärft sich noch. Dazu kommen Gebührenerhöhungen, die Stadtwerke Hannover z.B. wollen die Strompreise ab 1991 um sieben Prozent anziehen lassen. Die Teuerungsrate in Westdeutschland hat mit 3,3 Prozent den höchsten Stand seit August 1983 erreicht. Nach Berechnungen des DGB-WSI-Instituts ist das durchschnittliche Realeinkommen der abhängig Beschäftigten seit 1980 um knapp ein Prozent gesunken. Die überlangen Arbeitszeiten (Mehrarbeit, Sonderarbeiten) gegenwärtig und der steigende Leistungsstreß werden hohe Ausgaben in den Lohnabhängigenhaushalten zur Folge haben. Nach der Bundestagswahl werden mit einiger Sicherheit Steuererhöhungen und erhöhte Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden müssen. In der IG Metall hatten sich bereits in der vergangenen Tarifbewegung merkbar Kräfte formiert, die den Lohn, besonders eine überproportionale Anhebung für die unteren Lohngruppen, und den Kampf gegen weitere Flexibilisierung („Regel-Samstagsarbeit“) zu ihrem Anliegen gemacht hatten. Die DDR-IG Metall hatte Lohnzuschläge von 200,- und 300,- DM durchsetzen können und damit den Zug für weitere Differenzierung der Lohneinkommen nicht freigegeben. Sehr zum Ärger der Metallkapitalisten und der bürgerlichen Öffentlichkeit.

In die Aufstellung der Lohnbewegung platzieren die Wirtschaftswissenschaftlichen Institute nun ihre „Ratschläge“. Die Institute gehen von folgendem Szenario aus: Das Einkommen in Ostdeutschland wird zum erheblichen Teil aus Transferleistungen aus Westdeutschland gespeist (Arbeitslosengeld usw.). Die werden über den Kapitalmarkt finanziert, das hält die Zinsen hoch. Die Nachfrage aus der Ex-DDR

wirkt wie ein gigantisches Konjunkturprogramm für den Westen. Die Asymmetrie zwischen Einkommen und Produktion in der Ex-DDR gefährdet aber die Preisstabilität, bewirkt weitere Arbeitslosigkeit und macht damit weitere Transferleistungen notwendig usw. usw. Abhilfe schaffen soll: statt am Kapitalmarkt Geld aufzunehmen „Einsparungen“ vorzunehmen am Staatshaushalt, Privatinvestitionen in Ostdeutschland, damit dort Einkommen entsteht, keine Lohnanhebungen, um die Preise stabil zu halten. So hätten am Ende alles davon, wenn vor allem die Gewerkschaften Verzicht übten.

In Ostdeutschland sollte oberstes Ziel der nächsten Lohnrunde sein, mit der Lohndifferenzierung nach beruflicher Qualifikation sowie sektoraler und regionaler Ertragskraft anzufangen. Nominalen Lohnsteigerungen sollen zu Beginn des nächsten Jahres nicht vereinbart werden. In Westdeutschland hätten die Kapitalisten günstige Bedingungen: unter anderem werde der Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt stärker sein. Die Lohnabschlüsse müßten niedriger ausfallen als 1990. „Den Kaufkraftentzug durch die Öl-Verteuerung sollten die Tarifvertragsparteien als unvermeidlich hinnehmen, weil sonst eine Preis-Lohn-Spirale ausgelöst werden könnte.“ (HB, 22. 10.) Die Institute zeigen ernstzunehmende Spaltungslinien auf und bleiben nicht ohne Wirkung. Zum Beispiel: Rund 217 Milliarden DM werden Ende 1990 die privaten Haushalte gespart haben. Eine nach oben schnelle Preisesteigerungsrate hätte für viele Lohnabhängige vielleicht einen größeren Ertragsverlust zur Folge, als ihnen eine Lohnerhöhung einbrächte. Die Propaganda wird da in den nächsten Monaten einhaken. Oder: In Ostdeutschland müsse jetzt endlich privates Kapital angelegt werden als Voraussetzung zur Verbesserung der Lebensverhältnisse dort. IG Metall-Vorsitzender Steinkühler hat das bereits „eingesehen“. Er will „über einen Solidarbeitrag der westdeutschen Arbeitnehmer für eine, beschleunigte Einkommensgleichung“

tungsmöglichkeiten eindeutig in einem: Lohnsteigerungen dürfen auf keinen Fall sein.

ihrer Kollegen in den fünf neuen Bundesländern nachdenken. Nur so könne ein realer Beitrag der westdeutschen Arbeitgeber angemahnt werden.“ (HAZ, 3. 11.) Lohnverzicht in Westdeutschland als Investitionsanreiz in Ostdeutschland also. Nicht nur, daß Stein kühler irrt zu glauben, bei abflachender Konjunktur rundum würden die westdeutschen Kapitalisten ihre Kapazitäten noch ausbauen, zumal sie alles von den bestehenden Standorten aus versorgen können. Der den Kapitalisten zugeschobene Sonderbonus würde von diesen postwendend gegen die Belegschaften benutzt. Die Diskussion in der IG Metall kommt langsam in Gang. Aus bayrischen Funktionärsversammlungen ist zu hören, daß die Forderung nach Reallohnnerhöhungen und besonderer Anhebung für wenig Verdienende ganz oben in der Rangfolgeskala steht. Diskutiert werden auch Forderungen wie 13. Monatseinkommen, reguläre Entlohnung der Auszubildenden, Einbeziehung der außertariflichen Angestellten in den Tarifvertrag. Die möglichen Aushebungsversuche gegen die Lohnbewegung müssen bedacht werden, sonst bleibt wie so oft die besondere Anhebung der unteren Lohngruppen alsbald auf der Strecke.

Quellen: Handelsblatt, Hannoversche Allgemeine Zeitung, versch., Nachrichtendienst Stahl- und Metallindustrie 22/1990 — (gka)



Das DGB-WSI fordert überproportionale Anhebung der unteren Lohngruppen und die Reform der Eingruppierungen.

Bessere Entlohnung für Pflege!

Verhandlungen über Tarif und Stellenschlüssel überfällig

Die Tarifdiskussion im öffentlichen Dienst beginnt. Beispielhaft dafür ist im folgenden aus einem Bericht über die Auseinandersetzung im Pflegebereich in Baden-Württemberg aus dem Informationsdienst Gesundheitspolitik Nr. 23/90 dokumentiert. — (uld)

Der baden-württembergische Landtag diskutierte am 11. Oktober in einer von der SPD beantragten Aktuellen Debatte über den gravierenden Pflegepersonalmangel in den Universitätskliniken, und wie ihm entgegenzuwirken sei. Rund 100 offene Stellen gibt es an jeder Uni-klinik, an vielen städtischen Krankenhäusern (insbesondere der Maximalversorgungsstufe) und Kreiskrankenhäusern sieht es ähnlich aus ...

Die SPD kritisierte den Regierungsbeschluß, für 100 Personen pro Uni-Klinik eine Zulage von maximal 300 DM brutto in Form einer vorgezogenen Alterszulage zu gewähren, weil die Auswahl dieser 100 Leute die Belegschaft spaltet („Zweiklassensystem“) und die Zulage zu niedrig sei. Wenn schon Zulagen, dann müßten sie für alle gezahlt werden und in viel höherer Form; die Regierung solle mit der Gewerkschaft ÖTV darüber verhandeln. Alle im Pflegeberuf Tätigen müßten von vorneherein um zwei Stufen höher eingruppiert werden. Auch die FDP/DVP forderte, daß die Landesregierung „diese lächerlichen 300 Mark allen geben“ müsse, ferner müßten der Personalschlüssel sowie die Fortbildungsmöglichkeiten verbessert werden.

Der CDU-Vertreter beklagte, daß die Tarifgemeinschaft Deutsche Länder (TDL) „dem Problem der Pflegekräfte bisher nicht mit genügendem Nachdruck gerecht geworden ist“. Die Tariferhöhung des letzten Jahres für das Krankenpflegepersonal sei zu niedrig gewesen, man müsse dafür sorgen, daß „diese Belegschaft in den gleichmächerischen Tarifverhandlungen endlich ein eigenes Gewicht bekommt“ ... Sozialministerin Schäfer forderte leistungsgerechte Vergütung und mehr Personal im Pflegebereich, von den Tarifpartnern sei hier zu wenig getan worden.

Die SPD folgerte aus diesen Äußerungen, daß sowohl der Wissenschaftsminister als auch die Sozialministerin bereit sei, unverzüglich in Verhandlungen mit den Tarifpartnern einzutreten. (I)

Auffällig ist, wie sich die CDU-Landesregierung als Vorkämpfer für bessere Vergütung und besseren Stellenschlüssel ausgeben will. Wieso ist sie

dann bisher den mehrfachen Aufforderungen des ÖTV-Landesbezirks Baden-Württemberg nicht gefolgt, sofort Verhandlungen über Zulagen für alle Beschäftigten im Pflegebereich in Baden-Württemberg aufzunehmen? Finanzielle Verbesserungen für das Pflegepersonal in den Krankenhäusern dieses Bundeslandes, vereinbart zwischen ÖTV auf der einen Seite und dem Land und dem Kommunalen Arbeitgeberverband auf der anderen Seite würden den Druck auf die anderen Bundesländer erhöhen, ebenfalls in Verhandlungen über höhere Vergütungen einzutreten, z.B. über die verbesserte Eingruppierung des Krankenpflegepersonals ...

Vorsicht ist gegenüber der CDU-Forderung nach „differenziertem Entlohnungssystem“ angebracht. Will sie damit die Hierarchie innerhalb des Pflegepersonals verstärken? Differenzierten sollte sich die Entlohnung nur entsprechend den Arbeits- und Gesundheitsbelastungen: Wer z.B. nachts arbeitet oder in Schicht, hat höheren Verschleiß gegenüber den tagsüber Arbeitenden und braucht daher mehr Geld. Solche Erschwerisse müssen künftig tatsächlich besser vergütet werden als bisher mit den lächerlich niedrigen Zuschlägen.

Interessant ist im Zusammenhang mit der Landtagsdebatte die Ankündigung der baden-württembergischen Krankenhausgesellschaft (BWKG), der 375 Krankenhäuser in Baden-Württemberg (mit 83 000 Betten und 120 000 Beschäftigten) angeschlossen sind, die einen Forderungs- und Empfehlungskatalog herausgeben will. Im Mittelpunkt steht laut Direktor Siebig die Erkenntnis, daß „die Kliniken in der Vergangenheit auf Kosten der Pflege zu billig waren“. Die Krankenkassen hätten bisher eindeutig die Fortschreibung des alten Stellenschlüssels und damit mehr Personalstellen in der Pflege blockiert.

Seitens der ÖTV sollte der Druck (z.B. mit öffentlichen Aktionen) auf das Land, den Kommunalen Arbeitgeberverband und die TDL verstärkt werden, sofort regional und zentral in Verhandlungen über höhere Vergütungen im Pflegebereich einzutreten und ihrerseits vom Arbeits- und Sozialminister Blüm eine grundlegend verbesserte Stellenausstattung zu fordern. Auch die ÖTV müßte dann gegen die Beitragsstabilität Stellung nehmen.

Quellen: (I) Staatsanzeiger für Baden-Württemberg v. 20. 10. 90 — (evo/AGG)

„Gefahr für die Fortsetzung des Aufschwungs“

Dokumentiert: Auszüge aus dem Herbstgutachten der Wirtschaftsinstitute

Die zunehmenden Anzeichen für eine heranziehende Überproduktionskrise der imperialistischen Weltwirtschaft, etwa in der Automobil- und Chemieindustrie, werden von den Wirtschaftsinstituten besorgt registriert. Von den Lohnabhängigen verlangt die Wissenschaft deshalb schon jetzt, Einkommensverluste ohne Gegenwehr hinzunehmen. Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus dem „Herbstgutachten“. — (rül)

Überblick

... In den USA sind die Antriebskräfte vor allem infolge der monetären Restriktion mit Mitte vergangenen Jahres weitgehend erlahmt, in Japan hat sich der Aufschwung zügig fortgesetzt, in Westeuropa sind Nachfrage und Produktion in diesem Jahr merklich, aber doch verlangsamt gestiegen. Vor allem in einigen der größeren Volkswirtschaften, wie in Frankreich und Italien, kam es zu einer gewissen Abflachung. Hingegen hielt in der Bundesrepublik Deutschland die kräftige Aufwärtsbewegung unvermindert an, gefördert von den Nachfrageanregungen aus dem Gebiet der ehemaligen DDR ... Durch die Golfkrise sind neue Risiken für die Weltkonjunktur entstanden ...

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Die wirtschaftliche Lage im vereinigten Deutschland ist tief gespalten. In Westdeutschland hat sich die konjunkturelle Expansion in unvermindertem Tempo fortgesetzt. Die Auslastung der Produktionskapazitäten, die schon ein sehr hohes Niveau erreicht hatte, nahm weiter zu. Die Zahl der Beschäftigten ist beträchtlich gestiegen, und die der Arbeitslosen ist spürbar zurückgegangen,

obwohl sich das Arbeitskräfteangebot infolge des Zustroms von Übersiedlern und Aussiedlern erheblich ausgeweitet hat. In Ostdeutschland verstärkte sich der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion nach dem Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zum 1. Juli dieses Jahres drastisch. Mit der Einführung der D-Mark wurden die Betriebe dort schlagartig einem Wettbewerbsdruck ausgesetzt, der viele zur Einschränkung oder gar Einstellung der Produktion zwingt. Hinzu kommt, daß mit der Abschaffung der zentralen Planung Lieferbeziehungen abrupt abrissen, die Fertigung also auch aus diesem Grund ins Stocken geraten ist. Im August erreichte die Industrieproduktion nur noch ungefähr die Hälfte des Vorjahresniveaus ...

... haben die Einkommen der privaten Haushalte in Ostdeutschland trotz des sprunghaften Anstiegs von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit nicht abgenommen, sondern sie sind sogar gestiegen. Noch vor, besonders aber nach der Einführung der D-Mark in Ostdeutschland kam es zu kräftigen betrieblich und tarifvertraglich vereinbarten Lohnnerhöhungen. Auch wurden die Altersrenten durch gesetzliche Regelungen stark angehoben. Hinzu kam, daß die Umstellung der Konten zu höheren D-Mark-Beständen führte als unterstellt. Die Haushalte verfügten über wesentlich umfangreichere D-Mark-Beträge aus laufenden Einkommen und aus Ersparnissen, als angenommen worden war ...

In Westdeutschland hat sich der Anstieg von Preisen und Kosten, namentlich im Vergleich zu früheren hochkonjunkturellen Phasen, nur wenig verstärkt; zuletzt hat freilich die kräftige

Erhöhung des Ölpreises einen deutlichen Preisniveausprung bewirkt ... erwarteten wir von diesem Ölpreis auch für Deutschland keinen gravierend dämpfenden Einfluß auf die Konjunktur. Voraussetzung ist freilich, daß die Tarifvertragsparteien den Kaufkraftentzug, den die Verteuerung des Erdöls und der dadurch bedingte allgemeine Preisniveauanstieg bedeutet, als unvermeidlich hinnehmen. In einer unangemessenen Reaktion der Tarifparteien, die eine Preis-Lohn-Spirale auslösen könnte, liegt somit eine Gefahr für die Fortsetzung des Aufschwungs ...

Ostdeutsche Wirtschaft in der Umstellungskrise

... Der Absatz heimischer Produkte ist in Ostdeutschland radikal zurückgegangen, aber nicht als Ergebnis einer Schrumpfung der Nachfrage, sondern eines Substitutionsprozesses, bei dem westliche Güter an die Stelle ostdeutscher getreten sind. Zudem haben ostdeutsche Betriebe nach Wegfall der Exportsubventionen erhebliche Absatzeinbußen im Ausland erlitten. Im Ergebnis ist die Industrieproduktion dramatisch zurückgegangen. Aber auch im Handel und im Verkehrsbereich sowie im Bauwesen gab es kräftige Einbußen. Das nominale Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands dürfte in diesem Herbst um etwa ein Viertel niedriger sein als vor einem Jahr ...

Der Eindruck, die Umstellungskrise sei Folge der Einführung der Marktwirtschaft, ist vordergründig ... Die notwendige Umstellung der ostdeutschen Wirtschaft wird geraume Zeit in Anspruch nehmen. Als mühsam erweisen sich schon die Privatisierung, die Klä-

lung der Eigentumsverhältnisse, die Entflechtung der monopolistischen Betriebe und der Aufbau eines leistungsfähigen öffentlichen Sektors. Erst recht nicht in kurzer Zeit zu bewältigen sind die Modernisierung der Infrastruktur, der Aufbau einer modernen, arbeitsteiligen Wirtschaft, die Entwicklung einer differenzierten Lohnstruktur ...

Tiefpunkt der gesamtwirtschaftlichen Produktion 1991

Obwohl die Anpassung an die veränderten Wettbewerbsbedingungen schon zu einem geradezu dramatischen Rückgang der Produktion geführt hat, ist der Tiefpunkt wohl noch nicht erreicht. Eine beträchtliche Anzahl von Betrieben, die jetzt noch durch Liquiditätskredite der Treuhandanstalt und durch die zeitweilige Aussetzung von Konkursregeln am Leben gehalten werden, dürfte in den nächsten Monaten in Konkurs gehen ...

Drastischer Rückgang der Beschäftigung

... Eine gewisse Entlastung erfährt der Arbeitsmarkt Ostdeutschlands dadurch, daß sich Arbeitskräfte zurückziehen. So dürften viele, denen Arbeitslosigkeit droht, von der Möglichkeit Gebrauch machen, bereits mit 57 Jahren Rente zu beziehen. Auch dürfte die Zahl der arbeitenden Rentner deutlich zurückgehen, und viele Menschen werden in Westdeutschland eine Erwerbstätigkeit aufnehmen ... Trotz solcher Entlastungen wird die Arbeitslosigkeit erheblich zunehmen. Auf dem Höhepunkt dürfte die Zahl der Arbeitslosen 1,7 Millionen betragen. Die Zahl der Kurzarbeiter wird im kommenden Winterhalbjahr etwa 2 Millionen erreichen ... Bereits im bisherigen Verlauf des Jahres 1990 sind die Löhne zum Teil sehr kräftig angehoben worden. Dabei wurden vielfach Sockelbeträge vereinbart, so daß die ohnehin geringe Lohndifferenzierung weiter abgenommen hat. Das Lohnni-

veau wird Ende 1991 etwa 50 Prozent des westdeutschen Niveaus erreichen

Investitionsboom schwächt sich ab

... Trotz weiterhin starker Ausweitung der Nachfrage aus Ostdeutschland nimmt das Tempo der gesamtwirtschaftlichen Expansion ab; dies dämpft die Absatzwartungen. Auch von der Kostenseite her gerät das Investitionskalkül unter Druck: Die Energiekosten sind höher, die Lohnkosten steigen verstärkt, eine Überwälzung auf die Preise dürfte nicht mehr voll gelingen ...

Abflauende Verbrauchskonjunktur

... Infolge des beschleunigten Preisauftriebs werden die realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nur um 1,5 vH zunehmen (1990: 5,5 vH)

Lohnpolitik

In Westdeutschland wird die Lohnrunde im kommenden Jahr unter veränderten Bedingungen verlaufen. Der Anstieg der Produktivität wird niedriger und die Terms of Trade werden wegen der Ölpreiserhöhung ungünstiger sein. Zudem wird der Wettbewerb am Arbeitsmarkt durch die Integration der beiden Teile Deutschlands erheblich verschärft. Da der Verteilungsspielraum kleiner sein wird als in diesem Jahr, müßten auch die Lohnabschlüsse niedriger ausfallen. Sollte es zu den — von uns nicht empfohlenen — Steuererhöhungen kommen, so ändert dies nichts an der lohnpolitischen Empfehlung. Denn auch hier wäre eine entsprechende Kürzung des Reallohns ... hinzunehmen ...

Alle Zitate aus: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1990, Hrsg. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Essen, 18. Oktober 1990

Internationale Umschau

Das Bild zeigt eine der zahlreichen Protestaktionen in den USA gegen die Truppenentsendung an den Golf. Den Demonstrationen Ende Oktober in New York, Atlanta, Washington, Boston und San Francisco waren zahlreiche kleinere örtliche Aktionen vorausgegangen (Bild: Chicago, eine Protestdemonstration Ende August), u.a. in Cleveland, Chicago, Detroit, New York, Houston (Texas) und anderen Städten. Diese Protestaktionen werden fortgesetzt. — (rül)

Indien: Regierungskrise wegen Ausschreitungen

Wie üblich findet man nur schwer genaue Informationen über die Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Moslem in Indien, die sich an der geplanten Zerstörung einer Moschee in der nordindischen Stadt Ayodhya entzündet haben. Inzwischen sind über 50 Menschen bei den Auseinandersetzungen umgekommen. Passend zu den Wahlen in Pakistan, bei denen islamisch-fundamentalistische Kräfte einen Wahlsieg erungen haben, versuchen reaktionäre Hindufundamentalisten gegen Muslim Stimmung zu machen. Indien ist der Staat mit der größten Muslimbevölkerung der Erde. Gegen die aufgehetzten Menschen mußte die Armee eingesetzt werden. Die Situation ist für das Ministerkabinett Singh die erste große Krise. Am 7. November muß sich die Regierung einer Vertrauensabstimmung im Parlament stellen. Vorletzte Woche verließ die BJP (Bharata-Janata-Party) die Regierungskoalition. Die BJP propagiert einen reaktionären Hindu-Nationalismus und trägt maßgeblich die Verantwortung für die derzeitige Entwicklung. Ihr Parteichef Advani wurde bei einem Marsch auf Ayodhya festgenommen. Die Moschee steht seit 460 Jahren auf dem Gelände und die Errichtung eines Hindutempels stellt sicher eine massive Provokation dar. Es gibt deutliche Zusammenhänge mit der Kashmirfrage, denn die BJP rief einen Generalstreik gegen die Muslime im von Hindus besiedelten Teil des Kashmir (Jammu) aus. Hier gab es auch prompt Zusammenstöße und Verletzte. — (cog)

ČSFR: Bürgerforum zerfällt zunehmend

Der schon länger erwartete Zerfall des tschechischen „Bürgerforums“, seit den Parlamentswahlen im Juni stärkste Partei, wurde durch den Beschuß des Parteitages im Oktober beschleunigt, sich von einer Dachorganisation zu einer Partei zu entwickeln. Zunehmend waren Differenzen zwischen im Forum aktiven „68er-Reformkommunisten“ (Gruppe „Erneuerung“), Trotzisten („Linke Alternative“), christlich-demokratischen Anhängern Havels (sog. Zentristen) sowie wirtschaftsliberalen Kräften („Demokratische Rechte“) entstanden, vor allem über Geschwindigkeit und Ausmaß der Privatisierungen. Hier scheint sich mit dem letzten Beschuß der Regierung für die nahezu vollständige Privatisierung der Großindustrie ab Januar der Kandidat der Rechten und neue Parteivorsitzende, Finanzminister Klaus, durchgesetzt zu haben. Am 31. 10. erklärte der Rat des Bürgerforums, daß die „Linke Alternative“ und die Gruppe „Erneuerung“ nicht länger als Teil der Organisation betrachtet würden, da sie die politische Linie der Bewegung verlassen hätten. Die Mitglieder beider Gruppierungen gründeten daraufhin die „Zwischenparlamentarische Bürgergesellschaft“, die sozialdemokratische Vereinigung für soziale Abfederungen beim — befürworteten — Übergang zur Marktwirtschaft eintreten solle. — (uga)

Kurdistan: Andauernde Hungerstreiks und Proteste

Der am 8. 10. im Spezialgefängnis Diyarbakir aus Protest gegen die Zwangsvorlegungen der Kriegsgefangenen und der Repression in Kurdistan begonnene Hungerstreik dauert an. Mittlerweile ist die Zahl der Hungerstreikenden auf über 200 angestiegen. In Diyarbakir setzen die Angehörigen der Gefangenen im Gebäude der SP (Sozialistische Partei) ihren Solidaritäts- und Protesthungerstreik fort. Immer mehr Menschen schließen sich dem Hungerstreik an, inzwischen sind 65 im Hungerstreik. Die Polizei observiert die Umgebung des Gebäudes und hat bisher vier Patrioten festgenommen.

Bismil: Im Spezialgefängnis wurden am 17. 10. 25 Gefangene, die meisten politische, mit Gewalt in andere Gefangenschaft verlegt, woraufhin die zurückgebliebenen Gefangenen einen Hungerstreik begannen, der am 21. 10. in einen unbefristeten Hungerstreik verwandelt wurde.

Nusaybin: An dem am 15. 10. begonnenen Hungerstreik beteiligen sich 186 Menschen. Trotz Repressionen durch Polizeikräfte besuchen täglich ca. 3000 Menschen die Hungerstreikenden.

Cizre: Der Hungerstreik in Cizre begann am 19. 10. mit über 200 Menschen. Nachdem sich immer mehr Menschen dem Hungerstreik anschlossen, mußten die Hungerstreikenden in ein Hotel umziehen. Die Hungerstreikenden werden von vielen Bürgern besucht. Am 22. 10. hat sich eine Gruppe aus Silopi, am 29. 10. eine Gruppe von vierzig Studenten dem Hungerstreik angeschlossen.

Gaziantep: Am 30. 10. begannen die politischen Gefangenen im Gefängnis von Gaziantep aus Protest gegen die Zwangsvorlegungen und den kolonialfaschistischen Terror ein Todesfasten. Auch in Siverek, Adiyaman, Idil und Adana finden Solidaritätshungerstreiks statt.

Kontakttelefone mit den Angehörigen: Diyarbakir: ☎ 0090-831-17422
Nusaybin: ☎ 0090-8425-3573 — (rül)



Seit sechs Monaten protestieren die etwa 100000 Lehrer des wallonischen Landesteils in Belgien gegen den von der Regierung verhängten Lohnstopp und für eine Anhebung ihrer Löhne. Allein in Brüssel fanden seit Mai 59 Demonstrationen und Kundgebungen statt. Die Lehrer verlangen mindestens eine Anhebung ihrer Gehälter um 2%, wie für den übrigen öffentlichen Dienst schon vor Monaten von der Regierung zugestanden. Nachdem ihre monatelangen Demonstrationen und Kundgebungen nichts bewirkten, traten sie Mitte Oktober in den Streik. Lehrer an Grundschulen verdienen derzeit ein Eingangsgehalt von umgerechnet knapp 1300 DM. — (rül)

Israel: Eskalation der Unterdrückung

Während sich die Massenmedien in den letzten Monaten vornehmlich dem „neuen“ Nahostkonflikt widmeten, scheint eine Lösung der seit über vierzig Jahren andauernden Palästinensfrage noch weiter in den Hintergrund gerückt zu sein. Schon zu Beginn der Golfkrise sprachen sich führende israelische Politiker dafür aus, die neue Situation zur Zerschlagung des palästinensischen Volksaufstandes zu nutzen. Am 8. Oktober erschossen Mitglieder israelischer Eliteeinheiten in der Jerusalemer Altstadt 22 Palästinenser. Vorausgegangen war eine Provokation zionistischer Siedler, die seit langem versuchen, den Tempelberg unter ihre Gewalt zu bringen. Diese Gruppierung hatte angekündigt, daß ihre Aktion „nach Absprache und unter dem Schutz der Sicherheitskräfte“ stattfinden werde. Bereits einen Tag zuvor hatte Ministerpräsident Shamir bekanntgegeben, daß am Rand des Ölbergs ein neues rein jüdisches Wohnviertel für Einwanderer aus der Sowjetunion entstehen solle. Gegen die protestierenden Palästinenser wurde zunächst mit Gummigeschossen, dann mit scharfer Munition vorgegangen. Nach Aussagen von Ärzten und Krankenschwestern starben die meisten Opfer durch gezielte Kopfschüsse. Auch auf die anrückenden Krankenwagen wurde gezielt geschossen. Das Massaker am Tempelberg ist eines der schlimmsten seit Beginn der „Intifada“ vor drei Jahren. In dieser Zeit wurden mindestens tausend Palästinenser getötet, und die zionistische Besatzungsmacht versucht, mit brutalster Unterdrückung den Widerstand zu brechen. Nachdem es in den zwei Wochen nach dem Blutbad zu mehreren Auseinandersetzungen zwischen Palästinensern und zionistischen Siedlern gekommen war, riegelte die Armee am 24. Oktober die Grenzen zu den 1967 besetzten Gebieten hermetisch ab. Tausende Palästinenser wurden so daran gehindert, zu ihren Arbeitsplätzen zu gelangen. Diese Maßnahme wurde auf Drängen der israelischen Unternehmer nach vier Tagen wieder aufgehoben, zugleich wurden neue Reisebeschränkungen und Ausgangssperren für Palästinenser aus dem Gaza-Gebiet erlassen. Inzwischen begründete Shamir die Weigerung, eine Untersuchungskommission der UNO einreisen zu lassen, mit dem Souveränitätsprinzip, da die 1967 eroberte Altstadt von Jerusalem nach zionistischer Auffassung zum israelischen Staatsgebiet gehöre. — (hch)

Italien: Geheime Nato-Sondereinheiten

Der italienische Präsident Cossiga hat zugegeben, daß in Italien seit Jahrzehnten eine von der Nato geleitete Geheimorganisation mit Namen „Gladio“ zur „Abwendung einer kommunistischen Machtübernahme“ besteht. Er, Cossiga, habe selber in den 60er Jahren bei der Rekrutierung von Personal für „Gladio“ mitgewirkt. Die linke Zeitung „Il manifesto“ hat die Existenz dieser Geheimorganisation enthüllt. Die Regierung Andreotti bestätigte sie und ließ verlauten, die Organisation habe 1000 Personen umfaßt. Ihr gehörten bzw. gehörten noch immer u.a. auch zahlreiche Faschisten an. Ex-Regierungschef De Mita hat ebenfalls bestätigt, ihm sei die Truppe seit seiner Amtszeit bekannt. Quelle: Neue Zürcher Zeitung, 6.11.90 — (rül)

Boykottiert Outspan-Orangen!**Der Streik der Farmarbeiter verdient Unterstützung**

Der Streik der Farmarbeiter auf der Orangenfarm Zebedelia Estates, die dem staatlichen South African Development Trust gehört, dauert an. Bereits im April 1989 hatten die Farmarbeiter für einen Monat gestreikt, um einen Lohn, der zum Leben reicht, durchzusetzen. Die Farmleitung setzte wie in diesem Jahr die Polizei ein, die Arbeiter wurden geschlagen und mit Hunden gejagt. Die staatlichen Behörden weigerten sich, den Streik als legalen Arbeitskampf anzuerkennen. Für Landarbeiter gilt die Arbeitsgesetzgebung nicht, sie gelten noch immer nicht als selbständige Arbeitskräfte, sondern als Bestandteil des Farmeigentums. Dennoch konnten die Arbeiter und ihre Gewerkschaft, die National Union of Farmworkers, von der Farmleitung die Zusage für Lohnerhöhungen und für weitere Verhandlungen über die Arbeitsbedingungen erzwingen. Die Farmleitung hielt sich jedoch nicht an ihre ursprüngliche Zusage und legte im Juni dieses Jahres einen Vertrag über Arbeits- und Lebensbedingungen vor, über den sie nicht verhandeln wollte und den die Arbeiter als unzumutbar zurückwiesen. Sie begannen am 8. August mit dem jetzigen Streik, auch um eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Sie fordern:

1. Sofortige Lohnerhöhung um 60%;

2. auf Dauer einen Mindestlohn von 500 Rand im Monat; 3. Verhandlungen für einen Vertrag über die Arbeitsbedingungen; 4. Verhandlungen über bessere Lebensbedingungen.

Die Farmleitung antwortete auf den Streik mit Drohungen und Einschüchterungsversuchen. Alle Arbeiter wurden entlassen, 200 Familien aus ihren Wohnungen vertrieben. Die Arbeiter, die noch auf der Farm wohnen, dürfen sich nur auf dem Farmgelände bewegen. Nächtliche Überfälle durch die weißen Sicherheitskräfte sind üblich. In der dritten Streikwoche versuchte die Farmleitung, Streikbrecher einzusetzen. Einige weigerten sich, als Streikbrecher tätig zu sein, und diejenigen, die blieben, sind in der Arbeit nicht ausgebildet und behandeln die Früchte so schlecht, daß sie nicht verkauft werden können. Die Orangen, die jetzt noch auf den Bäumen sind, fangen bald an zu faulen.

Die National Union of Farmworkers ruft die internationale Öffentlichkeit auf, den Streik der Farmarbeiter zu unterstützen. Boykottiert Outspan-Orangen! Schreibt Protestbriefe an den Vorsitzenden des Trusts, an FW de Clerk, Private Bag 1000, Union Buildings, Pretoria, RSA, und an The South African Development Trust, PO Box 213, Pretoria 0001, RSA. — (uld)

Fundamentalistischer Wahlsieg**Pakistan: Kashmirfrage für Wahlausgang entscheidend**

Die am 26./27. 10. 1990 abgehaltenen Wahlen für das nationale Parlament und die vier Provinzparlamente endeten mit einer erdrückenden Niederlage für die Pakistan Peoples Party (PPP) Benazir Bhuttos. Von 207 Parlamentssitzen im nationalen Parlament erreichte die Islamisch Demokratische Allianz (Islam Jamhoori Ittehad, IJI) 105 und die PPP nur 45 Sitze.

Die Niederlage der PPP kam für viele überraschend, da B. Bhutto nach ihrer Absetzung am 6. 8. 1990 den Wahlkampf ganz auf ihre Person zugeschnitten hatte. Dabei stellte sie ihre Absetzung als Staatsintrige dar. Allerdings wies die Opposition erfolgreich auf den Widerspruch hin, in dem ihr volkstümliches Auftreten während des Wahlkampfes zu ihrem feudalen Gebahren steht. Entscheidend für den haushohen oppositionellen Wahlsieg dürfte aber nicht dieser Punkt gewesen sein, denn führende Kandidaten der IJI waren vor dem Mitglied der Regierung B. Bhuttos gewesen.

In der Provinz Pandschab leben weit aus die meisten Menschen in Pakistan. Sie stellt mehr als die Hälfte aller Abgeordneten (115). Hier werden die Wahlen im wesentlichen entschieden. Die Kernprogrammpunkte der IJI waren:

„Wir werden Pakistan zu einem wahrhaft islamischen Wohlfahrtsstaat machen ... Wir werden alle unsere Kräfte zur Befreiung Afghanistans und Kashmirs einsetzen ... Wir werden allen Druckversuchen gegen unser Nuklearprogramm widerstehen.“ Unabhängig von der fundamentalistischen und nationalistischen Propaganda ließen sich die Menschen im Pandschab davon leiten, daß die neue Regierung die Kashmirfrage zu Pakistans Gunsten wird entscheiden können. Denn der Vorwurf an die Regierung Bhutto, in dieser Frage gegenüber Indien „zu weich“ gewesen zu sein, hat nicht zuletzt zu ihrer Absetzung mit Billigung des Militärs geführt. Es geht hier vermeintlich um die „Lebensadern“ Pakistans, die für die Versorgung des Pandschabs unentbehrlich sind. Die Bedeutung dieser Frage drückt sich darin aus, daß die PPP im Regionalparlament 88 Sitze einbüßte und jetzt nur noch 10 Abgeordnete stellt.

Die Versuche der USA, Einfluß auf die Wahlen zu nehmen, indem die Kreditvergabe nach der Absetzung B. Bhuttos bis zur Wahl gesperrt wurde, hat sicherlich nicht den Effekt gehabt, den es haben sollte. Die neue Regierung wird reaktionär sein und aufgrund des starken Einflusses der Jamiat, einer Kaderpartei der muslimischen Geistlichkeit, auch schwer einschätzbar. Quellenhinweis: Neue Zürcher Zeitung, div. Ausgaben Oktober 1990 — (cog)

Der PAC-Präsident ist tot**Z. Mothopeng kämpfte seit langem für die Befreiung Azanias**

Der Präsident des Pan Africanist Congress of Azania (PAC), Zephania Mothopeng, ist am 23. Oktober im Alter von 77 Jahren verstorben. Er starb an einer Lungenentzündung, er litt aber bereits seit Jahren an Lungenkrebs, an dem er im Gefängnis erkrankte.

Die Rassistenregierung mußte den schwerkranken Befreiungskämpfer am 26. November 1988 vorzeitig aus der Haft entlassen. Zephania Mothopeng war 1979 gemeinsam mit elf weiteren Angeklagten aus dem PAC und der Black Consciousness Bewegung zu 30 Jahren Haft verurteilt worden. Das Gericht befand die zwölf und insbesondere den Genossen Mothopeng verantwortlich und schuldig der Aufstandsbewegung 1976, die mit dem Schüleraufstand in Soweto begann.

Z. Mothopeng war bereits 1963 im selben Verfahren wie der damalige PAC-Präsident Mangaliso Robert Sobukwe zu drei Jahren Gefängnis und Zwangsarbeit verurteilt worden. Darauf kämpfte er im Innern des Landes weiter für die Befreiung Azanias von der rassistischen Siedlerherrschaft. Der PAC ernannte ihn noch während seiner zweiten Inhaftierung zum Präsidenten.

Mit Z. Mothopeng verliert die Befreiungsbewegung in Azania einen erfahrenen Kämpfer, der innerhalb der Befreiungsbewegung immer darauf gedrungen hat, die Beratung und die Einheit mit allen unterdrückten Schichten zu suchen.

Auf die Einladung zu Gesprächen über mögliche Verhandlungen, die der südafrikanische Präsident De Klerk gegenüber dem PAC und anderen Parteien und Organisationen ausgesprochen hat, reagierte Mothopeng mit dem Aufruf an alle afrikanistischen Organisationen und Teile des PAC, diese Einladung zu beraten. Wie sich die Gruppierungen und damit der PAC zu dieser Einladung verhalten werden, entscheidet sich auf dem ersten Inlands-Kongreß des PAC seit über 30 Jahren zwischen dem 9. und 11. November. Mothopeng rief alle Mitglieder des PAC und der PAM auf, auch vor dem Hintergrund dieses Gesprächsangebots durch die rassistische Regierung die Anstrengungen für allgemeine und gleiche Wahlen für eine verfassunggebende Versammlung zu erhöhen. Diese Versammlung soll einen Verfassungsentwurf vorlegen, der nach eingehender Beratung die Grundlage für ein künftiges Azania Südafrika sein soll. — (m)

Das Konzept „Partei der Linken“

Das perspektivische Konzept für die geplante neue Partei, das Occhetto bei der Begründung von Namen und Symbol erneut vorgestellt hat, ist eine Art reformistische Sammelpartei. In diese Partei sollen diverse Strömungen Eingang finden, allerdings nicht Kräfte links von der offiziellen PCI. In einem Interview mit der Zeitschrift *L'Espresso* hat sich Occhetto zum wiederholten Mal an die vorgesetzten politischen Kräfte gewandt mit dem Appell: „die diversen Seelen der italienischen Linken zu vereinigen“.⁽¹⁾

Das betrifft zunächst und vor allem die Sozialdemokratie in Gestalt der (an der Regierung beteiligten) Sozialistischen Partei (PSI) mit dem Vorsitzenden Craxi: „... Alle sozialdemokratischen Parteien fühlen, was ich auch fühle: daß wir vor der Notwendigkeit stehen, neue Horizonte zu ziehen... Craxi täuscht sich, auf einem festen Ufer zu stehen. Er sollte viel eher sagen: Wir sind zwei Kräfte des italienischen Sozialismus, knüpfen

„Demokratische Partei der Linken“ oder „kommunistische Neugründung“?

Strategiedebatte in der Kommunistischen Partei Italiens

Der 19. Parteitag der Kommunistischen Partei Italiens (PCI) hatte im Dezember 1989 beschlossen, die „Konstituierungsphase einer neuen politischen Formation“ einzuleiten, in die die PCI aufgehen soll. Inzwischen hat der Generalsekretär der PCI, Achille Occhetto, nach elf Monaten der „Konstituierungsphase“ als Namen der neuen Partei vorgeschlagen: „Demokratische Partei der Linken“ (Partito

Democratic della Sinistra — PDS). Das neue Emblem soll ein grüner Baum auf grünem Boden sein, an dessen Fuß zunächst noch das bisherige Parteisymbol klein aufgenommen werden soll. Über den Entwurf eines neuen Parteiprogramms wird diskutiert, allerdings weniger heftig und stärker intern als über Name und Emblem. Entscheiden soll der 20. Parteitag im Januar 1991.

ren Bürgermeister von Palermo, Orlando, der unlängst von seiner Partei im Amt abgelöst wurde.

Nicht angesprochen sind linke Organisationen wie die in der Kammer des Parlaments vertretene Democrazia Proletaria (DP), die 1978 aus einem Bündnis linker Kräfte hervorging, oder auto-

ausgemacht habe, seien beide gescheitert bzw. nicht imstande, die gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Damit sei auch die historische Phase der Trennung dieser beiden Flügel zu Ende. In einer „dritten Phase“ könnten sie heute wieder zusammenwachsen. Hinzu kämen die besonderen Verhältnisse Italiens, die Regierungskrisen, der „Verfall der Demokratie“, die Entwicklungsprobleme des italienischen Südens u.a. Die neue Partei könnte die politischen Verhältnisse in Bewegung bringen und eine linke Regierungsalternative werden.

Die bisherigen elf Monate „Konstituierungsphase“ geben kaum Anhaltspunkte, daß diese Strategie funktionieren wird. Die anvisierten politischen Kräfte zeigen sich kaum interessiert bzw. behandeln die PCI nach wie vor als politische Konkurrenz. Craxi hat wenige Tage vor der Bekanntgabe von Occhetos Vorschlägen verfügt, daß die PSI ab sofort „Sozialistische Einheit — PSI“ zu heißen habe. Die PSI will eine Zusammenarbeit, wenn überhaupt, dann zu ihren Bedingungen. Die beiden Parteien der Grünen, „Sole che ride“ (Lachende Sonne) und „Arcobaleno“ (Regenbogen), haben gerade beschlossen, sich im Dezember 1990 zu vereinigen, um so die vierstärkste organisierte politische Kraft zu werden; also keine Rede von einem Aufgehen in eine andere Partei. Orlando schließlich hat erklärt, daß er als Christdemokrat sterben werde, wenn auch vielleicht nicht als Mitglied der Democrazia Cristiana.

Diese Reaktionen deuten an: Die Kräfte, die für die geplante künftige Partei, eine Reformpartei der Arbeit unter Führung der lohnabhängigen Mittelschicht, ins Auge gefaßt sind, sind nicht willens, sich in eine andere politische Formation aufzulösen.

Die Kräfte der PCI sind in der „Konstituierungsphase“ nicht stärker, sondern schwächer geworden. Die Sektionen der PCI klagen über Mitgliederverluste. Bei den Wahlen auf der Ebene der Gemeinden, Provinzen und Regionen im Mai hat die PCI etwa 5 % Wählerstimmen verloren. Die Beziehungen der PCI

zum betrieblichen und gewerkschaftlichen Widerstand gegen die Kapitalisten und zu anderen sozialen Interessen und Bewegungen, die sich schon seit einiger Zeit krisenhaft entwickelt haben, sind nicht besser geworden. Dem sozialen Widerstand hat die PCI im Zuge der förmlichen Umbildung zu einer anderen Partei kaum Impulse geben können. Die sozialen Interessen der arbeitenden Klassen spielen in ihrer Politik eine rückläufige Rolle. Die Programmdiskussion — geführt über einen Entwurf aus dem Mehrheitslager — läßt nicht erkennen, daß diese beunruhigende Entwicklung bewußt und planmäßig umgekehrt werden soll. Soziale Gegner, das monopolistische Kapital, die Konzerne kommen darin nicht vor. Die Interessen der Lohnabhängigen werden immer weniger als eigenständige Klasseninteressen formuliert, stattdessen als angebliche übergeordnete allgemeine Interessen (z.B. die Ersetzung des Lohnkampfs durch die Vermögensbildung mit Fonds von Produktivkapital).

Konzept der „Nein-Front“: Kommunistische Neugründung

Die innerparteiliche Opposition („Nein-Front“) lehnt Occhetos Vorschläge ab. Auf dem letzten Parteitag gruppieren sie sich um die Leitanträge („Motionen“) 2 („Für eine wahre Erneuerung der PCI und der Linken“, etwa 30 % der Delegierten) und 3 („Für eine sozialistische Demokratie in Europa“, etwa 3 %). Ihr Widerstand richtet sich vor allem gegen die Namensänderung. Eine programmatische Auseinandersetzung anhand alternativer Programmdokumente gibt es nicht. So ist diese Opposition die ganze Zeit in der schwierigen Lage, auf Vorstöße des Generalsekretärs zu reagieren, ohne eigene Vorstellungen zu Programm und Strategie zusammenhängend formuliert zu haben. Nachdem sich nun die „Ja-Front“ um Occhetto in einigen Positionen etwas aufgefächert hat, hat auch ein Übergang von Leuten der „Nein-Front“ in das Mehrheitslager begonnen.

Die Opposition ist sich einig in der

Zielsetzung, daß sich eine kommunistische Partei neu formieren soll. Sie will prüfen, ob sie mit einer gemeinsamen Motion auf dem nächsten Parteitag antreten kann. Über die Frage, ob diese Neugründung aus der neuen Partei PDS heraus verfolgt werden soll oder ob man sich von dieser Partei trennen soll, gibt es unterschiedliche Vorstellungen. Die führenden Leute der Motion 2 haben sich wiederholt gegen eine Spaltung ausgesprochen und propagieren die Prüfung, ob in der künftigen PDS ein „Bereich der demokratischen Kommunisten“ Platz haben kann.

In Bereich der Motion 3 sind die Vorsitzenden unterschiedlich. Armando Cossutta, der als ihr Wortführer gilt, wird mit den Worten zitiert: „In jedem Fall wird es eine autonome Kraft der italienischen Kommunisten geben“. (2) Alles hängt aber vom Ausgang des nächsten Parteitags ab.

Bündnisbestrebungen kommunistischer Kräfte

In einem Diskussionsbeitrag im August hatte Dario Cossutta, ebenfalls Motion 3, die organisatorische Trennung des kommunistischen Flügels in der PCI von der Partei befürwortet. Die Entwicklungen der letzten zehn Jahre zwangen alle Kräfte der Linken zu großen Anstrengungen für eine Neudefinition von Programmen. Occhetos Vorgehen sei aber ein Prozeß der Selbstzerstörung der PCI, die Lage innerhalb der Partei sei immer schwieriger und lähmender geworden. Der Versuch, die unterschiedlichsten politischen Strömungen in eine einzige Partei zusammenzufassen, sei unrealistisch und ungeeignet: „Ich behaupte im Gegenteil, daß die Zerlegung der Kräfte der Linken in Formationen, die politisch und kulturell autonom sind, ein wirksamer Durchdringen in der Gesellschaft erleichtert.“ (3)

Inzwischen gibt es auch außerhalb der PCI Bestrebungen, die Zusammenarbeit antikapitalistischer und kommunistischer Kräfte zu verbessern. Ein Kreis von Leuten vor allem aus Democrazia Proletaria und PCI hat die Herausgabe einer Zeitschrift „Comunisti oggi“ (Kommunisten heute) eingeleitet, die der gemeinsamen Debatte und Zusammenarbeit dienen soll. Der Vorstand von Democrazia Proletaria hat nach Bekanntgabe von Occhetos Vorschlägen eine Erklärung verabschiedet, in der es heißt: „DP bekräftigt die Notwendigkeit, einen Prozeß für die Neugründung einer antikapitalistischen und kommunistischen Partei in unserem Land einzuleiten; ein Prozeß, der — wenn er verwirklicht wird — auch DP hinfällig machen wird“. (4)

Quellenhinweis: (1) *L'Espresso* 21.10.90; (2) *L'Unità* 16.10.90; (3) *L'Unità* 7.8.90; (4) *L'Unità* 15.10.90 — (rok)



Protest vor der PCI-Zentrale in Rom am 11. Oktober gegen die Namensänderung in Demokratische Partei der Linken und gegen die Ersetzung des traditionellen Parteiemblems mit Hammer, Sichel und Stern durch einen grünen Baum.

wir eine ernsthafte Diskussion über die Perspektiven der Wende und der Wiedervereinigung der Linken“.

Weiter wendet sich Occhetto an die Grünen, derzeit zwei Parteien, mit der Aufforderung, den Ökologismus als „Bewegung“ weiterzuführen und seine parlamentarische Vertretung der neuen linken Partei zu übertragen: „Ich glaube, daß man dahin zurückkehren muß, eine wirkliche Dialektik zwischen Parteien und Bewegungen wirken zu lassen. Die Bewegungen müssen autonom sein und müssen dann ihre Bezugspunkte im politischen System finden“. Bei der christdemokratischen Linken wendet er sich vor allem an Kreise um den frühe-

Begründung und erste Resultate

Occhetto begründet die Notwendigkeit und Möglichkeit einer solchen Partei mit folgenden Gesichtspunkten: Neue Gegensätze, insbesondere neue Überlebensfragen der Menschheit, hätten die traditionellen Klassenwidersprüche überlagert. Die neue Weltlage habe die zwei Blöcke abgeschafft und damit auch den Bezug der Parteien auf diese Blöcke. Die beiden Flügel der Arbeiterbewegung, der sozialdemokratische und der kommunistische, deren Spaltung die „zweite Phase der Arbeiterbewegung“

Nach dem Beginn des Bürgerkrieges sind zwar die in Ruanda stationierten belgischen Fallschirmjäger abgezogen worden. Nach wie vor verbleiben aber einige belgische Truppenteile und französische Fremdenlegionäre im Land und unterstützen die Regierung. Die Regierung behauptet, es handele sich um die Abwehr einer Invasion. Wir dokumentieren im folgenden eine Presseerklärung der Patriotischen Front von Ruanda.

Hunderte und Tausende von Leute aus Ruanda fristen in den Flüchtlingslagern in den Ländern rund um Ruanda ihr Dasein, während andere in den letzten 31 Jahren rund um die Welt verstreut wurden. In dieser ganzen Zeit haben sie mit friedlichen Mitteln versucht, in ihr Mutterland zurückzukehren. Unglücklicherweise sind alle ihre Hoffnung zerstört worden. Anstatt diese Probleme zu lösen, hat die Regierung von Ruanda öffentlich erklärt, daß Ruanda überbevölkert ist und zu arm, um für seine eigenen Kinder zu sorgen.

Vor diesem finsternen Hintergrund möchte die Patriotische Front von Ruanda erklären und dem Volk von Ruanda und der internationalen Gemeinschaft versichern, daß:

a) Wir sind zum bewaffneten Kampf gezwungen worden, weil die Regierung von Ruanda sich dauerhaft geweigert hat, eine Lösung für die Probleme des Landes zu finden, und, unter anderem, die friedliche Rückkehr der ruandischen Flüchtlinge zu garantieren.

b) Unser Kampf richtet sich in keiner Weise gegen die ruandischen Massen,

Errichtung eines politischen Systems ist, das Würde, Gleichheit und Freiheit für alle Bürger ohne Rücksicht auf ethnische, regionale und religiöse Unterschiede garantiert. Dieses diktatorische Regime ist charakterisiert durch willkürliche Verhaftungen, Internierung ohne Gerichtsverfahren und der Leugnung individueller Freiheiten.

Hunderte und Tausende von Leute aus Ruanda fristen in den Flüchtlingslagern in den Ländern rund um Ruanda ihr Dasein, während andere in den letzten 31 Jahren rund um die Welt verstreut wurden. In dieser ganzen Zeit haben sie mit friedlichen Mitteln versucht, in ihr Mutterland zurückzukehren. Unglücklicherweise sind alle ihre Hoffnung zerstört worden. Anstatt diese Probleme zu lösen, hat die Regierung von Ruanda öffentlich erklärt, daß Ruanda überbevölkert ist und zu arm, um für seine eigenen Kinder zu sorgen.

Vor diesem finsternen Hintergrund möchte die Patriotische Front von Ruanda erklären und dem Volk von Ruanda und der internationalen Gemeinschaft versichern, daß:

a) Wir sind zum bewaffneten Kampf gezwungen worden, weil die Regierung von Ruanda sich dauerhaft geweigert hat, eine Lösung für die Probleme des Landes zu finden, und, unter anderem, die friedliche Rückkehr der ruandischen Flüchtlinge zu garantieren.

b) Unser Kampf richtet sich in keiner Weise gegen die ruandischen Massen,



Belgische Interventionstruppen in Ruanda

von denen wir Verständnis und Unterstützung erhalten. Unsere Kämpfer haben den strikten Befehl, die Zivilbevölkerung zu beschützen und jeden als Bruder zu begrüßen, der hinter unserer Sache steht.

c) Die Regierung von Ruanda soll die Verantwortung übernehmen für die Konsequenzen aus ihrer unseligen Medienkampagne, daß unser Ziel ein Stammesaufstand sei oder ein Versuch, die Monarchie zu restaurieren. Diese Kampagne dient der Regierung dazu, ethnisch begründete Feindseligkeiten in der Bevölkerung zu schüren. Weiterhin halten wir fest, daß unser politischer und unser bewaffneter Kampf darauf abzielt, eine wirkliche Aussöhnung in unserem Volk und eine wirklich demokratische Gesellschaft zu erreichen. Im Gegensatz zu den Lügen, die durch die Regierung

Kigali fabriziert werden, deren Motiv es ist, Hutsus gegen Tutsis zu treiben, wird die Patriotische Front von Ruanda (RFP) von allen Ruandesen getragen.

d) Alle fremden Staaten, insbesondere Belgien, Frankreich und Zaire werden vor einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ruandas gewarnt. Belgien wiederholt mit seiner derzeitigen Intervention seine scheußliche Aktion von vor 31 Jahren, als Belgien ethnische Feindseligkeiten anfachte und sich an Stammesmassakern beteiligte, die hunderte und tausende Tote hinterließen und eine ähnliche Anzahl von Leuten ins Exil trieben. Tatsächlich ist unsere heutige Initiative ein Versuch der Patriotischen Front von Ruanda, einen belgischen Fehler und eine lange Latte von Irrtümern in unserer Geschichte zu berichtigen.

Gegen auswärtige Einmischung

Eine Stellungnahme der Patriotischen Front von Ruanda

Der Bürgerkrieg in Ruanda hält an. In diesem afrikanischen Konflikt sind jedoch nicht nur afrikanische Truppen, sondern auch westeuropäische, nämlich französische und belgische, verstrickt. Ruanda gehört zu den ärmsten Ländern der Erde. Obwohl mehr als drei Fünftel der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig sind, ist die Nahrungsmittelversorgung nicht gesichert, denn der größte Teil der landwirtschaftlichen Produktion besteht aus Kaffee, Tee und Baumwolle für den Export. Der Konflikt geht zurück auf den Versuch der damaligen belgischen Kolonialherren, durch die Förderung von Stammesstreitigkeiten ihre Herrschaft zu sichern. 1959 wurde der damalige König von Ruanda, der einen kleineren ethnischen Gruppe, den Tutsi, gehörte, von Angehörigen der Hutu gestürzt. Die Hutu hatten die Unterstützung der belgischen Kolonialherren. Tausende wurden getötet und Tausende mußten ins Exil fliehen. Versuche der Geflohenen zurückzukehren beantworteten sowohl die Kolonialherren wie auch die spätere Regierung von Ruanda mit Festnahmen und Hinrichtungen, noch immer sind einige der Anfang der 60er Jahre Inhaftierten im Gefängnis. Auch auf die jetzigen Aufstände antwortete die Regierung nicht nur mit dem Einsatz der Armee gegen die Aufständischen, sondern mit Massenverhaftungen im ganzen Land.

Ruanda war bis 1962 belgische Kolonie und exportiert vor allem Kaffee nach Belgien, Frankreich und in die BRD.

Die Regierung Habyarimana ist eifrig dabei, die internationale Gemeinschaft in die Irre zu führen, indem sie den Konflikt als Stammeskonflikt präsentiert, indem ein Teil der Leute von Ruanda eine Invasion aus Rache und in dem Wunsch, die Mehrheit der ruandischen Bevölkerung zu dominieren, einfägt. Diese Erklärung ist falsch.

Angesichts einer Regierung, die unser Volk systematisch entlang regionaler, religiöser und ethnischer Fragen spaltet, beschloß die Patriotische Front von Ruanda, eine nationale Befreiungsbewegung zu bilden, deren oberstes Ziel die

OB-Wahlen in Stuttgart: Faschisten treten mit fünf Kandidaten an

Kritik an reaktionärer und faschistischer Programmatik schwach entwickelt

Stuttgart. Was den Wahlsieger, den seit 16 Jahren amtierenden Manfred Rommel, anbelangt, stand das Ergebnis der Wahl am 4.11. von vorneherein fest. „Rommelgart“ müßte die Stadt eigentlich heißen, hat die „Stuttgarter Zeitung“ vorgeschlagen. Während die CDU mit ihrem gegen Flüchtlinge gerichteten Wahlkampf in enger Nähe zu den Faschisten operierte, konnte Rommel weitgehend unangefochten als Mann der Mitte und OB für (fast) alle auftreten. Mit 71,7 % liegt er leicht über dem letzten Ergebnis bei allerdings deutlich zurückgegangener Wahlbeteiligung (50,2 % gegenüber 63 % 1982). Die SPD hatte auf einen eigenen Kandidaten verzichtet. Obwohl NPD und Rep ausdrücklich gegen Rommels „multikulturelle Gesellschaft“ angetreten sind, konnte er in keiner Weise genötigt wer-

den, zu den kandidierenden Faschisten und ihren Programmen Stellung zu beziehen. Der Kandidat der Grünen Rezzo Schlauch, der seinen Wahlkampf weitgehend mit der Forderung nach einer „ökologischen Strukturreform“ bestreit, hat 20,7 % erreicht. Die Faschisten — Rolf Schlierer, stellvertretender Bundesvorsitzender der Rep; Jürgen Schützinger, Bundesgeschäftsführer und Landesvorsitzender der NPD; Martin Pape, bis vor kurzen FAP-Vorsitzender; Karl Phil, Gemeinderatskandidat der FAP und der parteilose Konrad Groß, angetreten vor allem gegen Asylsuchende und Obdachlose — haben zusammengekommen 5 Prozent erreicht, die Rep haben mit 4,1 % ihr erklärtes Ziel von 10 % verfehlt und liegen deutlich unter dem letztjährigen Kommunalwahlergebnis (9,5%). — (evc, zem)

45 Jahre nach dem Ende der menschenverachtenden Nazi-Diktatur gehört die Kandidatur von Faschisten wieder zur politischen Normalität in Stuttgart:

Der Wahlausschuß hat die Vertreter des Fremdenhasses und des großdeutschen Machtwahns zugelassen; die Stadtverwaltung duldet, daß Stuttgart mit zehntausenden ausländerfeindlicher und herrenvölkischer Plakate und Aufkleber überzogen wird; der Gemeinderat schweigt; die bürgerliche Öffentlichkeit registriert nicht, daß ein Fünftel der Stadtbevölkerung unter erniedrigenden Vertreibungsdruck gesetzt wird und tuerstaunt, wenn in dem so geformten Klima jüdische Friedhöfe geschändet werden; Gewalttaten von Neonazis und Skins gegen Nichtdeutsche, Asylsuchende, Minderheiten und politisch Andersdenkende an der Tagesordnung sind.

Und was macht die Linke? Die zu den letztjährigen Kommunalwahlen gebildete Alternative Linke Liste war nicht imstande, über eine antifaschistische Kandidatur den — zersplitterten — Widerstand gegen die den Interessen der Großkonzerne verpflichtete Stadtpolitik zu unterstützen. Der öko-zentrierte, in Rommels Nähe sich wohlführende Grünen-Kandidat Rezzo Schlauch war dabei

kein Ersatz. Die Beseitigung der DDR als Völkerrechtssubjekts innerst eines halben Jahres — für viele früher nicht vorstellbar —, und die kaum hörbare Kritik aus der Gesellschaft der BRD lämmen nach wie vor größere Teile der Linken und beeinträchtigen ihre Außenaktivitäten in gravierender Weise.

War es im April und Juni letzten Jahres noch möglich, breite Aktionseinheiten gegen faschistische Propaganda — z.B. den NPD-Landesparteitag in Oberkirchheim — zu bilden, Gewerkschaften für die Aktionsteilnahme zu gewinnen, und mit einigen Tausend öffentlichkeitswirksam zu demonstrieren, beteiligten sich heuer an den Aktivitäten gegen die faschistische Mobilisierung vor allem die autome Jugend und wenige sonstige Linke. Die Volksfront Stuttgart konnte dabei mit einem in einer Auflage von 2000 verteilten Flugblatt zur Kritik der Politik von Rep/NPD einen Beitrag leisten.

In dieser Lage versuchte die antifaschistische Jugend auf der OB-Kandidaten-Vorstellung am 23.10., das Auftreten der Faschisten handfest und lautstark zu verhindern — mit Erfolg. Daß der Versammlungsleiter die Veranstaltung abbrach und nicht räumen ließ, kann auch damit zu tun haben, daß die Reak-

tion seit längerem ihren Willen bekannt, solche Veranstaltungen nicht mehr durchzuführen und vor der OB-Bewerbung Hürden aufzustellen; zudem waren die Hauptbewerber Rommel und Schlauch bereits zu Wort gekommen.

Völlig entfesselt agierte die Führung der Landespolizeidirektion II, als sie am 27.10. gegen 16.30 Uhr ohne Anlaß und ankündigungslos ca. 100 gegen eine NPD-Wahlversammlung Protestierende einkesseln, in Wannen verfrachten und mit Mitternacht vorbeugend einsperren ließ. In einem Rundfunkinterview nannte ein Polizeisprecher am selben Abend ohne Umschweife die damit verfolgte Absicht: Man wolle mit der Vorbeugehaft Störungen bei der OB-Wahlveranstaltung des Rep-Kandidaten Schlierer um 19.30 Uhr im Gustav-Siegle-Haus (Stadtmitte) verhindern. So machen sich Rep-Seilschaften auch bemerkbar.

Überfällig ist eine Beratung antifaschistischer Kräfte, wie die Beobachtung und Kritik des faschistischen Lagers verbessert werden können, (z.B. die Tätigkeiten der Rep in den Kommunalräten; die Strategie-Diskussion in faschistischen Zeitschriften über die nächsten Etappen zum Vierten Reich) und eine solche Schlappe wie bei den OB-Wahlen zu vermeiden ist.



Die OB-Kandidatenvorstellung war von 800 bis 1000 Leuten besucht; ein Viertel des Saales hatten die Faschisten besetzt. Nach den ersten drei Rednern trat FAP-Pape ans Mikrofon, begleitet von Nazis-Raus-Rufen und „Ausländer bleiben — Nazis vertreiben“. Eine Gruppe von ca. 15 Leuten aus der Bunten Jugend drehte Pape die Mikrofone weg. Es kam im Anschluß zu z.T. heftigen Diskussionen mit den Kandidaten. Die Polizeiführung verhandelte mit dem Versammlungsleiter, CDU-Bürgermeister Thieringer. Im Ergebnis zog sich die Gruppe vom Podium zurück. Im weiteren Verlauf wurde mittels Parolen, Trillern, Pfeifen verhindert, daß Pape in kontinuierlichen Redefluss kam. In den Saal gelangt waren ca. 80 Antifaschistinnen und Antifaschisten, weitere 50 unterstützten die Parolen vom Foyer aus. Wegen unfähiger Äußerungen wurde Pape von Thieringer mehrfach zur Ordnung gerufen. Nach ca. 5 Min. wurde die Sitzung unterbrochen. Der Vorschlag an Thieringer, über Mikrofon den Protest erläutern zu dürfen, wurde abgelehnt. Nachdem Thieringer bekanntgegeben hatte, daß bei weiteren Störungen die Veranstaltung abgebrochen werde, was heftige Reaktionen v.a. beim faschistischen Publikum hervorrief, wollte Schlierer sprechen. Er ging in den Protesten unter. Die Veranstaltung war abgebrochen.

Polizeieinsatz gegen Antifa-Aktion

Presseerklärung von Betroffenen gegen Vorbeugehaft

„Am 27.10. fand in Stuttgart-Ost eine NPD-Veranstaltung zur OB-Wahl statt. 150 AntifaschistInnen trafen sich vor der Festhalle in der Talstraße, um dagegen zu demonstrieren. Starke Polizeikräfte waren, wie immer bei faschistischen Treffen, zum Schutz der Faschisten mit Hunden und Pferden vor Ort. Sie kesselten um 16 Uhr plötzlich ohne jeden Grund und ohne jegliche Vorwarnung den Großteil der AntifaschistInnen ein. Den Eingekesselten wurde nur gesagt, sie würden in Polizeigewahrsam genommen und einzeln abgeführt, ohne eine weitere Begründung. Einzelnen wurden die Leute aus dem Kessel heraus festgenommen und in total überfüllten Gefangenentransportern auf die Hahnenmannwache gebracht. Bis die letzten abtransportiert waren, war es 19.30 Uhr.

Einige DemonstrantInnen waren fast eine Stunde, zum Teil mit Handschellen gefesselt, in Gefangenentransportern eingesperrt. In der Polizeiwache Hahnenmannstraße wurden dann nach stundenlangem Warten (ohne Sitzgelegenheit, ohne Essen, ohne Trinken) die Personen festgestellt, von allen Fotos gemacht und alle körperlich durchsucht. Manche Frauen mußten sich bis auf die Unterhose ausziehen. Während der ganzen Zeit durfte niemand telefonieren und allein wurde das Recht, einen Anwalt anzurufen, verwehrt. Von den 91 Festgenommenen war ca. ein Drittel zwischen 13 und 18 Jahre alt. Erst nach lautstarke Protesten wurden bei einigen von ihnen die Eltern benachrichtigt, selbst telefonieren durften sie nicht. Einige Jüngere wurden dann um 21.30 Uhr rausgelassen, wobei weitere noch bis 23.30 bzw. 24 Uhr auf der Wache festgehalten wurden. Während der achtstündigen Freiheitsberaubung wurde niemand über den eindeutigen Grund der Festnahme aufgeklärt ... Vorwand für die Festnahme von 91 Menschen war ein angeblicher „Verstoß“ gegen das Versammlungsgesetz“. Der Verstoß soll in der Vermummung einiger GegendemonstrantInnen bestanden haben. Selbst wenn dies so gewesen wäre, hätte eine Vermummung nur eine Ordnungswidrigkeit bedeutet, keinesfalls aber eine Straftat, da keine Aufforderung seitens der Polizei zur Ablegung der Vermummung erfolgte. Gleichzeitig handelte es sich um keine verbotene Versammlung, weil keine Aufforderung der Polizei zur Auflösung der Demonstration erfolgte. Eine solche muß jedoch dreimal erfolgen, damit die Polizei überhaupt gegen die Gesamtzahl der Anwendenden aktiv werden darf ... Bei halbwegs normaler Abwägung der Verhältnismäßigkeit

bzw. Vermeidung von Auseinandersetzungen zwischen 30 NPD-Nazis und 150 AntifaschistInnen hätte es daher zum Abbruch der NPD-Veranstaltung führen müssen, nicht aber zur achtstündigen Freiheitsberaubung von 91 Menschen ...

Zur politischen Seite: NPD, FAP, Rep und andere faschistische Organisationen bilden mit ihrem klaren rassistischen, ausländerfeindlichen und nationalistischen Zielen den ideologischen Hintergrund für Anschläge und gewalttätige Übergriffe auf AusländerInnen, jüdische Friedhöfe, Asylantenwohnheime, bis hin zu willkürlichen Angriffen, wie z.B. auf Basketballfans (geschehen am 21.10. in Ludwigsburg, wobei ein Ulmer Fan von Neo-Nazis in den Tod getrieben wurde). Die Zunahme solcher Übergriffe sind das Ergebnis veränderter, nach rechts verschobener Verhältnisse. Es gibt hierbei einen ursächlichen Zusammenhang mit der allgemeinen politischen Rechtsverschiebung im Zuge der Wiedervereinigung. ... Es war und ist richtig, Vertreter von Organisationen wie NPD, Rep, FAP am Reden zu hindern und ihre Veranstaltungen zu be- und verhindern. Aufklärung über Zusammenhänge zwischen faschistischen Gruppen und über deren Ideologie und das offensive, konsequente Auftreten gegenüber ihren Vertretern und ihrer Propaganda ist für uns praktischer Antifaschismus. Die Einkesselung und Festnahme der 91 Menschen richtet sich gegen dieses Verständnis von Antifaschismus. Neben der Einschüchterung vor allem auch jüngerer AntifaschistInnen und deren Kriminalisierung wollte sich die Polizei Ruhe für den Rest des Abends verschaffen. Eine Gegendemonstration gegen eine am Abend des gleichen Tages stattfindende Rep-Veranstaltung wurde dadurch weitgehend verhindert. Die Entscheidung von Ordnungsamt bzw. Stadt zu dieser Polizeiaktion steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem stattfindenden OB-Wahlkampf und den kommenden Reichstagswahlen. Ruhige Wahlen, vor allem in Bezug auf die ersten gesamtdeutschen Reichstagswahlen sind ihnen wichtig

— (Ermittlungsausschuß, 28.10.90)

Der Kreisverband der Jusos hat gegen den Polizeieinsatz, der „einfach rechtsstaatliche Grundsätze“ verletzt habe, protestiert. In Gegensatz zur Darstellung der Polizei habe es bei der Protestaktion keine „nennenswerten Auschreitungen“ gegeben. Die Jusos fordern die Einstellung der Verfahren, die Vernichtung der Daten und Bilder und eine Entschädigung der Opfer

Wahlkampf für Rassismus und Viertes Reich

Faschistisches Lager fordert „2. Etappe“ des Anschlusses



Obiges Transparent entrollten Rep-Stadträte am 3.8.90 auf einem Symposium des Bundes der Vertriebenen in Stuttgart-Bad Cannstatt. Auf einer vor Beginn des Symposiums abgehaltenen Pressekonferenz bezeichnete Rep-Stadtrat Schlierer die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als „völkerrechtswidrigen Verrat“. Schlierer forderte eine Zollunion zwischen Teilen Polens (dem Gebiet des ehemaligen Schlesiens) und Großdeutschland sowie ein Recht auf Rücksiedlung der Deutschen in dieses polnische Gebiet.

Die Faschisten fordern nach dem Hopps-Nehmen der DDR ungestüm die 2. Etappe des Anschlusses, d.h. das Heimholen polnischer, tschechischer und sowjetischer Gebiete ins Vierte Reich. Im Juli veröffentlichte Johanna

gewonnen werden ... Wird Königsberg also wieder deutsch? Wohl schon mittelfristig wird die Frage mit Ja zu beantworten sein.“ Man sieht, in wessen Interesse die Faschisten die Ostexpansion des DM-Imperiums propagieren.

Ausländerhetze steht bei der NPD ganz oben

Unter der Überschrift „Deutsche wählen deutsch!“ drückt die „Stuttgarter Zeitung“ seit einer Woche das Konterfei des NPD-Bundesgeschäftsführers Schützinger als Werbeanzeige ab. Auf einer Kommunalwahlveranstaltung am 17.9.89 in Villingen-Schwenningen gab dieser NPD-Funktionär u.a. von sich: „Mein Nächster ist mein deutscher Landsmann, dem es dreckig geht. Den Ausländern in der Stadt soll zuletzt geholfen werden. Die Deutschen müssen allein Herr im eigenen Haus sein.“ Darauf brüllte er, gegen die evangelischen Geistlichen gerichtet, die den Rassismus der NPD öffentlich kritisiert hatten, ins Mikrofon: „Die Pfaffen haben im Dritten Reich mit den Wölfen geheult. So tun sie es auch heute wieder.“ ...

Am 24. Oktober wurde der Chef-Redakteur der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“, Karl-Heinz Vorsatz, von der 34. Strafkammer des Landgerichts wegen Volksverhetzung zu sechs Monaten Haft auf Bewährung und 5000 DM Geldstrafe verurteilt. Der Faschist war bereits im Juni 1987 wegen böswilliger Hetze gegen Asylbewerber zu 4550 DM Geldstrafe verurteilt worden. NPD-Vorsatz diffamierte in der Deutschen Stimme (Januar 1990) die Polen als „Dieben der Kornkämmern“, als „faul“ und als Massenmörder.

Die NPD-Propaganda, die nicht-deutsche Menschen als Untermenschen behandelt, die sich allenfalls zum Schaffen ohne Rechte in der BRD aufzuhalten dürfen, ist der Boden für die sich erschreckend ausbreitenden Angriffe von organisierten Neonazi-Banden auf Ausländer.

— (aus einem bei der Kandidatenvorstellung und gegen die NPD- und Rep-Veranstaltungen verteilten Flugblatt der Volksfront)

Isabel Jacob ist haftunfähig!

Brief der Angehörigen an die nds. Justizministerin

Hannover. Kurz zur Vorgeschichte: In der Nacht zum 1. 6. 1985 wurde ein Anschlag auf das Verwaltungsgebäude der Messe AG Hannover verübt. Jürgen Peemöller kam bei der Aktion ums Leben. Gegen Isabel Jacob wurde sofort ein Haftbefehl wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ und „Beteiligung an der Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion“ erlassen. Nach drei Tagen bundesweiter Fahndung und mehreren Hausdurchsuchungen stellte sich Isabel Jacob in Begleitung ihres Anwalts. Sie kam in den Männerkasten in Hannover, auf eine kleine Transportstation für Frauen. Es waren Bedingungen, die Beziehungen zu anderen Frauen nicht zuließen, weil diese ständig wechselten. Ansonsten: Einzelhof, Einzelduschen, bei allen Besuchen Trennscheibe (außer Angehörigen), nach drei Monaten Gemeinschaftshof. Dort erkrankte Isabel Jacob an der Basdowschen Krankheit.

Die „Angehörigen und FreundInnen der politischen Gefangenen in der BRD“ protestieren in einem Brief an die niedersächsische Justizministerin Alm-Merk gegen die erneute Inhaftierung von Isabel Jacob. Durch die Entscheidung der Staatsanwaltschaft ist Isabels Leben direkt bedroht. — (anr)

Frau Justizministerin Alm-Merk
Wir, die Angehörigen und FreundInnen der politischen Gefangenen in der BRD, haben erfahren, daß Isabel Jacob bis zum 6. 10. 1990 in Frankfurt-Preungesheim ihre Haft antreten soll.

Wir sind in großer Sorge um die Gesundheit und das Leben von Frau Jacob. Deshalb fordern wir Sie auf, dahingehend zu intervenieren, daß diese Entscheidung unverzüglich aufgehoben wird!

Isabel Jacob erkrankte 1985 im Gefängnis an der Autoimmunerkrankung Morbus Basedow. Es ist medizinisch erwiesen, daß Auslöser für diese Krankheit Stresssituationen sind, die auch den Verlauf der Krankheit bestimmen. Im Gefängnis zu sein, bedeutet eine unaufhörliche Stresssituation, so daß davon auszugehen ist, daß Frau Jacob aufgrund ihrer Inhaftierung, verschärft noch durch die zerstörerischen Bedingungen der Isolationshaft, an Morbus Basedow erkrankte.

So wurde sie aufgrund ihrer Krankheit im März 1986 mit Beschluß des Oberlandesgerichts Celle vom 17. 3. 1986 entlassen. Ihre Entlassung war von Herrn Remmers, in seiner Funktion als Justizminister, mitgetragen worden.

Im Mai 1988 ist Frau Jacob wegen Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion (auf das Verwaltungsgebäude der Messe AG in Hannover) zu vierinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden. Das Urteil wurde im Februar dieses Jahres rechtskräftig.

Am 6. 4. 1990 setzte Oberstaatsanwalt Borchers den Haftbefehl gegen Isabel Jacob erneut in Kraft. Bereits damals wurde deutlich, daß durch diesen Schritt Tatsachen geschaffen werden sollten.

Die Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD wandten sich deshalb am 8. 4. 1990, mit der Bitte um Intervention, bereits an Ihren Vorgänger, den damaligen Justizminister Remmers. Am 10. 4. 90 stellte der Verteidiger von Frau Jacob einen Antrag auf Vollstreckungsaufschub und Feststellung der Haftunfähigkeit bei der Staatsanwaltschaft Hannover.

Am 31. 8. 1990 lehnte Oberstaatsanwalt Borchers den Antrag des Verteidigers ab. In der ablehnenden Entscheidung bezog er sich auf ein Gutachten von Prof. Dr. Pfannenstiel und eine Stellungnahme der JVA Frankfurt III zu der Frage, ob die für erforderlich gehaltene Behandlungsmaßnahmen in der JVA gewährleistet sind.

Dazu schreibt er weiter:

Aus dem Gutachten und der Stellungnahme der JVA ergibt sich, daß die erforderliche Behandlung in der JVA Frankfurt III gewährleistet ist. Es besteht deshalb keine Handhabe mehr für einen weiteren Aufschub des Strafantschts...

In dieser Entscheidung blieben die gesamte Krankengeschichte und das Vorliegen div. ärztlicher Stellungnahmen unberücksichtigt!

Außerdem wird davon ausgegangen, daß eine von Dr. Pfannenstiel zur Bedingung gemachte „ausgeglichene psychische Situation“ gewährleistet ist. Die erneute Inhaftierung von Isabel Jacob würde bedeuten, daß sie genau den Bedingungen unterworfen wird, die ihre Krankheit verursacht haben. Der weitere Verlauf von Frau Jacobs Krankheit ist entscheidend davon abhängig, ob es ihr möglich sein wird, unter Bedingungen zu leben, die weitgehend streßfrei sind. Eine Situation, die objektiv und subjektiv krank macht, da sie von natürlichen menschlichen Lebensbedingungen weit entfernt ist, entspricht dem keinesfalls. Dazu kommt, daß ihre Erkrankung so schwerwiegend ist (wie in unserem Schreiben vom 8. 4. 1990 bereits angeführt), daß sich ihr Gesundheitszustand selbst in Freiheit seit 1985 kontinuierlich und schleichend verschlechtert hat. Auch einschneidende ärztliche Maßnahmen, wie eine Schilddrüsenoperation und eine Cortisontherapie, konnten diese Entwicklung nicht aufhalten.

Aus den hier genannten Gründen sehen wir durch die Entscheidung der Staatsanwaltschaft Isabel Jacobs Leben direkt bedroht! Angehörige und FreundInnen der politischen Gefangenen in der BRD Frankfurt, 1. 10. 1990

Frankfurt, 1. 10. 1990

Antifaschistische Aktion anlässlich Reichspogromnacht

Köln. Am 9. November 1990 jährt sich zum 52. Mal die Reichspogromnacht, die Nacht, in der die Nazis Tausende Juden überfielen, ermordeten und Synagogen anzündeten. Auf Initiative des Antifaschistischen Forums Köln und eines Juso-Stadtbezirks findet am 9. 11. ein Gedenkgang zur Reichspogromnacht statt. Zu der Demonstration rufen auch der DGB, die VVN/BdA, der Deutsche Freidenker-Verband, verschiedene Fachschaften, DIFD, Volksfront und andere auf. Der Verein für christlich-jüdische Zusammenarbeit wird die Teilnehmer begrüßen. Die Demonstration führt beim Gewerkschaftshaus vorbei, wo ein Vertreter einer Ausländerorganisation sprechen wird, und endet vor der zerstörten Synagoge in Köln-Ehrenfeld. Auf der Abschlußkundgebung sprechen Vertreter von VVN/BdA, DGB und der Jusos. — (jöd)

Vermummte SEK-Einheit stürmt kurdisches Cafe

Essen. Am 18. 10. stürmten 50 vermummte, mit Maschinenpistolen und schußsicheren Westen ausgerüstete SEKler wegen eines angeblichen Hinweises auf Drogenhandel ein Cafe in Essen-Borbeck, welches hauptsächlich von kurdischen Bürgern besucht wird. Die etwa 20 Gäste berichten, daß jeder, der sich nur bewegte, von der Polizei zusammengeschlagen worden sei. Fünf Kurden wurden zur Polizeiwache geschleppt. Dort mußten sie sich nackt ausziehen und wurden gefesselt. In der Anliegerwohnung eines kurdischen Asylbewerbers, die an das Cafe angrenzt, hat die Polizei schließlich die gesamte Wohnungseinrichtung zerstört. Zwar wurden in dem Cafe 90 Gramm Heroin sichergestellt, die Art und Weise der Polizeiaktion ist gleichwohl in der Presse als auch im Ausländerbeirat auf Protest gestoßen. — (stb)

CDU-Antrag zu Überfall auf Kurdistan-Zentrum in Bielefeld

Bielefeld. Martina Möller (SPD), Mitglied der Bezirksvertretung Mitte, hat nach Ansicht der CDU der Stadt „einen erheblichen Schaden“ zugefügt. Der Grund: Sie hat neben zwölf Bielefelder Initiativen als eine von drei Einzelpersonen ein Flugblatt unterzeichnet. Darin wurde gegen den Überfall des Sonder-einsatzkommandos (SEK) auf das Arbeiter- und Kulturzentrum der Kurden am 2. September protestiert. Die CDU beantragte jetzt, die Bezirksvertretung solle ihr Verhalten „mißbilligen“. Denn das Flugblatt enthalte falsche „Tatsachenbehauptungen“ und bringe die Behörden in „Verruf“. Außerdem nehmen die Christdemokraten Martina Möller übel, daß sie sich von dem Flugblatt nicht distanzieren will. Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt. — (stb)

Kurdistan-Solidaritätstage in Bielefeld

Bielefeld. „Krieg gegen das kurdische Volk! Deutsche Waffen morden mit! ... Mit den Kurdistantagen wollen wir vom 1. November bis 30. November der Öffentlichkeit die Möglichkeit geben, sich über die Situation in Kurdistan zu informieren.“ Aus dem gemeinsamen Aufruf zu den insgesamt acht Veranstaltungen. Es rufen auf: Die Grünen, Kreisverband und Ratsfraktion, Kurdistanz-Zentrum, DIFD, EKIM, SDJ-Die Falken, VVN/BdA, Autonome Nahostgruppe, Arbeitskreis für die Freilassung der kurdischen Gefangenen, VSP, Volksfront, BWK. „Wir protestieren gegen den begonnenen Völkermord in Kurdistan und fordern: Keine weitere Unterstützung der Unterdrückung des kurdischen Volkes durch Staat und Wirtschaft! Schlüß mit der Kriminalisierung der Kurden in der BRD! Stoppt die Militärhilfe an die Türkei!“ Bei der ersten Veranstaltung am 1. November zur Situation der Menschenrechte in der Türkei und Kurdistan, an der 100 Menschen teilnahmen, wurde eine Solidaritätsdeklaration an die Angehörigen der hungerstreikenden Gefangenen in Kurdistan verabschiedet. Die Themen der weiteren Veranstaltungen sind: Aktuelle Situation in Kurdistan, mit C. Roth, MdE (Die Grünen) und L. Schmidt (Medico International). Einstellung des Kurdenprozesses in Düsseldorf, mit einem der Verteidiger der Angeklagten. Protestveranstaltung zur drohenden Vollstreckung der Todesurteile in der Türkei, mit H. Oberdiek (Amnesty International). Des Weiteren finden noch Malaktionen mit Kindern, eine Ausstellung von Bildern des kurdischen Künstlers I. Coskun sowie eine Filmveranstaltung statt. — (stb)

Schließung des ostpreußischen Landesmuseums!

Lüneburg. In einem Brief an den Oberbürgermeister, die Bundestagskandidaten und die Stadtratsfraktionen fordert der Antifaschistische Arbeitskreis Lüneburg, das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg umgehend zu schließen. In dem Brief wird die Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung begrüßt, dem Museum die Förderungswürdigkeit zu entziehen. Die Schließung wird verlangt, weil die sogenannten „Vertriebenen“ mit der „Kulturarbeit“ eine großdeutsche Anschlußbewegung in und gegenüber Polen verstärken. Wer die Anerkennung der polnischen Westgrenze ernst meint, muß für die Schließung des Ostpreußischen Landesmuseums eintreten. Gefordert wird deshalb ein Votum des Stadtrates und die Einstellung der Förderung durch die Bundesregierung. — (thr)

Demonstration nach Grabschäden

Heilbronn. Nach einem Nazi-Überfall auf einen jüdischen Friedhof in Vaihingen bei Ludwigsburg riefen drei Tage später die Kirchen zu einem Protest-Schweigemarsch auf, um „anschließend mit den Demonstranten zu beten.“ Das Antifa-Netzwerk Stuttgart-Ludwigsburg-Heilbronn erstellte ein Flugblatt „Über das Schweigen hinaus ...“, in dem der politische Zusammenhang zur herrschenden Reaktion, zum 4. Reich etc. hergestellt wurde. An der Demonstration über 1000 Menschen teil. Das Flugblatt wurde den VerteilerInnen fast aus der Hand gerissen. Diese Friedhofschaßung war eine in der ganzen Serie, die derzeit in Baden-Württemberg stattfindet. — (bes)



Köln. Die faschistische Zeitschrift „Europa Vorn“ wird vom Kölner REP-Mitglied Manfred Rouhs (links) bundesweit herausgegeben. In der neuen Ausgabe des Blattes veröffentlicht er ein Interview mit dem bekannten englischen Faschisten David Irving (rechts). Der sagt: „Ich möchte prophezeien, daß man in etwa zehn Jahren hier in Deutschland schon anfangen wird, Straßen und Plätze nach Adolf Hitler zu benennen.“ — (jöd)

Atommüll-Lager: Bund will Weiterbau

Die niedersächsische Regierung soll zum Weiterbau gezwungen werden

Göttingen. Ein Konflikt zwischen Bundesregierung und Landesregierung Niedersachsen um den Bau von Endlägern für atomares Müll bahnt sich an und ein leichter Sieg der Bundesregierung droht. Es entsteht der Eindruck, daß

der verkündete „Ausstieg aus der Atomwirtschaft in Niedersachsen“ nicht konsequent durchdacht ist und daß es auch am Willen fehlt, sich mit Energie mit dem Bund um die Kompetenzen in dieser Frage zu streiten.

Das Bundesamt für Strahlenschutz — eine nachgeordnete Behörde des Bundesumweltministers Töpfer (CDU) — hat das Land Niedersachsen verklagt, im Wege einer einstweiligen Anordnung die weiteren „Erkundungsarbeiten“ am geplanten Lager für radioaktive Abfälle in Gorleben fortzuführen. Zugleich droht Töpfer eine Weisung des Bundes an. Die Landesregierung hat einen Bau- stopp für den Schacht II erlassen, der noch etwa 60 Meter von der Oberkante des Salzstocks entfernt ist. Im Schacht I, der bereits bis in die Salzleräte vor gedrungen ist, wird aufgrund von Bau genehmigungen der vorherigen Landesregierung weitergearbeitet — juristische Schritte scheinen nicht möglich. Die Landesregierung verhängte den Bau stopp für Schacht II, weil sie Gorleben als atomares Endlager nicht für geeignet hält und weil rechtlich notwendige Hauptbetriebspläne nicht vorliegen.

Zugleich bahnt sich ein zweiter Konflikt zwischen Bund und niedersächsischer Landesregierung an. Ministerpräsident Schröder (SPD) erklärt, seine Regierung sei nicht bereit, das Genehmigungsverfahren für das Lager von

schwach- und mittelaktiven Atommüll (aus Forschung und Wissenschaft) im Schacht Konrad bei Salzgitter fortzusetzen. Die Bundesregierung ist fest entschlossen, an beiden Lagerstätten festzuhalten, und die Landesregierung befindet sich juristisch in keiner guten Position. Ursprünglich angetreten, den Ausstieg aus der Atomwirtschaft in Niedersachsen zu beginnen, häufen sich jetzt die Stellungnahmen aus der Regierungskoalition, die nicht mehr von der Atomenergie insgesamt weg wollen, sondern speziell Gorleben und Schacht Konrad und das Land Niedersachsen insgesamt für ungeeignet halten. Bei diesem Streit um Bundes- und Landeskompromis zieht sich Ministerpräsident Schröder (SPD) auf Erklärungen des ehemaligen Ministerpräsidenten Albrecht (CDU) zurück, wonach ein Sicherheitskonzept vorhanden sein müsse, bei dem gewährleistet sei, daß „nicht ein Millirem Radioaktivität“ entweichen könne. Schröder betont unermüdlich, sich streng an das Recht halten zu wollen. Er grenzt sich damit von den Initiativen gegen Atomenergie ab, die der Mei-

nung sind, daß der von der Landesregierung angekündigte „Ausstieg aus der Atomenergie“ nur dann kein bloßes Lippenbekenntnis ist, wenn die Landesregierung für eine Neubewertung der mit der Atomenergie verbundenen Gefahren in den atomrechtlichen Regelungen eintritt. Sie verlangen eine politische Kampagne gegen die Atomenergie, um die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in dieser Frage zu verbessern und damit auch Einfluß auf die juristischen Kontroversen zu nehmen. Weiter erklären die Initiativen: „Wir halten es für äußerst fragwürdig, daß die rot-grüne Landesregierung vom Ausstieg aus der Atomenergie spricht, aber über eine Umorientierung in der Energiepolitik kein Wort verliert ... Auch in Niedersachsen fehlt einmal mehr die Kampfansage an die Elektrokonzerne ...“ (Gedelitz-Konferenz vom 9. Juni 1990) Mittlerweile wächst auch der Unmut in den Grünen. Der Landesvorstand der Grünen schreibt in einem Brief an den SPD-Landesvorsitzenden: „... auf die Inangriffnahme einer von Grund auf veränderten Atomenergiepolitik warten wir seit drei Monaten vergebens.“ — (kek)

Antifaschismus in Thüringen

Antifaschisten diskutieren auf der „Erfurter Begegnung“

Erfurt/München. Zum 20. 10. 90 lud der Bund der Antifaschisten Erfurt e.V. (Ex-DDR) ein zur „Erfurter Begegnung“. Der Bund der Antifaschisten hat sich im Mai 1990 für das Gebiet der DDR in Berlin gegründet. Ziel des Treffens in Erfurt war der „Gedankenaustausch und Diskussion unter Antifaschisten“. Eingeladen waren auch Vertreter antifaschistischer Gruppen aus der BRD. Von der Volksfront Bayern waren zwei Mitglieder anwesend.

Veranstalter und Teilnehmer des Treffens waren bemüht, den Antifaschismus heute auf eine „breite Basis“ zu stellen, sie wollten sich gezielt gegen den früher von der SED „verordneten“ und „ritualisierten“ Antifaschismus abgrenzen. Um dies zu erreichen, müsse der Antifaschismus aus der linken Ecke geholt werden, den Geruch nach Kommunismus oder Sozialismus verlieren. Dies glaubten die Veranstalter zu erreichen, wenn sie die Führung dieses Kampfes in bürgerliche — da des Sozialismus, der alten Gesellschaft nicht verdächtigt — Hände legen. Deshalb konnte ein Pfarrer zuerst unwiderrührlich die Position vertreten, daß früher der Faschismus mehr aus seinem ökonomischen Grundlagen betrachtet wurde und daß es heute darauf ankomme, den „alltäglichen Faschismus in uns“ anzugehen. Vornehmlich die Besucher aus der BRD wehrten

sich gegen solch eine Darstellung des Faschismus, die — die Interessen des Kapitals am Faschismus ganz außer acht lassend — rein auf individuelles Fehlverhalten orientiert.

Weitere Konsequenz dieses „Neuan-satzes“ des Antifaschistischen Kampfes ist die scharfe Abgrenzung zu den autonomen Antifaschisten. Es gibt in Erfurt ein Autonomes Zentrum. Im Zuge der jüngsten Auseinandersetzung mit Faschisten ist die Stadt mit Parolen und Plakaten autonomer Antifaschisten geschmückt. Diese Form der Auseinandersetzung sei „gewalttätig“ und „kulturolos“. Die Autonomen wurden zur Konferenz nicht eingeladen. Damit fehlt aber eine wesentliche Kraft im Kampf gegen den Faschismus.

Der Aufbau antifaschistischer Strukturen von der Basis her ist in den Ländern der DDR unter dem Druck des Scheiterns des antifaschistischen Staates zweifellos kompliziert. Aber stärker als in der BRD kann sich die Bewegung dort auf ältere Antifaschisten stützen. Ein großes Bedürfnis besteht nach Auseinandersetzung mit den inhaltlichen Positionen der faschistischen Organisationen. Hier könnten die Antifaschisten aus der BRD ihre Informationen zur Verfügung stellen. — (uth, ecg)

Hinweis: In den Antifaschistischen Nachrichten 23/1990 wird ausführlich berichtet.

Forderungen der Hafenarbeiter

Neuer Rahmentarif für die deutschen Seehafenbetriebe

Der Rahmentarifvertrag für die Hafenarbeiter der deutschen Seehafenbetriebe war von den Hafenkapitalisten zum 31.10.1990 gekündigt worden. Sie haben jetzt ihre Eckpunkte für ein neues Arbeitszeitssystem vorgelegt. Danach sollen die Arbeitszeiten dem Arbeitsanfall angepaßt werden. Insbesondere wird gegen die Arbeitszeitverkürzung in Form bezahlter freier Tage argumentiert sowie für die Notwendigkeit, den Sonntag in die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit aufzunehmen.

Demgegenüber haben die Hafenarbeiter in Hamburg ganz andere Forderungen aufgestellt. Aus der Diskussion in den Betrieben bzw. aus den Beschlüssen der Vertrauensleutekörper der verschiedenen Hafenbetriebe ergaben sich u.a. folgende Forderungen:

Zur Arbeitszeit:

- Keine Flexibilisierung der Arbeitszeit
 - Keine Arbeitspflicht am Sonntag
 - Erhalt der 18 bezahlten freien Tage
 - Erhöhung der Anzahl der bezahlten Freischichten für die Nachschicht bzw. für die Spätschicht
 - Ab 50 Jahren keine Verpflichtung zur Nachschicht, ab 55 Jahre keine Verpflichtung zur Spätschicht
- Zur Mehrarbeit:
- Ersatzlose Streichung der Verpflichtung zur Mehrarbeit
 - Beschränkung der Mehrarbeit auf

zwölf Schichten im Monat

- Recht auf Absummeln der Mehrarbeit ab der 1. Schicht
- Erhöhung des Zuschlages für Mehrarbeit auf 50-100%.

Darüberhinaus wurde eine Erhöhung des Urlaubsgehalts, eine Erhöhung der tariflichen Altersversorgung, eine bessere Absicherung der älteren Arbeiter gegen Abgruppierung, eine Erhöhung der Jubiläumszahlungen und insbesondere auch die tarifliche Absicherung der Arbeitnehmerhaftung gefordert.

Erstmalig soll im Rahmentarif auch der Gesundheitsschutz verankert werden. Die Vertrauensleute des Gesamthafenbetriebes haben sich mit diesem Thema besonders intensiv befaßt und Vorschläge ausgearbeitet. Es wurde darauf hingewiesen, daß es gerade in Vorbereitung auf die Harmonisierung der EG darauf ankommt, gegenwärtig noch gültige Gesetze und Verordnungen zum Schutze der Hafenarbeiter auch tariflich zu sichern. Wird nämlich ein Schutz-Gesetz durch EG-Recht verwässert, so kann das nicht gleichzeitig einen Tarif außer Kraft setzen. Darüberhinaus soll ein kollektives Beschwerderecht geschaffen werden, wonach sich Hafenarbeiter einzeln oder gemeinsam gegen Arbeiten beschweren können, die nach ihrer Auffassung gesundheitsschädigend sind. — (obj)

Diskriminierung der Ex-DDR-Beschäftigten nimmt zu

Proteste gegen TV „Lex Berlin“ erfolgreich — Innensenator Pätzold bleibt stur

Berlin (West). Seit Mitte September herrscht Unklarheit, wie mit Bewerbungen aus der ehemaligen DDR und Berlin (Ost) verfahren werden soll. Innensenator Pätzold weigert sich, sein Rundschreiben zurückzunehmen, obwohl die

ÖTV erklärt hat, daß sie diesen Tarifvertrag so nicht unterzeichnen wird. Gleichzeitig werden mit einer ungeheuren Gesinnungsschnüffelei die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der ehemaligen DDR eingeschüchtert.

(siehe Einigungsvertrag).

Selbst der von SPD und AL eingesetzte Datenschutzbeauftragte Garstka hält diesen Fragebogen für verfassungswidrig, da nach dem Grundgesetz niemand zur Selbstbezeichnung gezwungen werden darf. Ferner sei noch nicht einmal die Rechtsgrundlage genannt. Er fordert eine Befragung, die auf die Menschwürde Rücksicht nimmt.

Auch die ÖTV hat sich endlich gegen die Befragung der 72000 Beschäftigten im Ostteil der Stadt gewandt, weil damit

„für Unruhe gesorgt. Angst geschürt und eine neue Denunziationswelle in Gang gebracht“ wird. „Nach dem Bundesarbeitsgericht sind solche Fragen rechtswidrig ... Immer mehr kristallisiert sich heraus, daß der Einigungsvertrag rechtsfreie Räume schafft.“

Allerdings muß man festhalten, daß angesichts der Schwere der Angriffe auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes die Reaktionen der ÖTV eher verhalten sind. Zu befürchten ist, daß dies mit den bevorstehenden Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus zu tun hat. Quellen: Tps. v. 13/14.10.90. ÖTV-Presseerklärung v. 22.10.90 — (har)

Der in Politische Berichte 21/1990 dokumentierte Tarifvertrag ist noch nicht unterzeichnet. Aufgrund massiven Protestes beschloß der Bezirksvorstand der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) Berlin einstimmig, den geschäftsführenden Hauptvorstand aufzufordern, den Tarifvertrag nur bei Streichung des Absatzes 2 zu unterzeichnen.

Absatz 2 sieht vor, daß Beschäftigte mit Wohnsitz in Berlin (Ost) in Dienststellen auf dem Gebiet von Berlin (West) nur mit ca. 40 % des tariflichen Entgelts eingestellt werden sollen.

Trotz dieser eindeutigen Position der ÖTV bleibt Pätzold stur. Leider gibt es aber kein einheitliches Vorgehen der Personalräte. So wurde bekannt, daß einzeln schon Beschäftigte zu niedrigerem Entgelt eingestellt worden sind, z.B. bei der BfA oder im Bezirksamt Wedding.

Der Hauptpersonalrat hat sich zwar gegen solche Einstellungen ausgesprochen, aber keine Gesamtbewerber Personalrätekonferenz einberufen.

Mit dieser Diskriminierung einher geht seit Monaten die Diskussion um die

Einstellung bzw. Übernahme von sogenannten Stasi-Mitarbeitern bzw. ehemaligen SED-Mitgliedern, die mit Absicht meist in einem Atemzug genannt werden.

Im Einigungsvertrag ist festgelegt, daß Beschäftigten, für die bei uns der Beamtenstatus vorgesehen ist (wie z.B. Richter, Polizisten, Lehrer), erst nach Anhörung in Ausschüssen und nach 3-jähriger Probezeit jener Status verliehen wird.

Aber damit nicht genug. Alle Beschäftigten, die aus der Ex-DDR stammen, müssen einen umfangreichen Fragebogen beantworten. Für Ex-Volkspolizisten umfaßt dieser Fragebogen 17 Seiten und besteht aus 81 Einzelfragen. Abgefragt wird z.B. nach Mitarbeit beim Stasi oder dessen Nachfolgeamt, nach finanziellen Zuwendungen, nach Verstößen „gegen Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit“ oder nach Mitarbeit bei der „Planung von Internierungslagern für politisch andersdenkende Bürger der DDR“. Dabei ist klar, daß die positive Beantwortung einer dieser Fragen zur außerordentlichen Kündigung berechtigt

Papierindustrie: Nachschlag Tarifvertrag entfristet

Mannheim. Der von Sept. 1988 bis Sept. 1991 gültige Tarifvertrag in der papierezeugenden Industrie brachte Lohnerhöhungen von 3,6 %, 2 % und Arbeitszeitverkürzungen auf 38 Std./Woche ab 1.1.91. In den Betrieben gab es zunehmend Unruhe über diesen Abschluß. Draufgesattelt werden jetzt 200 DM Einmalzahlung und 2 % ab Januar 1991. Die IG Chemie hatte zunächst die Tarifverträge über vermögenswirksame Leistungen gekündigt. Ergebnis: Ab 1.7.90 Einmalzahlung von 312 DM und eine monatliche Erhöhung von 26 DM ab 1.1.91. Baden-Württemberg kündigte zusätzlich den Tarifvertrag 13. Monatseinkommen ohne konkrete Forderung. Großkundgebungen und betriebliche Aktionen hatten die Forderung nach „mehr Geld jetzt“ schon im Vorfeld der Verhandlungen unterstrichen. — (ide)

Versicherungen: 6% mehr Lohn und Gehalt ab 1.10.

Hamburg. Am 25./26.10. wurde für die Versicherungs-Beschäftigten in den westlichen Bundesländern eine Lohn und Gehaltserhöhung von 6 % für ein Jahr abgeschlossen. Ein Mindestbetrag, wie ihn die Gewerkschaft HBV gefordert hatte (300 DM), ist im Tarifvertrag nicht enthalten. Weiter wurde vereinbart, daß bis zu 3 1/2 Jahre nach der Geburt eines Kindes die Wiedereinstellung möglich ist, wenn ein „vergleichbarer Arbeitsplatz frei ist“. Eine Garantie wird nicht gegeben. Angesichts des explodierenden Geschäfts der Versicherungen und der anstehenden drastischen Verteuerung der Lebenshaltung sind die Versicherungskapitalisten in dieser Tarifrunde billig davongekommen. — (res)

Betriebsvereinbarung durch nicht Organisierte verhindert

Kiel/Elmshorn. Nach Warnstreiks bei HAG/GF und Dibona wurde der Lohn- und Gehaltstarifvertrag für die Nahrungsmittelindustrie in Hamburg und Schleswig-Holstein abgeschlossen. Das Ziel, „eine gleiche DM-Erhöhung für alle Arbeitnehmer/innen zu erreichen“, konnte nicht erlangt werden, das Gesamtergebnis kann sich dennoch sehen lassen, so die NGG. Die Löhne und Gehälter werden rückwirkend ab 1.8.90 um zunächst 5,5 % und ab 1.1.91 dann auf 6 % erhöht. Dieser Tarifvertrag ist zum 31.7.91 kündbar, während die Erhöhung der vermögenswirksamen Leistungen um 26 DM auf 78 DM zum 31.12.93 kündbar ist. Die Belegschaft der Elmshorner Kaffeefabrik HAG/GF war in die Tarifrunde gegangen, um zusätzlich eine Betriebsvereinbarung abzuschließen. Da im Hauptsitz in Bremen und einem Werk in Berlin das Lohnniveau höher ist, wurde eine Erhöhung der Stundenlöhne um 1,50 DM oder aber ein Festgeld von 250 DM gefordert. Nachdem der Tarifabschluß der NGG unter Dach und Fach war, stand zur Durchsetzung der Forderung Streik an. Eine Betriebsrats-Umfrage ergab, die gewerkschaftlich nicht Organisierten waren nicht bereit, zu streiken. Der Konzern kann sich freuen. Volle Auftragsbücher erfordern eine ungestörte Produktion. Um den produzierten Kaffee zu verpacken und die Aufträge zu erfüllen, läuft die Verpackung nun auch nachts — mit Männern, weil für Frauen Nachtarbeitsverbot besteht. Die NGG-Mitglieder sind nun mit Recht sauer auf die Nichtorganisierten. Schließlich konnte die günstige Lage nicht genutzt werden, um ein höheres Lohnniveau durchzusetzen. — (sip)

Personalnotstand — Bürger zahlen die Zeche

München. Derzeit sind bei der Stadt München über 1300 Stellen unbesetzt. In den städtischen Krankenhäusern waren es im Januar 1990 319 unbesetzte Stellen im Pflegedienst, nur 50 zusätzlich Pflegekräfte konnten gewonnen werden. Auch bei den Schreibkräften in der Stadtverwaltung gab es dieses Jahr massive Einbrüche. In den letzten drei Jahren haben 450 Beamten und Beamte des mittleren und gehobenen Verwaltungsdienstes die Stadt verlassen. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht in Sicht. Schalterschließungen wie bei der Post sind nicht mehr ausgeschlossen. Viele Beschäftigte gehen mit einem Nettoverdienst von 1400 DM bis 2000 DM nach Hause, die Münchener Zulage eingeschlossen. Das Ergebnis der Tarifrunde 91 im öffentlichen Dienst wird mit von Bedeutung sein, ob sich an dieser Misere was ändert. — (rul)

Kässbohrer: Leistungen bei Sonderschichten vereinbart

Ulm. Rückwirkend ab Mai 1990 gilt, zunächst befristet bis zum 30.6.91, eine Betriebsvereinbarung über folgende zusätzliche Leistungen: 1. Arbeit an Frühstücksnachmittagen (drei Stunden): Eine Stunde zusätzlicher Freizeit ausgleich + DM 7,50 Verpflegungsgutscheine Kantine. 2. Samstagsarbeit (fünf bis sechs Stunden): Zwei Stunden zusätzlicher Freizeitausgleich + DM 12,50 Verpflegungsgutscheine. 3. Arbeiten an vereinbartem Betriebsurlaubstag (acht Stunden): Zwei Stunden zusätzlicher Freizeitausgleich + DM 25 Verpflegungsgutscheine. Hinzu kommen je nach Anfall die zusätzlichen Fahrtkosten (DM 0,42 pro km). Beschäftigte mit Überstundenpauschalen erhalten nur Verpflegungsgutscheine und die zusätzlichen Fahrtkosten. Aufsichtspersonen wie Meister und Vorarbeiter und Mitarbeiter, die im Zusammenhang mit betrieblichen Gruppen arbeiten, erhalten auch den zusätzlichen Freizeitausgleich. — (elr)

Unfallverhütungsbericht: Mehr Berufskrankheiten gemeldet

Karlsruhe. Laut „Unfallverhütungsbericht 1989“ des Bundesarbeitsministeriums ist die Zahl der schweren Arbeitsunfälle in der Bundesrepublik weiter zurückgegangen (16 % weniger als 1985). Dagegen stieg die Zahl der gemeldeten Berufskrankheiten weiter steil an (55000 Meldungen, 45 % mehr als 1985; nur ein Drittel dieser Fälle wurde tatsächlich anerkannt). Vor allem Astenberkrankungen nehmen zu. Der Hauptgeschäftsführer der Berufsgenossenschaft Nahrungsmittel und Gaststätten erklärte, in seinem Bereich nehme insbesondere das „Bäckerasthma“ zu. 1970 seien erst 300 Meldungen eingegangen, 1989 waren es 2000. (Quellen: FR 19.10.90, BNN 20.10.90 — wjw)

Betriebsrentenkürzung

HAW will sich mit allen Mitteln durchsetzen

Hamburg. Seit mehr als zwei Jahren versucht die Geschäftsführung der Hamburger Aluminium Werke (HAW), den Betriebsrat zu zwingen, eine Kürzung der Betriebsrente zu akzeptieren. Bisher waren die Bemühungen erfolglos. HAW will den jährlichen Steigerungssatz von 0,4 auf 0,3 % des Bruttolohns senken und vor allem einen versicherungsmathematischen Abschlag bei vorzeitigen Rentenbeginn durchsetzen. Dieser Abschlag kann bis zu 12 % der Rente betragen. Bis zum Jahr 1995 sollen auf diesem Wege bereits 20 Mio DM Rentenansprüche der Belegschaft beseitigt werden. Die Begründung für die Kürzung der Betriebsrente, die HAW bislang gelebt hat, bestand lediglich darin: der bei HAW beteiligte Konzern VAW hätte Kürzungen vorgenommen. Aus Gründen der Konzernharmonisierung müßten deshalb auch bei HAW dieselben Änderungen vorgenommen werden.

Der Betriebsrat hat dies nicht akzeptiert. In einem Informationsblatt schreibt er: „Bei HAW sind drei Gesellschafter mit gleichen Anteilen beteiligt — VAW, Reynolds und die AMAG. Bei Reynolds wurde die Betriebsrente auch nicht gekürzt. Warum sollte also ein Konzern das Vorrecht haben, seine Regelung der Belegschaft von HAW aufzuzwingen. Außerdem sind die Begründungen, mit denen VAW im Jahr 1988 die Kürzung der Betriebsrente begründete, falsch. Wie sich jetzt herausgestellt hat, sind die erwarteten wirtschaftlichen Schwierigkeiten gar nicht eingetreten. 1989 war für die VAW ein sehr erfolgreiches Jahr. Der VIAG-Konzern, dem die VAW angehört, schwärmt über das „Aluminiumjahr 1989“. Eigentlich müßten bei VAW die Kürzungen zurückgenommen werden und nicht auf noch weitere Betriebe ausgedehnt werden, nachdem sich herausgestellt hat, daß die wirtschaftlichen Prognosen nicht stimmten.“

HAW kündigt 1988 die Betriebsvereinbarung und ruft, nachdem der Betriebsrat die Verschlechterungen nicht akzeptiert hat, eine Einigungsstelle an. Aber auch hier kann sich die Geschäftsführung nicht durchsetzen. Die Einigungsstelle lehnt den Antrag auf Kürzung der Betriebsrente mit der Stimme des Vorsitzenden ab, weil keine ausreichende Begründung vorgelegt wurde. Dadurch war folgende Lage eingetreten: die gekündigte Betriebsvereinbarung mit dem damals vereinbarten Leistungsplan hat eine sogenannte „Nachwirkung“, bis eine neue Vereinbarung abgeschlossen ist. Wird keine neue Vereinbarung abgeschlossen, bleibt der alte Leistungsplan erhalten, aber nur für diejenigen, die bis zum Zeitpunkt der Kündigung der Betriebsvereinbarung bei HAW einen Arbeitsvertrag hatten. Alle Beschäftigten, die nach diesem Zeitpunkt bei HAW angefangen haben, ha-

ben keine Zusage auf eine Betriebsrente mehr.

Der Betriebsrat ist diese Lage bewußt eingegangen. Er hatte auch nur die Wahl, entweder die Kürzungen zu akzeptieren — dann hätten auch weiterhin alle Arbeiter und Angestellten einen Betriebsrentenanspruch — oder die Kürzungen abzulehnen mit oben beschriebener Wirkung. Da die Zahlung einer Betriebsrente eine sogenannte freiwillige Leistung der Unternehmen ist, können die Betriebsräte Kürzungen nur verhindern, wenn sie in Kauf nehmen, daß ein Teil der Belegschaft aus dem Anspruch ausgeschlossen wird. Das gibt den Konzernen viel Spielraum, die Betriebsräte unter Druck zu setzen und die Höhe der Betriebsrentenansprüche von ihrer Geschäftslage abhängig zu machen. Übersteigen nämlich die Auszahlungen an Betriebsrenten die Zinsgewinne, die mit den Rückstellungen gemacht werden und aus denen die Betriebsrenten gezahlt werden, werden die Zahlungen gekürzt. Auf daß die Betriebsrentenpolitik wieder ein Geschäft für die Unternehmungen werden.

Die bei HAW beteiligten Konzerne wollten ihre Niederlage aber nicht hinnehmen. Nachdem sie auch in der Einigungsstelle gescheitert waren und auch einem honorigen Hamburger Arbeitsrichter nicht klar machen konnten, daß sie die Rente kürzen müßten, setzten sie auf blanken Rechtsbruch. Durch Aushang verkündeten sie, daß die gekündigte Betriebsvereinbarung keine Nachwirkung habe und deshalb auch keinerlei Ansprüche nach 1988 mehr entstehen würden. Auf einer dazu einberufenen Betriebsversammlung erklärte der Geschäftsführer dazu lediglich: Es täte ihm leid, aber Schuld sei der Betriebsrat mit seiner kompromißlosen Haltung. Die Absicht ist durchschaubar, aber nicht ungefährlich. Es soll in der Belegschaft Unsicherheit verbreitet werden. Könnte es nicht doch sein, daß eine Klage beim Arbeitsgericht gegen diese sogenannte „Rechtsauffassung“ erfolglos bleibt. Leben wir nicht in einem Land, in dem die Konzerne Recht kriegen, auch wenn sie Unrecht haben? Ist es dann nicht besser, die Kürzungen zu akzeptieren? So spekulieren die Konzernvorstände. Erste Stimmen im Betrieb werden schon laut, die den Betriebsrat auffordern, hier nachzugeben.

Der Betriebsrat arbeitet daran, die Spaltung zu verhindern und in der Belegschaft den Widerstand zu stärken. Man darf nicht zulassen, daß die Konzerne in diesem Land mit unseren Interessen umspringen, wie sie es für richtig halten. noch dazu, wenn sie die Rechtsprechung beugen wollen. Dazu hat der Betriebsrat die Belegschaft aufgerufen und erklärt, er werde den Widerstand nicht aufgeben. — (gut)



Düsseldorf. Mehrere tausend Lehrer aus NRW demonstrierten am 30.10. gegen die Einstellungspolitik der Landesregierung. Kultusminister Schwier (SPD) will 1991 nur 3100 Lehrer neu einstellen. Dies entspricht der Zahl derjenigen, die aus dem Dienst ausscheiden. Schon jetzt fallen in NRW jedoch wöchentlich 300000 Unterrichtsstunden aus, die GEW geht von einem wachsenden Bedarf an Lehrern aus. — (wof)



Hamburg. Am 25.10. demonstrierten ca. 1500 Auszubildende der Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege durch Hamburgs Innenstadt. Ihre Forderungen, unterstützt auch von Schwestern, Ärzten sind: Keine Anrechnung auf den Stellenplan, existenzsichernde Ausbildungsvergütung, qualifizierte Ausbildung auf den Stationen, ausreichende aktuelle Lehr- und Lernmittel, verbindlicher Ausbildungsplan. — (mek)

Aus Ländern und Gemeinden

Private Bezahlung von Pflegepersonal

Hannover. In der Kinderklinik der Medizinischen Hochschule Hannover wurden jetzt erstmals Krebspatienten auch aus dem Hannoverschen Umland abgewiesen; sieben von 19 Betten wurden wegen Personalmangel geschlossen. 30 Patienten wurden allein im letzten Vierteljahr abgewiesen. Um kurzfristig einen finanziellen Anreiz zu bieten, hat der „Verein zur Förderung der Behandlung krebskranker Kinder“, eine Selbsthilfeorganisation, Spendengelder bereitgestellt. Damit sollen zusätzliche Monatsgehälter in Form von „Treueprämien“ speziell an solches Pflegepersonal gezahlt werden, das seit längerem in Kinderkrebsstationen tätig ist. In einer Resolution forderten 481 in der Kinderpflege Beschäftigte, die an einer Fortbildung in der Medizinischen Hochschule Hannover teilnahmen, die Änderung der völlig veralteten Zahlen, mit denen der Personalbedarf in der Kinderkrankenspflege ermittelt wird. Sie forderten eine Aufstockung des Stellenplans von 25 Prozent. — (mpu)

Revanchisten kandidieren zum Bundestag

Lüneburg. Als „Bund für Gesamtdeutschland“ (BGD) kandidiert eine „ostdeutsche, mitteldeutsche und westdeutsche Wählergemeinschaft“ zum Bundestag. Die Partei, deren niedersächsische Geschäftsstelle in Lüneburg ist, hat sich nach eigenen Angaben vorwiegend aus den Reihen der „deutschen Ostvertriebenen“ gebildet. Sie will verhindern, daß „unser deutscher Osten an Polen abgetreten“ wird. Die Revanchisten gehen davon aus, daß „es noch lange nicht zu spät“ ist. Sie drohen: Die Anerkennung der Oder-Neiße als polnischer Westgrenze schaffe einen „neuen Unruheherd“. Die Partei hat offensichtlich viel Geld. Sie veröffentlichte schon mehrere große Zeitungsanzeigen. — (thr)

1000 Beamte aus NRW sollen Brandenburg kolonisieren

Düsseldorf. 1000 Beamte aus allen Ministerien des Landes Nordrhein-Westfalen sollen vorübergehend oder auf Dauer nach Brandenburg versetzt werden. Gleichzeitig sollen das Besoldungsamt, das Statistische Landesamt und das Oberverwaltungsgericht Münster Aufgaben für das Land Brandenburg miterledigen. Für Schulungsseminare u.ä., die von „Fachleuten“ aus den Kommunalverwaltungen geleitet werden sollen, hat die Landesregierung dieses Jahr bereits 13,5 Mio. DM zur Verfügung gestellt, im nächsten Jahr sollen es 110 Mio. DM sein. Mit diesen Maßnahmen — nach Aussage von Innenminister Schnoor (SPD) hat bisher nur Baden-Württemberg ähnliches vor — soll der Aufbau der Landesverwaltung in Brandenburg vorangetrieben werden. Ausdrücklich geht es darum, die bisherige „Kommandowirtschaft“ zu beseitigen. Damit haben die Entsandten etwa die Aufgabe von Kolonialbeamten. Selbstverständlich will Schnoor nur „besonders tüchtige“ Beamte auswählen, denen neben Aufwandpauschalen zwischen 853 und 2722 DM monatlich Karrieremöglichkeiten winken. 400 Beamte aus NRW sind bereits in Brandenburg tätig. — (wof)

Neuer Mietspiegel: Zweistellige Erhöhung erwartet

Stuttgart. Die Stadt wird Anfang Dezember den neuen ab 1991 gültigen Mietspiegel vorlegen. 1986 bis 1988 stieg das Mietpreisniveau um knapp 12 %, eine mindestens genauso hohe Steigerung wird jetzt erwartet. Bislang liegt das Mietmaximum bei 13,10 DM/qm, wobei Überschreitungen um 20 % und bei Kleinwohnungen um 40 % rechtmäßig sind, erst ab 50 % beginnt der „Mietwucher“. Zudem sind für die Erhebung nur die Mietpreise relevant, die in den letzten drei Jahren erhöht wurden, horrend teure Neuvermietungen also nicht. Der Mieterverein fordert, daß alle Mietverhältnisse herangezogen werden und auch für Neubauten — wo teilweise 100 % mehr verlangt werde — die ortsübliche Vergleichsmiete als „Schallgrenze“ gelten müsse. — (evc)

CDU Baden-Württemberg für Staat als Leihmutter

Karlsruhe. Ein paar Tage vor der Verabschiedung des Embryonenschutzgesetzes im Bundestag, durch das auch die sog. „Leihmutterhaft“ offiziell untersagt wird, startete die baden-württembergische CDU-Landtagsfraktion eine Gesetzesinitiative. Danach sollen Mütter ihre Kinder bereits vor der Geburt zur Adoption freigeben können. Die unterschiedliche Regelung des Schwangerschaftsabbruchs für die nächsten zwei Jahre mache eine derartige Änderung des Adoptionsgesetzes notwendig. Mit der Geburt würde das Jugendamt zum Vormund des Kindes und müsse für es „sorgen“. (Quelle: BNN 23.10.90 — wjw)

CDU will nur Übungsverlagerung

Bonn/Soltau. Mit CDU/CSU-FDP-Mehrheit hat der Bundestag Entschließungsanträge von Grünen und SPD abgelehnt, in denen Verhandlungen mit dem Ziel der Aufhebung des Soltau-Lüneburg-Abkommens gefordert wurden. Stattdessen wurde in einem Koalitionsantrag die Bundesregierung aufgefordert, zu überprüfen, inwieweit „die Ausbildungs- und Übungsmaßnahmen der britischen Rheinarmee — wie bei den übrigen Partnern — in das System der dafür vorhandenen Einrichtungen und Truppenübungsplätze eingegliedert werden“ können. Die Bürgerinitiative zur Verringerung der militärischen Belastungen in der Heide hat zu diesen „Verhandlungen“ festgestellt: „Als Ergebnis dieser Verhandlungen erwarten wir, daß 1. ... alle Militärübungen auf der Grundlage des Soltau-Lüneburg-Abkommens sofort eingestellt werden ... 2. ... das Soltau-Lüneburg-Abkommen — ein Relikt des kalten Krieges und verlängerten Besetzungsrecht — kurzfristig aufgehoben wird. 3. ... mit der Sanierung und Renaturierung der zerstörten und schadstoffbelasteten Landschaften unverzüglich begonnen wird ... Mit Befeuern müssen wir feststellen, daß der genannte Beschuß des Bundesstages diese Punkte nicht beinhaltet ... Es gibt kein überzeugendes Argument, der hier lebenden Bevölkerung weiterhin kriegsähnliche Zustände zuzumuten, die zu mindest in Westeuropa ohne Beispiel sind ... Unseren Widerstand werden wir forsetzen, sofern die oben genannten Punkte nicht das Ziel und das Ergebnis der jetzt beginnenden Verhandlungen sein sollen.“ — (sts)

Vermietungsgenossenschaft Ludwig-Frank

Alternative zum Abriß von 400 billigen Wohnungen in Mannheim

Mannheim. Nach dreijähriger Auseinandersetzung übertrug die Stadt zum 1. November 1990 401 Wohnungen der städtischen „Gemeinnützigen Baugesellschaft“ (GBG) an die am 15. Februar 1990 gegründete „Vermietungsgenossenschaft Ludwig-Frank e.G.“. Damit konnte der von der GBG ursprünglich beschlossene Abriß der billigen, aber

durch jahrelange systematische Vernachlässigung heruntergekommenen Wohnungen verhindert werden. 147 Wohnungen waren bereits unbewohnbar gemacht worden. Die Bewohner sind mehrheitlich Arbeitslose, Rentner, Alleinerziehende, Kinderreiche; über 40 Prozent der Bewohner sind Ausländer.

Vor drei Jahren ließ der Vorstand der GBG verlauten, er wolle 401 Wohnungen in der Neckarstadt („Ludwig-Frank-Block“) und in der Waldparkstraße abreißen lassen. Es handelte sich jeweils um Häuser, die zwischen 1949 und 1952 errichtet worden waren. Die Miete ohne umlagefähige Betriebskosten beträgt dort gegenwärtig 3,80 DM. Der Vorstand errechnete einen Sanierungsaufwand von ca. 33 Mio DM, der über den Kosten für einen Neubau liege.

Die Abrißpläne stießen sofort auf heftige Empörung. Der „Arbeitskreis Mieterbeirat (GBG)“, der schon zahlreiche Auseinandersetzungen mit der Gesellschaft geführt hatte, lud zu einer Versammlung der Ludwig-Frank-Mieter ein. Walter Ebert (DKP-Gemeinderat und Vorsitzender des Mietervereins) rief dort die Mieter zum Kampf auf. Abrißpläne seien bisher immer verhindert worden. In der UZ (3.2.88) schrieb er: „In der Rechnung der GBG ist ein altes Miethaus mit günstigen Mieten weniger wert als der Boden, auf dem das Miethaus steht. Aus neuen Wohnungen läßt sich einfach mehr Miete herausholen, auch weitaus mehr, als wenn die alten instandgesetzt würden. Diese Rechnung ist vom kapitalistischen Verwertungs- und Profitprinzip her einleuchtend. Für eine städtische Baugesellschaft, die sich ‚gemeinnützig‘ nennt, aber nicht.“

Die Grünen forderten die Zulassung eines Gesamtmieterbeirates mit Sitz und Stimme im Aufsichtsrat der GBG. Sie gaben zu bedenken, ob die GBG inzwischen mit ihren 20000 Einheiten nicht zu groß sei und schlugen eine Entflechtung vor: „Eine Stiftung nachbarschaft-

licher Träger könne als Dachverband unterschiedlicher Modelle von der Eigentümergenossenschaft bis hin zur Verwaltungsgenossenschaft dienen.“ (Mannheimer Morgen 31.1.88).

Im Januar 1989 trat der SPD-Fraktionsvorsitzende in Gemeinderat Pahl, seit vierzig Jahren Direktor der Gartenstadt-Genossenschaft (Wohnungsbau), mit folgendem Plan an die Öffentlichkeit: Die Stadt solle die umstrittenen Häuser an eine zu gründende Vermietungsgenossenschaft kostenlos abgeben und sich in Höhe des Buchwertes bzw. des Erbbaurechts für das Grundstück in die Genossenschaft einbringen. Ferner solle sie der Genossenschaft die Hälfte des für eine Modernisierung durch die GBG fälligen Zuschusses, nämlich 5,5 Mio DM, zur Verfügung stellen. Die Genossenschaft solle dann verpflichtet werden, die Wohnungen unter Einbeziehung von Mieter-Eigenleistungen instandzusetzen und auf Dauer billig zu vermieten. Außerdem solle die Genossenschaft für die Einrichtung einer umfassenden Gemeinwesenarbeit sorgen.

Die SPD-Fraktion lehnte diesen Plan ihres Vorsitzenden lautstark ab. Argument: Der Stadt gingen auf diese Weise die Belegungsrechte verloren und außerdem sei man ja gegen Privatisierung. Der Arbeitskreis Mieterbeirat, die Grünen, die DKP und einige weitere Gemeinderatsmitglieder unterstützten den Plan. Sie hielten der SPD entgegen, wer Wohnungen abreißen wolle, vernichte tatsächlich Belegungsrechte und -möglichkeiten.

Im November 1989 nun befaßte sich der Gemeinderat, wie schon ein Jahr zu-

vor, erneut mit dem Thema. Die SPD wollte jetzt doch, im Gegensatz zu ihrem eigenen damaligen Antrag, den Abriß. Pahl jedoch trat für den alten SPD-Antrag ein. In der Abstimmung unterlag die SPD-Mehrheit.

Im Februar 1990 führten daraufhin der Arbeitskreis Mieterbeirat und Pahl je eine Versammlung durch zur Gewinnung der Mieter für die Gründung der Genossenschaft. Am 15.2.90 schließlich war es so weit: 100 Mieter gründeten trotz Drohungen seitens des GBG-Chefs Holler (SPD) die Mietergenossenschaft (Einlage je 1000 DM, zahlbar in 10-DM-Raten). Am 20.2. beschloss der Gemeinderat gegen die Stimmen der SPD-Mehrheit den Beitritt der Stadt zur Genossenschaft. Erst zum 1. II. jedoch wurden die Häuser im Grundbuch übertragen. Dazwischen liegen hartnäckige Versuche der Verwaltungsspitze, die Genossenschaft über eine voraus zu vereinbarende Verzehnfachung der Erbbaupacht für die Grundstücke nach 10 Jahren zum Scheitern zu bringen. Auch dieser Versuch wurde jedoch erfolgreich abgewehrt.

Man kann annehmen, daß CDU und Freie Wähler die Genossenschaftsgründung unterstützen, da sie Subsidiaritätsluft voller Selbsthilfe und Ehrenamtlichkeit wittern. Aber Tatsache ist, daß nicht zuletzt durch die GBG-Mieter-Bewegung der privatwirtschaftlich verkommenen Politik der GBG durch Ausweichen in eine gemeinwirtschaftliche Genossenschaftskonstruktion wenigstens hinsichtlich der 400 Wohnungen ein Riegel vorgeschoben wurde. — (tht)



Lokaltermin des Gemeinderates im Januar 1990 zur Vorbereitung der entscheidenden Sitzung am 20.2. Das Ergebnis der Überlegungen schlägt sich in getrennten aber gleichlautenden Anträgen von Grünen, DKP, CDU und Freien Wählern nieder: Abgabe der Wohnungen an die Genossenschaft.

Gewerbe- und Grundsteuer erhöht

München: SPD und Grüne beschließen gegen CSU, FDP und REP

München. Die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer ist Ende Oktober von der Mehrheit des Münchener Stadtrates beschlossen worden, nachdem sich die Fraktionen von SPD und Grünen auf diesen Schritt schon lange verständigt hatten und zwischenzeitlich einer gezielten Hetze des vereinigten rechten Lagers inklusive den Kapitalistenverbänden ausgesetzt waren. Vom 1.1.91 an werden die Münchner Firmenbesitzer 6,7 Prozent mehr Gewerbesteuer und die Grundstücksbesitzer fast 10 Prozent mehr Grundsteuer bezahlen müssen. Für die Stadt kasse bedeutet dies eine Mehrerlöse von 120 Millionen DM jährlich. Damit können wichtige Ausgaben in der sozialen Grundversorgung finanziert und die anhaltende Haushaltssmiserie kann entspannt werden. Es hat aber den Anschein, daß diese Politik der SPD und der Grünen nicht dazu führt, daß bei Wahlen sichere Mehrheiten erzielt werden können. In den Münchener Lokalberichten wird in einem Artikel dieser Stimmenverlust für die rot-grüne Ratskoalition als „erster Erfolg der teuren und effektiv geführten Kampagne

von CSU-Bezirkschef Gauweiler gegen die neue Rathausmehrheit“ beurteilt. Diese Kampagne operiert in der Hauptstadt damit, daß die rot-grüne Mehrheit im Rathaus als Exponenten einer wirtschaftsfeindlichen und chaotischen Finanz- und Wirtschaftspolitik an den Pranger gestellt werden. Die CSU hat es nicht schlecht verstanden, in den letzten Wochen und Monaten ihre Politik des sozialen Kahlschlags zu vertuschen. So wurden in den letzten acht Jahren in München 50000 Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt und dies kann nach der gültigen Verfassungslage nur der Bundesgesetzgeber ändern. Im Landtagswahlkampf wird dann der Münchener Oberbürgermeister der Bremser beim Mietwohnungsbau, weil er die sogenannte Panzerwiese — ein Grundstück im Besitz der Bundeswehr — aus ökologischen Gründen mit nur 2000 Wohnheiten bebauen will und nicht mit utopischen 6000, wie es von der CSU plötzlich gefordert wurde. Die Tatsache, daß preiswerter Wohnraum nur möglich ist, wenn preiswerter Baugrund verfügbar ist, rückte in der öffentlichen Diskussion völlig in den Hintergrund. Ohne Bodenrechtsreform wird sich aber an dieser Situation nicht viel ändern.

Bei den jetzt begonnenen mehrwöchigen Beratungen des Stadtrats über den neuen Acht-Milliarden-Haushalt vertritt der Stadtämter weiterhin die Position, daß eine Grund- und Gewerbesteuerverhöhung nicht notwendig gewesen wäre. Diese „soziale Ader“ gegenüber der Münchener Geschäftswelt hat er mit der Forderung nach verschärften Rationalisierungen und einer strengen Aufgabenkritik innerhalb der Referate kombiniert. SPD und Grüne stellen demgegenüber fest, daß der Haushaltssatz bei den Personalkosten viel zu niedrig sei und die veranschlagten fünf Prozent Tarifverhöhung wohl zu wenig. Der SPD-Haushaltsexperte Jungfer rechnet mit sechs Prozent, was zwischen 20 und 30 Millionen Mark mehr pro Jahr ausmachen würde. Der CSU-Fraktionschef hetzt: „sozialistische Gängelei, dirigistische Eingriffe, soziale Demontage, kultureller Mief und große Sprüche ...“ — (dil)

Eine „Stern“-Lüge und ihr Hintergrund

Zur Niederhaltung oppositioneller Bewegungen ist den Staatsschutzbehörden jedes Mittel recht

Die Auffassung, daß die Presse lügt, ist so verbreitet, daß sie die Form eines festen Volkssvorurteils angenommen hat — „lügen wie gedruckt“. Gleichwohl sind Presselügen im konkreten nur sehr schwer und für den individuellen Leser in der Regel nicht zu erkennen. Die kritische Überprüfung von Tatsachenbehauptungen, die den eigenen, eingeschränkten Erfahrungsbereich übersteigen,

ist ohne großen Aufwand und häufig überhaupt nicht möglich. Das bedeutet umgekehrt auch, daß von Presselügen direkt Betroffene nur geringe Möglichkeiten haben, sich erfolgreich zu wehren und das Lügengeflecht zu zerreißen.

Wir wollen einem Fall nachgehen, in dem die verbreiteten Lügen ihren Ausgangspunkt nicht in den Verlagen haben, sondern in

den Staatsschutzapparaten (Bundesanwaltschaft, Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz). Aus diesen Apparaten heraus wird eine Provokationsstrategie zur Niederhaltung oppositioneller politischer Richtungen betrieben, die sich der monopolistischen Kämpfertum der Verleger bedienen und sich journalistische Skrupellosigkeit zunutze machen kann. — (scc)

Eine Kampagne

Seit Monaten ist eine regelrechte Kampagne zu bemerken: Politiker, Staatsschutzkräfte, Medien warnen vor „terroristischen Anschlägen“. Es sei nicht auszuschließen, schrieb beispielsweise der „Spiegel“ (1), „daß eine Phase wie 1977 bevorstehe, als die Morde an Generalbundesanwalt Siegfried Buback, Dresdner-Bank-Chef Jürgen Ponto und Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin-Schleyer sowie die Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut“ nach Mogadischu die Republik bewegten“. Zum 3. Oktober hin, dem Annexionstag, steigerte sich die Kampagne zu einem vorläufigen Höhepunkt, in dem Anschläge regelrecht beschworen wurden („Hessischer Innenminister fürchtet Anschläge gegen deutsche Einheit“, „Frankfurter Allgemeine“ vom 27.6.90) und vor abenteuerlichsten Behauptungen nicht zurückgeschreckt wurde („BKA befürchtet gemeinsame Aktionen von RAF und Stasi“, „Welt“ vom 31.5.90). Auch mögliche Opfer wurden präsentiert: „Westdeutsche Sicherheitsbehörden haben Ost-Berlin mitgeteilt, daß drei Regierungsmitglieder auf der Abschlußliste stehen: Ministerpräsident Lothar de Maizière, Innenminister Diestel und Abrüstungsminister Rainer Eppelmann.“ (2)

Gleichzeitig lebte die Propaganda auf, Gefangene aus der RAF steuerten die zu erwartenden Anschläge der RAF aus der Zelle heraus. Das Signal dazu gab die Bundesanwaltschaft mit Zellendurchsuchungen bei 25 politischen Gefangenen, die sie dazu benutzte, ihre alten Behauptungen mit angeblich neuen „Beweisen“ zu bekräftigen: „Die „Gefangenen“ der „RAF“ sind nach wie vor umfassend in das Organisationsgefüge dieser terroristischen Vereinigung eingebunden. Dies geht aus Unterlagen hervor, die bei einer ... Zellendurchsuchung ... vorgefunden wurden. Es ist davon auszugehen, daß die Gefangenen der „RAF“ seit langerem ein illegales Kommunikationssystem „im Knast“ unterhalten.“ (3)

Mitte September dann präsentierte die Presse einen scheinbaren Beweis für die wüsten, aber vagen Behauptungen über eine „Zelleneinstellung“: einen Brief Helmut Pohls, der erkennen lasse, daß die RAF-Gefangenen aus der Zelle heraus ihre gewaltsame Befreiung vorbereiteten. Der Brief Helmut Pohls war zu diesem Zeitpunkt nirgendwo veröffentlicht, die Behauptung also nicht nachprüfbar.

Die Meldung vom Pohl-Brief erschien am 12.9. unter anderem in der „Süddeutschen Zeitung“. Nachfrage beim zuständigen Redakteur ergab, daß ihm der Brief von Helmut Pohl nicht vorgelegen hat; er habe sich ausschließlich auf eine dpa-Meldung gestützt. Nachfrage bei der dpa-Journalistin in Frankfurt, die die Meldung verfaßt hatte, ergab, daß ihr der fragliche Brief ebenfalls unbekannt war. Ihre Quelle, so ihre Aussage, war ein „Stern“-Artikel in der Ausgabe vom 13.9. Sie habe sich, so ihre Auskunft, noch bei der Bundesanwaltschaft vergewissert, die die angebliche Pohl-Aussage offensichtlich nicht dementiert hat. — Der „Stern“ kann, wenn auch nicht als Urheber, so doch als Erstverbreiter einer ungeheuerlichen Lüge angesehen werden, die zu einem verbrecherischen Zweck verbreitet wurde.

Die „Stern“-Lüge

Nachdem der Verfasser des „Stern“-Artikels „Im Fadenkreuz der RAF“ zunächst mit der Enthüllung aufwartete, bei einer vor Monaten erfolgten Razzia in der Hamburger Hafenstraße seien, wie jetzt erkannt, Attentatspläne der RAF aufgefunden worden (4), kommt er eher beiläufig zum Hauptanliegen:

„Die Terrorismus-Experten des BKA halten es sogar für möglich, daß die RAF eine Geiselnahme — wie 1977 bei Schleyer — plant, um inhaftierte Genossen aus den Gefängnissen freizupressen. Helmut Pohl, der „politische Kopf“ der RAF, schrieb in seiner neuen Erklärung im August aus dem Gefängnis vieldeutig: „Endsieg ist angesagt ... Gefangene wollen natürlich raus.““ (5)

Die „Vieldeutigkeit“ wird hier augenzwinkernd behauptet, tatsächlich zitiert der unbekannte Verfasser die angebliche Aussage Pohls völlig eindeutig: Helmut Pohl wirbt für den „Endsieg“, die gewaltsame Befreiung der politischen Gefangenen.

Die ausführliche Wiedergabe der Schlüppassage aus dem Brief Helmut Pohls vom August 1990 beweist, daß die beiden Kurzzitate aus ihrem jeweiligen Zusammenhang gerissen und aneinandergefügten wurden und daß ihr Sinn damit ins Gegenteil verkehrt wurde:

„Mein Schwalmstädter Privatwitz ist schon, ob es nicht wir, die Gefangenen, jetzt sein werden, die diese „Gewaltdebatte“ faktisch thematisieren werden — und ganz genau in dem einfachen Sinn, wie ihn in der ersten Hälfte der 80er, als die „Experten“ die RAF zerfallen gesehen haben, die „Abschwör“- und „Amnestie“-Propagandisten gern gehabt hätten: nämlich, daß „kein Mensch“ Gewalt liebt.

In der revolutionären Politik spielt die Gewalt eine bestimmte Rolle, die bewaffnete Aktion ist durch ihre politische Bestimmung eingeschränkt, die ganze Entwicklung ist politisch kontrolliert. Wofür jetzt die Weichen gestellt werden (6), was jetzt in der Globalisierung aus den gesellschaftlichen und den internationalen Auseinandersetzungen kommen kann, vielleicht nicht.

Im Projekt der Gefangenen (7) ist es jetzt jedenfalls ein offener Prozeß, in dem sich die neue Konzipierung von Politik der Umwälzung herausbildet wird, und wohin er jetzt geht, stellt sich einzig und allein über eine Reihe konkreter Klärungen auf dem Tisch liegender Probleme heraus.

Im Streit haben wir ihnen überall, wo es Gespräche gab, die Dicke-Balken-Formulierung hingelegt: Es verschiebt die ganze Auseinandersetzung im ganzen Zusammenhang in Richtung Diskussion, politischer Prozeß.

Nein. Endsieg ist angesagt. (8)

Unser Projekt ist eine Möglichkeit, wir nehmen es aber, wie es kommt. Es wäre sozusagen im Interesse aller Freunde der Rationalität und natürlich im Interesse der Gefangenen, denn Gefangene wollen natürlich raus.

Für uns sind es reale, materielle Schritte, oder es ist nichts. Das ist ganz einfach aus unserer Lage so. Bis ins Konkreteste, daß es kaum mehr jemand unter den Gefangenen gibt, der/die nicht krank ist.

Im Kern bedeutet unser Projekt, daß die Kette von 20 Jahren Vernichtungsstrategie gegen die Gefangenen durchbrochen wird und in der Konsequenz aus dieser 20jährigen Geschichte die Bedingungen, wie sich die Gefangenen nur wiederherstellen und dem Sinn der Sache nach adäquat artikulieren können, Zusammenlegung in großen Gruppen.

Manuel José Sevillano ist tot.“ (9)

Der „Stern“-Autor hat, obwohl er wortgetreut zitiert, gefälscht. Er hat dem Gefangenen, der für grundlegende Änderung der Haftbedingungen, für Zusammenlegung als Voraussetzung für eine Diskussion über eine „neue Konzipierung von Politik der Umwälzung“ eintritt und der andeutet oder wenigstens nicht ausschließt, daß er unter der Bedingung geänderter Haftbedingungen eine Überprüfung der Politik des bewaffneten Kampfes in der gegenwärtigen Situation für möglich hält, einen Aufruf zur Steigerung des bewaffneten Kampfes in den Mund gelegt.

Die Fälschung hat Methode

Während des Hungerstreiks von Gefangenen aus RAF und Widerstand 1989, als Staatsschutzkreise verbreiteten, der Hungerstreik ziele nicht auf Änderung der Haftbedingungen, sondern solle ein Signal für Anschläge geben, behauptete z. B. die „Welt“ (28.3.89) unter Berufung auf einen angeblich „abgefangenen Kassiber“ der Gefangenen einen bevorstehenden Anschlag der RAF „im Bereich der „industriellen Umstrukturierung“. Zum Mittel der direkten Fälschung eines — angeblich geheimen — Briefes des Gefangenen Karl-Heinz Dellwo griff der „Spiegel“ (27.2.89).

Er unterschob ihm direkte oder indirekte, in jedem Fall erfundene Zitate, aus denen hervorgehen sollte, daß der Gefangene nicht nur zum bewaffneten Kampf aufrufe, sondern den Hungerstreik auch als Mittel zum bewaffneten Kampf betrachte. Da der „geheime“ Brief mehrfach veröffentlicht war, kam die Fälschung auf.

Helmut Pohl selbst ist in weniger als einem Jahr zum zweiten Mal Opfer einer Fälschung geworden. Im Dezember 1989 wurde einer seiner Briefe als Aufruf zum Anschlag auf Herrhausen interpretiert, und da der — im „Angehörigen-Info“ und in der „taz“ veröffentlichte — Brief diese Interpretation nicht hergab, wurde er in einer vielfach weiterverbreiteten Meldung von dpa um frei erfundene einschlägige Passagen „er-

gänzt“ (siehe die unten abgedruckte Dokumentation).

Der Urheber der Fälschungen spekuliert darauf, daß die Gefangenen, was immer sie tun, sich nur schwer wehren können. Dementieren sie die ihnen in den Mund gelegten Aussagen, müssen sie damit rechnen, daß dies als Abwendung von ihren politischen Zielen, an denen sie unter schwersten Bedingungen festhalten, weiterverkauft wird. Außerdem sie sich in Antwort auf die erlogenen Behauptungen bekennen, werden sie von fremden Akteuren als Ball in einem politischen Spiel herumgekickt. Schweigen sie, wird ihnen das in der Öffentlichkeit als Bestätigung der Vorwürfe ausgelegt.

Welchen Zweck aber verfolgen die Fälschungen? Die Frage nach dem Zweck ist von der Frage nach den Urhebern nicht zu trennen.

Der „Stern“-Artikel selbst nennt „Terrorismus-Experten des BKA“ als seine Quelle. Andere Hinweise auf Ursprünge der „Stern“-Legende von zu erwartender Geiselnahme- und Freiressungsaktionen lassen sich bis in die Bundesanwaltschaft zurückverfolgen. Der damalige Generalbundesanwalt Rebmann hatte auf seiner Halbjahreskonferenz am 28. Mai 1990, nachdem er zunächst eine neue „Offensive“ der RAF prognostiziert hatte, angedeutet: „Ziel solcher Aktionen wird jetzt vor allem die Zusammenfügung der Gefangenen mit einer Perspektive für ihre Freiheit sein. Dem allem muß man mit Gelassenheit und dem festen Entschluß, sich zu nichts erpressen zu lassen, entgegensehen.“ (S. 9)

Daß auf augensteigernde Sensationsha

Dokumentation einer dpa-Fälschung

In der Meldung dpa 194 — Bonn/1242 gab dpa-Korrespondent Friedrich Kuhn am 30. November 1989, nach dem Herrhausen-Attentat, folgende Darstellung eines Briefes von Helmut Pohl:

„Nachdem der zehnte Hungerstreik von RAF-Häftlingen Mitte Mai gescheitert war, zeichnete sich jüngst die neue Entwicklung durch einen Brief des früheren RAF-Aktivisten Helmut Pohl aus seiner Zelle ab. Wir müssen uns auf eine neue Phase des Kampfes orientieren“, schrieb Pohl, der als Sprecher der über 40 inhaftierten Terroristen aufgetreten war.

Pohl hat bei dem Hungerstreik stets eine führende Rolle eingenommen. „Jetzt ist die Zeit gekommen, den Kampf wieder mit allen Mitteln aufzunehmen“, hatte Pohl in seinem Brief Ende Oktober wissen lassen. Er wollte die nach Einschätzung von Kennern der Terrorszene zerstrittenen Einzelmitglieder wieder auf eine Linie bringen.

Die RAF solle, so Pohl, „mit voller Power weitermachen“. Er begründete sogar die Ruhe der letzten Monate mit dem Hinweis, daß die Vorbereitungen für die Fortsetzung des terroristischen Kampfes „in unserer Lage immer ein halbes bis ein Jahr“ dauern.

Abschließend hatte Pohl erläutert, „Veränderungen“ könnten nur erreicht werden, wenn man in den Mechanismus, nach dem das ganze System

funktioniert, trifft. Pohl hatte klargemacht, daß nach dem Scheitern des Hungerstreiks die „Initiative“ für weitere Aktionen der RAF „an die kämpfende Ebene“ abgegeben werden sollte. Jetzt wird in eingeweihten Kreisen befürchtet, daß sich die RAF wieder „in einer Weise organisiert hat, die auch weitere Anschläge in nächster Zeit befürchten lassen“.

Die dpa-Meldung war in vielen Zeiträumen am 1.12.89 Grundlage für entsprechende „Berichte“. Tatsächlich finden sich die angeblichen Zitate Pohls in seinem Brief entweder gar nicht oder in eindeutig anderem Zusammenhang. (Der Brief ist nachzulesen im „Angehörigen-Info“ Nr. 27.)

Das angebliche Zitat: „Jetzt ist die Zeit gekommen, den Kampf wieder mit allen Mitteln aufzunehmen“, lautet in Wirklichkeit: „Jetzt ist die Zeit, die Zusammenlegung und mit ihr als Übergang die Perspektive für unsere Freiheit zu erkämpfen. Das werden wir mit allen Mitteln tun, also auch wieder mit Hungerstreik, wenn es nicht mehr anders geht.“

Das angebliche Zitat „mit voller Power weitermachen“ findet sich in dem Brief nicht. Das angebliche Zitat „Initiative an die kämpfende Ebene“ abgeben findet sich in dem Brief nicht. An einer Stelle heißt es, als Resümee zum Hungerstreik und zu den ergebnislos gebliebenen Bemühungen der Gefangenen, nach Abbruch

des Hungerstreiks durch Vermittlung der EKD doch noch Änderungen der Haftbedingungen zu erreichen: „Ein zweites ist, und das soll als Schlussstrich jetzt auch klar sein, das, was wir an Möglichkeiten in diesem Abschnitt hatten, ist vorbei — insoweit wir für andere in dieser Zeit die Initiative an uns gezogen hatten und das ihre eigene mitbestimmt hat, ist das alles wieder abgegeben.“

Das Zitat, es dauerte „in unserer Lage immer ein halbes bis ein Jahr“ findet sich im Brief tatsächlich fast wörtlich, allerdings nicht im Zusammenhang von „Vorbereitungen für die Fortsetzung des terroristischen Kampfes“, wie dpa schreibt, sondern im Zusammenhang der Vorbereitung des letzten Hungerstreiks!

Vom GNN-Verlag zur Rede gestellt, veröffentlichte dpa anderthalb Auszüge aus dem Brief Helmut Pohls korrekt und fügte an: „dpa hatte darüber hinaus in einem Korrespondenzerbericht ... Pohl mit Äußerungen zitiert, die aus anderer Quelle stammten.“ Aus welcher Quelle diese dem Gefangenen unterstellt Äußerungen stammten, gab dpa nicht an. Wer aber könnte mit Autorität „Informationen“ über (angebliche) Äußerungen von Gefangenen liefern, wenn nicht „eingeweihte Kreise, d.h. konkret diejenigen Behörden, die jede Äußerung von Gefangenen bekanntmaßen nahezu lückenlos kontrollieren“?

Eva Haule zur Staatsschutzkampagne

An den Behauptungen, die jetzt vom Staatsschutz via „Stern“ lanciert werden: „Entführung zur Freiressung von Gefangenen geplant“, „Pohls Knastparole: „Endsieg angesagt“, „Neuer Hungerstreik“ usw. stimmt NICHTS:

Zu den Lügen über die Hafenstraße haben die GenossInnen schon selbst das Richtigste gesagt.

Diese ganze Kampagne ist wieder ein genaues Beispiel für die Staatsschutz-„Realität“, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat. Aus Helmut Pohls Text, der in allem auf eine ganz andere politische Entwicklungsrichtung orientiert als die behauptete, reißen sie einzelne Worte raus, setzen sie neu zusammen und benutzen sie zu einer massiven Propaganda, die unsere Vernichtung vorbereiten soll.

Es sieht so aus, daß der Staat die Auseinandersetzung um unsere Situation und Politik wieder zurückkatapultert will auf die Linie der Eskalation der 70er Jahre, die '77 im Tod von vier Gefangenen kulminierte.

Das alte Ziel, die alten Methoden. Sie steuern auf eine Zuspiitung zu, um mit uns diesmal und rechtzeitig zum Start ins „neue Deutschland“ endgültig Schluß zu machen; das ist der einzige Zweck dieser Propaganda

entierung verlangen und möglich machen — davon gehen wir aus, alles, was wir seit zwei Jahren schreiben und tun, sagt genau das, und wenn es noch nicht begriffen wurde, zeigt das nur noch einmal deutlich die Notwendigkeit der Teilnahme der Gefangenengruppe an der gesamten politischen Diskussion — also auch wenn es so ist, bleibt aber die ungebrochene Vernichtungsstrategie gegen uns Gefangene objektiv eine Verpflichtung, den Kampf auch bewaffnet zu führen. Das ist überall auf der Welt so, wo es politische Gefangene und Guerillakampf gibt.

Und es geht dabei nicht allein um unser Leben, sondern um die Frage, welche politische Entwicklung hier möglich gemacht wird, in welche Richtung sich die ganze Auseinandersetzung hier jetzt bewegt. Aber die Reaktionäre scheinen so zu kalkulieren:

In Deutschland muß Friedhofsrufe herrschen, und was bedeuten schon einige tote Gefangene für eine Macht, die weltweit alles unter ihren Stiefel kriegen will. Es wäre, wenn es so kommt, schließlich nur der ihren Zielen entsprechende Anfang: dann würde jeder gleich, was das ist. „Deutschland“. In Kontinuität. 23.9.1990. Eva Haule. Gefangene aus der RAF



Daß es sich dabei nicht um die belanglose Meinung eines Einzelnen handelt, sondern um eine Linie im Staatsapparat, machte der bayerische Innenminister Stoiber deutlich. Ihm zufolge sollte die „Intention des Kontaktsperrgesetzes neu formuliert werden: „Es gibt in der Zwischenzeit eindeutige Anzeichen dafür, daß Verbindungen zwischen den bereits einsitzenden Terroristen und der noch wenig bekannten 3. Generation der RAF hergestellt wurden. Diese Kontakte müssen unterbrochen werden können.“ Um diesen begründeten Verdacht mit gesicherten Beweisen erhärten zu können, bedürfte es noch einiger Berichte aus den Landes-Vollzugsanstalten.“ (12)

Die öffentliche Gewalt ist bei der Behandlung Gefangener nur in geringem Maß, aber immerhin noch durch Gesetze eingeschränkt. Kontaktsperrerei liefert die Gefangenen staatlicher Gewalt vollständig aus. Es scheint, als wollten Kräfte im Staatsapparat gegenüber politischen Gefangenen selbst die wenigen Schranken einreißen, die in Hinsicht auf staatliche Allmacht das heutige Gefängnis von der faschistischen Vernichtungsmaschine trennt. Fälschung und Lüge helfen den Boden bereiten.

Die Behörden folgen einer Provokationsstrategie

Die direkte Wendung der Fälschungen und Lügen gegen die Gefangenen ist aber nur die eine Seite. Die andere Seite ist die Wirkung in der Öffentlichkeit, die sie erzielen bzw. erzielen sollen. Die Verantwortlichen riskieren nicht nur Anschläge, wenn sie Gefangene mit gefälschten Äußerungen dafür in Anspruch nehmen, sie provozieren sie.

Schon im Hungerstreik war festzustellen, daß Vertreter der Bundesanwaltschaft oder anderer Staatschutzbehörden von Anschlägen auf eine Art und Weise redeten, die anderen ein Verfahren wegen § 129a eingebracht hätte. Weil ihre für die Öffentlichkeit bestimmte Deutung, der Hungerstreik setze ein Signal zu Anschlägen, in den Äußerungen der Gefangenen keine Anhaltspunkte fand und ihnen teilweise direkt zuwiderlief und weil den Behörden dies nur zu genau bekannt war, müssen ihre damaligen, nachlesbaren Äußerungen als Versuch bewertet werden, in der Öffentlichkeit und nicht zuletzt in dem Personenkreis, der den Gefangenen nahestehend und ihnen nützen will, wissentlich unzutreffende Vorstellungen darüber zu wecken, was den Gefangenen und ihren Interessen nützlich sei bzw. von diesen gewünscht werde. Die Provokation lief auf, weil die Gefangenen einen mutigen politischen Kampf führten und weil sich die Solidarität als politische Bewegung organisierte.

Der heißen Anstachlung zu Anschlägen folgte — nach Abbruch des Hungerstreiks — die kalte Dusche der Verhöhnung, der hämischen Beschwörung vermeintlicher Ohnmacht. Die breit ausgestreute Zweckpropaganda vom „Aufgeben der Gefangenen“, vom „desolaten Zustand“, ja „Zerfall des Umfelds“, von Ratlosigkeit, Resignation, Absetzen, Bankrott usw. dürfte noch in böser Erinnerung sein. Verzweiflung und das Gefühl von Ohnmacht, systematisch verbreitet, sollten und sollen sich nach dem Willen dieses rechten Pfuhls aus Staatschutzbehörden und Kampfpressemischen mit der Auffassung, daß auf dem Wege des politischen Kampfes nichts zu erreichen sei.

In den Zusammenhang dieser im Hungerstreik klar zutage getretenen Provokationsstrategie betten sich auch die nachgewiesenen Fälschungen von Gefangen-Äußerungen ein, die gleichermaßen zur Rechtfertigung der grausamen Behandlung der Gefangenen wie zu provokativer Aufwühlung benutzt werden.

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

- 10 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- im Jahresabonnement (52.— DM bei Einzelabo).
- im Halbjahresabonnement (26.— DM bei Einzelabo).
- Zahle nach Rechnungserhalt.

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

den. Daß vieles dafür spricht, daß die Helmut Pohl zugeschriebene Äußerung im unterstellten Sinn — die politischen Gefangenen unter allen Umständen herauszuholen —, wahr sein könnte, wissen die für die Haftbedingungen Verantwortlichen selbst am besten: Sie sind es ja, die grob menschenrechtswidrig Gefangene isolieren, die mit der Verweigerung lebensnotwendiger Recht Gesundheit und Leben von Gefangenen bedrohen, die Schwerkranken in Haft halten, die mit Entlassungsverweigerung Meinungsänderungen zu erpressen suchen. Aber die Äußerung ist nicht wahr, ihr Sinn wurde ins Gegenteil verkehrt, und auch das wissen die Verantwortlichen, die den Brief lang kannten, bevor er im „Stern“ gefälscht wurde, eben auch am besten. Die Fälschung soll desorientieren und die Gefangenen wie die politisch-oppositionelle Öffentlichkeit gar nicht erst dazu kommen lassen, den politischen Kampf für die Zusammenlegung und für die Freiheit der Gefangenen neu zu organisieren.

Konnte man schon im und nach dem Hungerstreik vom Ausmaß überrascht sein, in dem Behörden zu ungesetzlichem Handeln bereit sind, so machen die Fälschungen mit all ihren Folgen die in den Staatschutzbehörden vorhandene Tendenz, sich bei der Niederhaltung der politischen Opposition gesetzlicher und rechtlicher Fesseln zu entledigen, vollends deutlich. Insofern trifft die Parallele, die der „Spiegel“, wie eingangs zitiert, zum Jahr 1977 zieht, für die Seite des Staatschutzes tatsächlich zu.

Der Hintergrund für die in der konkreten Auseinandersetzung klar zutage getretene Provokationsstrategie von Behörden ist die feste Überzeugung, daß die herrschende Politik Widerstand auslöst, der sich unvermeidlich bis zum gewaltstamen Widerstand steigert. Die Konzerne sind sich der Folgen, die ihr Schalten und Walten für Millionen Menschen hat, äußerst bewußt, und ihre Vertreter wundern sich wahrscheinlich eher, warum nicht mehr Rebellion stattfindet, als stattfindet. Gerade in der heutigen Situation, in der sie sich auf äußerst schwere Klassenkämpfe im Gefolge der DDR-Annexion vorbereiten, ist den Konzernen jedes Mittel zur Behauptung ihrer Herrschaft, auch vorbeugend, und zur Durchsetzung ihrer Expansionsinteressen recht, selbst eine Strategie, die Anschläge, auch auf führende Funktionäre ihrer Herrschaft, einkalkuliert und den Bürgerkrieg auf kleiner Flamme vorsieht. Unter diesem Gesichtspunkt kann die kalte Gelassenheit, mit der die herrschende Klasse das Herrhausen-Attentat weggesteckt hat, nicht mehr verwundern.

Die Provokationsstrategie ist eine Niederhaltungsstrategie. Sie versucht, den unvermeidlichen Widerstand gegen die Herrschaft der Konzerne mit all ihren zerstörerischen Folgen zu vereinzelten, maßlosen Aktionen zu reizen und damit daran zu hindern, sich politisch zu organisieren und sozialen Interessen und Klassenkämpfen zuzuordnen.

Ihre soziale Basis hat die Provokationsstrategie in den auswuchernden Sicherheitsapparaten. Die Laufbahnausichten für die dort tätigen Leute, und das sind eine ganze Menge, hängen in gewissem Maße davon ab, wie weit sie der Öffentlichkeit ihre „Existenzberechtigung“ nachweisen können. In gewissem Maße brauchen sie Anschläge zur Legitimation ihrer Existenz, ihrer Laufbahn, ihres Verlangens nach immer neuen hochdatierten Planstellen. In ruhigeren Zeiten ist ihr Ansehen gering, gelten sie in der öffentlichen Meinung eher als nichtsnutz und kostspielig und gibt es immer wieder Meinungen, die Staatschutzapparate zu stützen. (Das gilt heute um so mehr, als die Auflösung und Einverleibung der DDR sowie die gewaltige Schwächung des auserkorenen äußeren Feindes eine öffentliche Meinung hat entstehen lassen, daß die westdeutschen Sicherheitsdienste zu reduzieren seien.) So verbündet sich in diesen Apparaten das persönliche Laufbahnenstreben mit dem Klasseninteresse der Monopolbourgeoisie nach Erhalt ihrer Herrschaft.

Eine Gefangene aus der RAF, Eva Hauke, hat auf die im „Stern“ veröffentlichte Fälschung des Pohl-Briefes geantwortet. Wir dokumentieren ihren Brief, der klar und deutlich macht, daß die Eskalation ausschließlich aus dem Staatsapparat betrieben wird. Der politische Kampf um die Zusammenlegung und um die Freiheit der politischen Gefangenen muß intensiviert werden, um den Spielraum des Staatsapparates einzuschränken.

Quellen: (1) 12. 3. 90
(2) Spiegel vom 11. 6. 90
(3) Halbjahreskonferenz des Generalbundesanwalts am 28. 5. 1990, S. 8
(4) Diese Behauptungen werden sowohl von den Bewohnern der Hafenstraße als auch von der RAF dementiert. Dies mag die Behörden überrascht haben. Der BKA-Chef Zachert schwächt die „Stern“-Enthüllungen über eine Verbindung Hafenstraße — RAF in einem „Stern“-Interview ebenso ab wie der Hamburger Verfassungsschutz-Chef Lochte (taz, 29. 9.).

(5) Stern Nr. 38 vom 13. 9. 90
(6) Hier bezieht sich Pohl auf vorher getroffene Aussagen über Entwicklungen in den „Zentren des Kapitalsystems“.

(7) Das Projekt der Gefangenen wurde vorher charakterisiert als „Zusammenlegung als Übergang, Diskussion, Freiheit“.

(8) An früherer Stelle seines Briefes hatte Pohl geschrieben: „Im Medienstreifen der letzten Zeit muß der Endsieg über die RAF bevorstehen.“

(9) Zitiert nach dem Original. Der Brief wurde vollständig abgedruckt im ak Nr. 322 vom 17. 9. 1990.
(10) 21. 8. 90
(11) Bild am Sonntag, 29. 7. 90, zitiert nach „Angehörigen-Info“ Nr. 52 vom 26. 10. 90.
(12) Die Welt, 30. 7. 90

Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich. Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) 5 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226 Tel: 0221/21 64 42.

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider. Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Tel: 0221/21 65 58. Datentelefon: 0221/24 69 15.

Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 114 439 3600.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26.- DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52.- DM.

Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötz; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux; für Aus Verbinden und Parteien — Diskussion, Dokumentation; Spezialberichte: Alfred Küller.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen. Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGM, des NH Chemische Industrie: AGH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntäglich:

Nachrichtenheft, hrsg. von AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S. 0,80 M AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S., 1,20 DM AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront, 4 S., 0,80 DM AG für antifaschistische Bildungspolitik, 8 S. 1,20 DM AG für Kommunalpolitik, 8 S. 1,20 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg.: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S. 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1. DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestelladressen: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin Czerniakstr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen Grenzweg 4, 3000 Hannover 1

GNN Nordrhein-Westfalen Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen Postfach 11 0822, 6000 Frankfurt 11

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg.: Kurdistankomitee in der BRD, Feyka Kurdistank und versch. Solidaritätsgruppen, 4 S., 0,80 DM. Jahresabo: 30 DM.

Angehörigen-Info, Hrsg.: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 0,80 DM. Halbjahresabo 26 DM.

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1.

Es gibt keinen Platz für einen Schöpfer

Die Theorie vom „Urknall“ wankt — Diskussionsbeitrag von Josef Lutz im »Freidenker«

Das Universum entstand einmal aus einem einzigen Punkt. Mit einer großen Explosion, dem „Urknall“, flog die Materie auseinander. Das war der allgemeine „Konsens“, die Übereinstimmung der Physiker und Astronomen über die Entstehung des Universums. Wer widersprach, galt als „nicht ernstzunehmen“ und wurde als Scharlatan kaltgestellt. Aber jetzt beginnt der Konsens zu wanken, und diese Auseinandersetzung hat eine große Bedeutung für ein materialistisches Weltbild.

Hawking bewegt sich auf ein materialistisches Weltbild zu
Das Buch des englischen Wissenschaftlers Stephen Hawking, „Eine kurze Geschichte der Zeit“ ist seit weit über einem Jahr ein Bestseller unter den Sachbüchern. Es äußert sich kritisch zur Urknalltheorie. Die Theorie vom Urknall oder „Big Bang“ entstand in den zwanziger Jahren. Sie stützt sich auf die Beobachtung, daß das Licht entfernter Galaxien ins Rote verschoben ist. Dies wird damit erklärt, daß die Galaxien sich auseinanderbewegen. Also, wird gefolgt, war all die Materie einmal zusammengeballt. Ja, die Welt sei am Anfang in einem „mathematischen Punkt“ verenig gewesen.

Hauptsächlich war die Formulierung der Urknalltheorie eine mathematische Angelegenheit. Das Universum wurde zum Formelgerüst. Die Formeln, die Mathematik, wurden zum Primären. In Wirklichkeit aber dient die Mathematik der besseren Erfassung der Natur, ihre Ergebnisse sind an ihr zu prüfen. Gibt es nicht andere Erklärungen für diese „Rotverschiebung“? Ist die Deutung mit Geschwindigkeit nicht allzu einfach, wo doch viel kompliziertere Prozesse die Entstehung und Ausbreitung der Lichtstrahlen bewirken?

Der Entdecker der Rotverschiebung, der amerikanische Astronom Hubble, neigte der Deutung zu, daß sie nicht auf eine Fluchtbewegung, sondern darauf zurückzuführen sei, daß das Licht auf der riesigen Entfernung und in der langen Zeit, bis es zu uns kommt, an Energie verliert.

Dennoch wurde die Urknalltheorie zur allgemeinen Lehrmeinung der bürgerlichen Naturwissenschaft. Das treibt schlimme Blüten der Unwissenschaftlichkeit. Hawking zitiert einen Urknalltheoretiker: „Es heißt, von nichts kommt nichts. Doch das Universum ist die Verkörperung des entgegengesetzten Prinzips in höchster Vollendung.“

Hawking selbst war an der mathematischen Formulierung und Perfektionierung dieser Urknalltheorie in den sechziger Jahren maßgeblich beteiligt. Aber es kamen ihm doch Bedenken, daß Naturgesetze so schroff übergegangen werden, daß eine willkürliche Grenze gesetzt wird, wie die Welt aus dem Nichts entsteht. 1981 nahm er an einer Konferenz im Vatikan teil. Er schreibt: „Am Ende der Konferenz wurde den Teilnehmern eine Audienz beim Papst gewährt. Er sagte uns, es spreche nichts dagegen, daß wir uns mit der Entwicklung des Universums nach dem Urknall beschäftigen, wir sollten aber nicht den Versuch unternommen, den Urknall selbst zu erforschen, denn er sei der Augenblick der Schöpfung und damit das Werk Gottes.“ (1)

Diese Vorschrift hat Hawking nicht akzeptiert. Er stellt nun ein Modell vor, in dem das Weltall keine Grenze hat, keinen Anfang und kein Ende. Er fragt: „Wo wäre da noch Raum für einen Schöpfer?“ Aber auch er formuliert seine Theorie mathematisch. Er teilt die Zeit in zwei Komponenten, eine reale und eine imaginäre — ein mathematischer Trick, der uns z.B. ermöglicht, die Vorgänge in einem Atom exakter zu beschreiben und zu eindeutigen Berechnungen zu kommen.

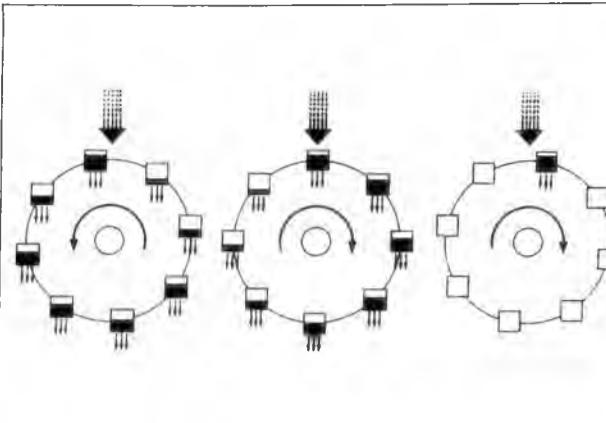
Mit Hilfe dieses Tricks kommt er zu einem Modell eines Universums, das sich ausdehnt, wieder zusammenzieht, wieder ausdehnt usw. Hier aber ist die Schwäche der Methode von Hawking. Sein Universum ist eine einfache Wiederholung, wie bei einer hin- und herschwingenden Stahlfeder. Die Ursache ist, daß auch er mit dem Vorrang der Mathematik, der Formeln, nicht bricht. Was andere als Urknall herbeigerechnet haben, das rechnet er wieder weg.

Gibt es doch einen Schöpfer?
Hawking hat einige Kreise in Unruhe gestürzt. So berichtet der führende deutsche Astronom Elsässer: „Kurz danach sprach mich ein Theologe darauf an, der sich von der These erschreckt zeigte, daß nach den neueren Einsichten der Kosmologie kein Raum mehr sei für einen Schöpfer des Weltalls.“ (2) Elsässer will den Theologen beruhigen. Hawking sei hier zu weit gegangen, diese Schlüsse seien nicht zulässig. Zwar müsse auch der Vatikan kritisieren werden, der den Urknall als Beweis für die Schöpfung Gottes gekennzeichnet habe — aber: „Wissenschaftliche Methoden greifen zu kurz, um Transzendenten im Diesseitigen zu fassen; die Zeiten naturwissenschaftlicher Gottesbeweise, pro oder contra, sind wahrlich passt.“

Damit ist wohl die „Neutralität“ der Wissenschaft hergestellt, dem Theologen die Theologie, dem Naturwissenschaftler das „Diesseitige“. In Wirklichkeit gibt es keine Neutralität, sondern das ist die Anerkennung des „höheren Wesens“.

Die dialektisch-materialistische Methode sagt: Die Natur funktioniert nach objektiven, in ihr selbst bestehenden Gesetzen, die Ursache der Entwicklung liegt in ihr selbst. Die idealistische Methode sagt: Die Welt funktioniert nach einem äußeren Anstoß. Letzter Schluß ist die Theologie, nach der ein höheres Wesen einmal alles erschaffen hat und es danach so bleibt, wie er/sie es gemacht hat. Um sich gegen Hawking zu verteidigen, greift Elsässer tief in die Philosophie. Nach Heisenberg sei „der Gegenstand der Forschung nicht die Natur an sich, sondern die der menschlichen Fragestellung ausgesetzte Natur“. Kernfrage aber ist, ob es diese „Natur an sich“ gibt, der sich unsere Erkenntnis durch die Forschung immer mehr annähert, oder ob es die Natur nur im Zusammenhang mit unserem Geist, unseren Ideen, gibt.

Die letzte Auffassung ist die Richtung des Idealismus in einer Form, wie sie sich in den zwanziger Jahren durchgesetzt hat. Führende Vertreter waren E. Mach und Heisenberg. Nach



Das Lorenzsche Wasserrad
Beispiel für ein chaotisches System: Fließt genügend Wasser von oben in die durchlöcherten Schaufelräder, dreht sich das Rad (links) und spielt sich bei weiterer Zufuhr auf eine stetige Drehbewegung ein (mitte). Wird der Zufluß weiter erhöht (rechts) wird das System unstet. Bei hoher Drehgeschwindigkeit werden die Schaufeln nur wenig gefüllt, sind andererseits noch nicht leer, wenn sie wieder aufsteigen. Das Resultat: Die Drehbewegung verlangsamt sich und dreht sich sogar um in einem unregelmäßigen Rhythmus.

Heisenberg gibt es eine objektive Wirklichkeit, die unabhängig von der Fragestellung des einzelnen Menschen ist, gar nicht. Damit ist aber aller möglicher Auslegung, aller Phantasterei Tür und Tor geöffnet, und fürchterliche Ansichten, die sich als Wissenschaft ausgeben, sind zur Genuige entstanden. Und da ist Genuige entstanden. Und da ist

senberg: Es gäbe keine objektive Wirklichkeit bzw. das „zählt nicht“, sondern Wirklichkeit gäbe es nur im Zusammenhang mit der Beobachtung durch den einzelnen.

Zweimal geht es um die Auseinandersetzung zwischen dialektischem Materialismus und Idealismus. Elsässer verteidigt den Idealismus, »nature« greift ihn an.

1914 hatte Lenin gegen diese „neue Philosophie“ von Ernst Mach sein Werk „Materialismus und Empiriokritizismus“ geschrieben. Er brandmarkte ihn und seine philosophische Schule als „Übergang zum Idealismus“. Mit dem Fallen der Urknalltheorie entzieht die Naturwissenschaft einer idealistischen Interpretation der Entstehung der Welt endgültig den Boden.

Der letzte Schlupfwinkel, der einem Schöpfer blieb, entfällt.

In einer Zeit, wo überall vom „Ende des Kommunismus“ geredet wird, wird Lenin objektiv von wissenschaftlichen Erkenntnissen rehabilitiert, auch wenn das nicht bewußt getan wird.

Wird im Bild über das Weltall eine dialektisch-materialistische Auffassung die Oberhand gewinnen oder neuer Unsinn verzapft? Wir gehen einer interessanten Zeit entgegen.

Nachbemerkung
Dieser Artikel wurde im November 1989 verfaßt. Inzwischen gibt es Fakten, die die Ablehnung des Urknalls untermauern. Die amerikanischen Astronomen Geller und Huchra veröffentlichten die Entdeckung der „Großen Mauer“, einer Milliarden Lichtjahre großen Struktur der Galaxien. Solche großen Strukturen halten sie für nicht vereinbar mit

der Urknalltheorie. Denn die Grundannahme dieser Theorie war, das Universum sei, wenigstens auf große Entfernung hin, gleichmäßig.

Und falls der Urknall selbst mit großen Ungleichmäßigkeiten abliefe — was die Urknalltheoretiker sofort einwandten —, so müßte sich das aber in Ungleichmäßigkeit in der kosmischen Hintergrundstrahlung zeigen. die angeblich die Reststrahlung dieses Urknalls ist. Die Untersuchung der Hintergrundstrahlung aber ergab, daß sie gleichmäßig aus allen Richtungen einfällt. selbst mit gegenwärtig höchstmöglicher Meßgenauigkeit sind keine Unterschiede zu finden.

Immer noch ist der Urknall das vorherrschende Dogma. Aber seine Anhänger bröckeln ab, und seine Gegner nehmen zu. Und gerade die Gegner erwarten die Entscheidung durch das Weltraumteleskop „Hubble“. das Ende April nach mehrjähriger Verspätung gestartet wurde. Leider werden wir vorerst enttäuscht, das Weltraumteleskop ist durch einen Fehler im Spiegelsystem kurzsichtig. Es wurde auf der Erde nicht getestet, da die Testeinrichtungen ausschließlich für die Spionagesatelliten des US-Militärs zur Verfügung standen (»Der Spiegel« 28/1990). Aber die Radioastronomie wird uns in der nächsten Zeit auch neue Fakten liefern. Der Vatikan wird wohl enttäuscht werden.

(1) Stephen W. Hawking. Eine kurze Geschichte der Zeit — Die Suche nach der Urkraft des Universums (Reinbek: Rowohlt 1988), 238 S.; (2) Sterne und Weltraum 5/89; (3) nature, Vol. 340, 10. August 1989 aus: Freidenker, Nr. 3-90, September 1990, 49. Jahrgang, S. 103 ff.

Sachbücher zur Chaosphysik

Unter „Chaosphysik“ werden verschiedene Forschungen zusammengefaßt, die sich mit komplexen Systemen befassen, z.B. Turbulenzen in Flüssigkeiten, Wetterentwicklung, biologische Populationsgesetze u.ä. Die Gemeinsamkeit besteht in formal ähnlichen mathematischen Beschreibungen. Im folgenden seien zwei Sachbücher vorgestellt, die einen Überblick über die Forschung geben, aber auch Spekulationen für die Erkenntnistheorie daraus ziehen.

James Gleick, *Chaos — die Ordnung des Universums*, Knaur-Sachbuch 4078, 16,80 DM. Der Autor ist Wissenschaftsredakteur der »New York Times«. Zwei Dinge stören an der Darstellung: „brillante junge Forscher“, „gestandene Wissenschaftler“, „Möchtegernwissenschaftler“, „verschrobene Käuze“, „intelligente Burschen“, „beschämend genialer Physiker“ — alles Ausdrücke, die man auf einer einzigen Seite (227) findet! Erkenntnis, meint der Autor, stammt immer von Genies. Das zweite, was stört: Philosophische Spekulationen werden eingestreut und dargestellt, als ob sie denselben Wahrheitsgehalt hätten, wie die Meß- oder Rechenergebnisse.

Paul Davies, *Prinzip Chaos*, Goldmann 11469, 14,80 DM. Der Autor, Professor für theoretische Physik in Großbritannien, stellt sich die Frage nach einem

„Schöpfungsplan“. Er kritisiert den „Reduktionismus“, eine Untersuchungsmethode, die physikalische Systeme in elementare Bestandteile aufzulösen versucht. Dem hält er eine „holistische“ Auffassung entgegen: Komplexe Systeme gehorchen Gesetzen, die über die Gesetze für die einzelnen Teile hinausgehen. Die Darstellung ist stärker mathematisch als bei dem erstgenannten Autor, dadurch besser nachprüfbar. Im Vergleich ist er auch bedeutend vorsichtiger, was die Übertragung der mathematischen Modelle auf gesellschaftliche Vorgänge betrifft. Erkenntnistheoretisch läßt sich Davies allerdings auch ins Spekulativen leiten. Der dialektische Materialismus habe recht, wenn er feststellt, jede neue Stufe in der Entwicklung der Materie bringe eigene Gesetze mit sich, die nicht auf die Gesetze tieferer Stufen zurückgeführt werden können. Das sieht der Autor allerdings nicht im Widerspruch zur Existenz Gottes oder eines „wundervoll schöpferischen Universums“: „Die bloße Tatsache, daß ... die Gesetze die Entstehung und Entwicklung komplexer Strukturen bis hin zum Bewußtsein zugelassen haben — daß, anders gesagt, das Universum sein Selbst-Bewußtsein organisiert hat —, deutet in meinen Augen nachdrücklich darauf hin, daß hinter alledem etwas steckt.“ — (alk)

In dem Buch „Eine kurze Geschichte der Zeit — Die Suche nach der Urkraft des Universums“ versucht der Autor Stephen W. Hawking einen Einblick in die neuesten Forschungen auf dem Gebiet der theoretischen Physik und Astronomie zu vermitteln. Hawking hat selbst an der Erarbeitung neuer mathematischer Modelle und Formeln gearbeitet, die Beobachtungen der Astronomie besser erklären sollen. Die bisher gängigen Theorien sind nämlich in Widerspruch zu einigen Messungen geraten.

Leider verzichtet der Autor weitgehend auf die Erläuterung der mathematischen und physikalischen Grundlagen, weil man ihm gesagt habe, „daß jede Gleichung in dem Buch die Verkaufszahlen halbiere“. Dies erschwert das Verständnis der berichteten wissenschaftlichen Entwicklungen ungemein. Trotzdem — oder gerade deswegen — ist das Buch ein Bestseller geworden.

Anklang finden wahrscheinlich die philosophischen Erörterungen, die Hawking anstellt, insbesondere die Frage, inwiefern die neuen Theorien und Beobachtungen das Leben der Menschen beeinflussen und wie es denn nun mit dem „Schöpfer“ steht. Hawking meint: „Es ist letztlich das Ziel der Wissenschaft, eine Theorie zu finden, die das gesamte Universum be-

Fällt der Schöpfer mit dem Urknall?

Naturwissenschaftliche Erkenntnisse sind kaum geeignet, Religion zu entkräften

schreibt“ (S. 25). Falls man diese finde, tritt nach Hawking folgendes ein:

„Dann werden wir uns alle ... mit der Frage auseinander setzen können, warum es uns und das Universum gibt. Wenn wir die Antwort auf diese Frage finden, wäre das der endgültige Triumph der menschlichen Vernunft — denn dann würden wir Gottes Plan kennen.“ (S. 218)

Der „Triumph der menschlichen Vernunft“ besteht meiner Ansicht nach nicht hauptsächlich in Fortschritten der theoretischen Physik. Provokativ ausgedrückt:

Ich halte es im Unterschied zu Hawking für die Entwicklung menschlicher Gesellschaften für fast völlig belanglos, wie das Universum entstanden ist, ob es überhaupt „entstanden“ ist, was damit in einer Milliarde von Jahren sein wird und wie diese Fragen in der Wissenschaft gesehen werden.

Von Belang ist demgegenüber, wenn aus populärwissenschaftlich aufbereiteten neueren Entwicklungen der Physik in der öffentlichen Meinung neue (oder auch alte) Philosophien abgeleitet werden, wie dies Hawking tut. Wenn man das menschliche Leben im Lichte der Unendlichkeit betrachtet und den Mensch als vielleicht peripheres Erscheinung im unendlichen Pulsieren des Universums — wie unwich-

tig werden, dann doch die Probleme und Widersprüche des Alltags.

Es ist eine wirkliche Unsitte der meisten theoretischen Physiker, nach einem „höheren Sinn“ des Lebens zu fragen und diesen dann global und naturwissenschaftlich zu gründen und zu begründen. Ob hierbei nun mit oder ohne Schöpfer gearbeitet wird bzw. diese Frage offen bleibt, die „Sinnfrage“ ist von der Religion ins Spiel gebracht, und wenn man sich in astronomischen Dimensionen und Gefilden auf sie einläßt, wird nur eine Art neuer Religion dabei herauskommen. Eine gründliche Ausbildung und hochgradige Spezialisierung in theoretischer Physik bringt keinerlei besondere Fähigkeiten zur Gesellschaftskritik mit sich.

Man würde sich von einem Buch über die neueren Entwicklungen in der Physik mehr Sachinformationen wünschen, denn als wissenschaftliches Teilproblem ist dieses Gebiet sicher interessant. An diesen Informationen fehlt es leider bei Hawking.

Im „Freidenker“ 3/90 ist das Buch von Josef Lutz im wesentlichen positiv besprochen worden. Lutz erhofft sich von der Widerlegung der „Urknalltheorie“ Hilfe bei der Religionskritik:

„Mit dem Fallen der Urknalltheorie entzieht die Naturwissenschaft einer idealistischen Inter-

Ergebnisse und Materialien

der 10. o. Delegiertenkonferenz des BWK Tegung vom 6. bis 7. Oktober 1990 Hrsg. Präsidium des Bundesdelegiertenkonferenz 48 Seiten Preis: 5,00 DM

Bestellungen an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, Postfach 260 226, 5000 Köln 1